



Unterrichtseinheit SEK I

DM 12,--

Nicaragua

Ein unterentwickelt gehaltenes Land und der dornige Weg zu seiner Befreiung



Die Unterrichtseinheit verfolgt die Absicht, die Problematik der Unterentwicklung am Beispiel des 3.-Welt-Landes Nicaragua aufzuzeigen.

An einzelnen Beispielen und in verschiedenen Variationen sollen den Schülern wirtschaftliche Zusammenhänge, die zur Unterentwicklung führen, verdeutlicht werden.

Weiter wird gezeigt, daß es, wie in Nicaragua gelungen, durch einen Volksaufstand einen Weg aus Unterdrückung und Abhängigkeit geben kann. Es wird aber auch der enge Spielraum dieser Revolution verdeutlicht, indem die Weltmarktabhängigkeit und Destabilisierungspolitik der USA und ihrer Verbündeten mit in die Betrachtung einbezogen werden.

Solidaritätsprojekt

Die Unterrichtseinheit besteht aus einem Textteil mit über 150 Seiten, der einen didaktischen Teil mit 10 Unterrichtsstunden, Lehrerinformation (50 Seiten), Schüler-Informations- und -Arbeitsblätter (50 Seiten) enthält. Vorab steht eine ausführliche Beschreibung der allgemeinen Situation in Nicaragua. Ein Solidaritätsprojekt wird vorgestellt.

Die Autoren der Unterrichtseinheit haben sich um Methodenvielfalt bemüht:

- die Schüler/innen arbeiten selbstständig mit DIA-Serien
- sie entwickeln ein Rollenspiel
- sie arbeiten in Gruppen
- sie sehen sich einen Film über den Volksaufstand an.

Zur Unterrichtseinheit gehören zwei DIA-Serien (Serie I = 28 DIAs, Serie II = 43 DIAs) über die Arbeits- und Lebensverhältnisse Nicaraguas und ein Videofilm (ca. 30 Min.) über den Volksaufstand in Nicaragua.

Bestellungen an:
CON Vertrieb/Filmverleih
Postfach 10 65 45, 2800 Bremen 1
Ruf 04 21 - 54 00 12

FDCL - NEUERSCHEINUNG * FDCL - NEUERSCHEINUNG * FDCL

Lisa Luger / Bärbel Sulzbacher

SOMOS

NICARAGUAS FRAUEN ZWISCHEN ALLTAG UND BEFREIUNG

"Somos" - "Wir sind" ist der Titel der Zeitschrift der sandinistischen Frauenorganisation. Er wurde als Titel dieses Buches ausgewählt, weil hier nicaraguanische Frauen selbst zu Wort kommen. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von ihren beruflichen Erfolgen und Schwierigkeiten, ihren Beziehungen zu Männern, ihrer Arbeit für die Revolution.

Interviews, Artikel, Reiseeindrücke, Comics und Fotos in diesem "Lesebuch" informieren über:

- Gesundheits- und Bildungswesen
- die Arbeit der Hausangestellten
- den "machismo"
- und viele andere Bereiche des Alltags in Nicaragua
- die Frauenorganisation AMNLAE
- Frauen in der Verteidigung
- Prostitution

Das Buch hat 286 Seiten und kostet DM 12,80. Es erscheint im Februar 1984.

Subskriptionspreis DM 10,-- bei Bestellungen gegen Vorauskasse (Verrechnungsscheck der Bestellung beifügen) bis 15. 2. 1984 an:

LN-Vertrieb Gneisenaustrasse 2 1000 Berlin 61

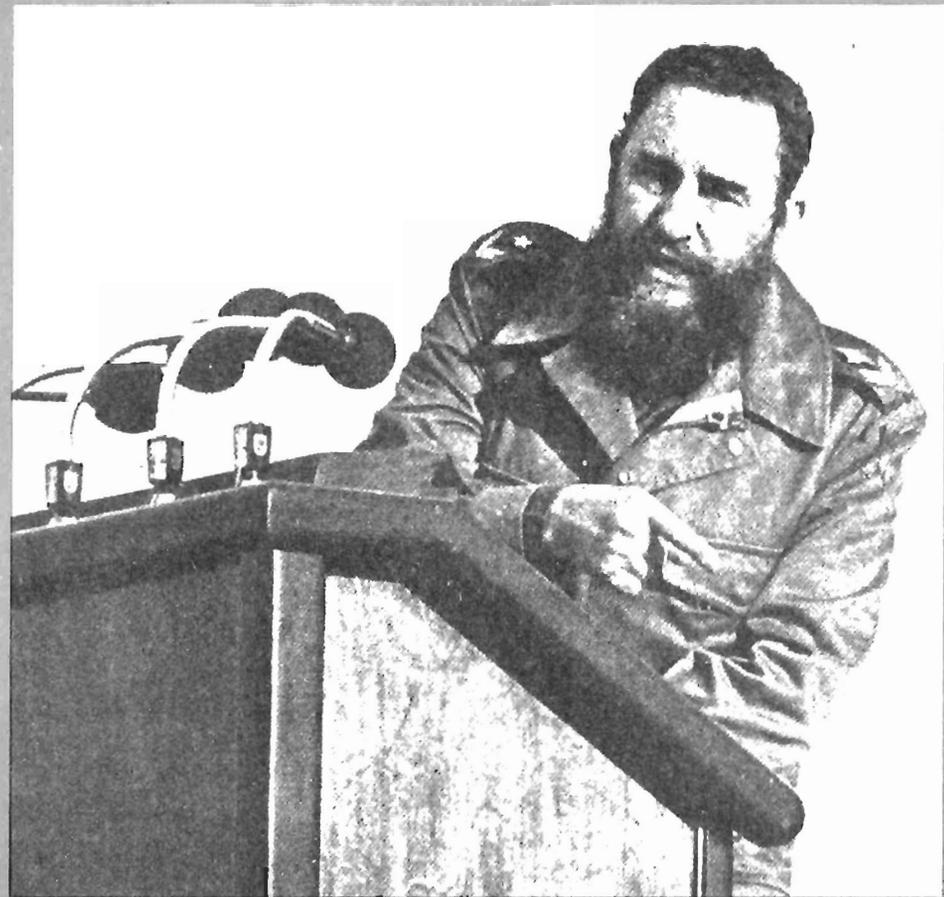
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 123

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Februar 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

GRENADA: Hat sich Kuba eingemischt? — **KOLUMBIEN:** Entführungsfall Betancur — **BOLIVIEN:** Der Zauderer will weiterregieren / Interview mit Jaime Paz Zamora — **ARGENTINIEN:** Lernprozesse? — **CHILE:** Generalstreik oder "freiwilliger" Rücktritt? — **SOLIDARITÄT:** Berichte der Brigaden aus Nicaragua

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|----|
| Zu diesem Heft: | 3 |
| – GRENADA: "...und der Kubaner mischt sich niemals in interne Probleme ein"..... | 4 |
| Das New Jewel Movement | 10 |
| Fidel Castro zur Invasion | 21 |
| – GUATEMALA: Vereint marschieren gegen den linken Feind | 26 |
| – NICARAGUA: Vor einer Wende? | 33 |
| – KOLUMBIEN: Belisario Betancur: Populistische Demagogie oder "die beste Lösung" für Kolumbien? | 37 |
| Leserbrief | 44 |
| – BOLIVIEN: Interview mit Jaime Paz Zamora | 45 |
| Der Zauderer will weiterregieren | 49 |
| – ARGENTINIEN: Lernprozesse? | 53 |
| – CHILE: Interview mit Ricardo Lagos | 57 |
| Generalstreik oder "freiwilliger" Rücktritt? | 60 |
| – EXIL: Leb wohl, Deutschland, leb wohl | 62 |
| – SOLIDARITÄT: Kirchengemeinden contra US-Politik | 64 |
| Weltweite Wissenschaftler-Kampagne für J. L. Massera | 67 |
| Arbeitsbrigaden in Nicaragua | 68 |
| – REZENSIONEN | 74 |
| – ZEITSCHRIFTENSCHAU | 80 |

Zu diesem Heft

Ganz bestimmt würden sich viele in Lateinamerika und andernorts freuen, wenn sie mit ihren Generälen nur solche Probleme wie die Bundesrepublikaner hätten. Ob homo- oder heterosexuell, wenn Sexualität als Sicherheitsrisiko fürderhin gilt, wäre es angebracht, die Führungsspitzen in Zukunft zu kastrieren. Zum Sicherheitsrisiko wird eine Regierung, die einen derartigen Eklat produziert.

Sieht man, wie die gesamten Medien von diesem Skandal überhaupt nicht mehr genug kriegen, dann weiß man, wie traurig es damit bei uns aussieht.

Nachdem es hier nicht einmal die kubanische Botschaft der Mühe wert gefunden hat, die Rede Castros anlässlich der Trauerfeier für die auf Grenada getöteten Kubaner zu veröffentlichen, haben wir uns entschlossen, einige Auszüge aus dieser Rede abzdrukken, in der Castro auf die kontinuierliche Politik Kubas gegen den Imperialismus die fatalen Entwicklungen in Grenada und auf das Armutszeugnis der US-orientierten Politik der westlichen Länder eingeht.

In einem Interview erzählt ein kubanischer Flughafenarbeiter über seine Erfahrung bei der Invasion der US-Amerikaner in Grenada. Darin weist er daraufhin, daß er durch diese Erfahrung in seiner Solidaritätsarbeit und in seinem Einsatz für den Internationalismus bestärkt wurde.

Im zweiten Teil des Grenada-Artikels (Fortsetzung aus LN 121) wird die Politik Gairys und Bishops eingehen aufgearbeitet. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Revolution.

Inzwischen sind die ersten Briefe aus Nicaragua eingetroffen. Die Brigaden arbeiten bei strömendem Regen gegen die schneller reifenden Kaffeebohnen um die Wette. Mit anderen Problemen haben es dagegen die Gesundheitsbrigaden Zompopera I und II – wie der Brief zeigt – zu tun.

Während in Argentinien die Militärs zur Rechenschaft gezogen werden, beginnt Pinochet – Gerüchten zufolge – sich um seinen Abgang Gedanken zu machen. Die Frage ist, zwingt ihn das Volk oder kommt er dem Volk zuvor.

Es vergeht fast keine Nummer, in der nicht von einer drohenden Invasion die Rede ist oder wir auf den externen und internen Zermürbungsprozeß, wie zum Beispiel in Nicaragua – sh. La Prensa – verweisen müssen. Die US-Militärs machen wieder mit der CONDECA von sich reden, dadurch wird die US-amerikanische Strategie in Mittelamerika und ihr Interesse, Nicaragua mit diesem 'Knüppel' in die Knie zu zwingen, wieder einmal deutlich.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Redaktionsschluß dieser Nummer: 19. Januar 1984

Abu-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postcheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Haba-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

GRENADA

„...der Kubaner mischt sich niemals in interne Probleme ein“

Interview mit einem kubanischen Arbeiter nach seiner Rückkehr aus Grenada

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN: Du hast in Grenada beim Bau des neuen Flughafens gearbeitet. Als was hast Du gearbeitet, wie lange warst Du dort und wie hast Du Dich dort gefühlt?

ARBEITER: Ich arbeitete als Elektriker im Flughafengebäude. Ich war 15 Monate dort. Grenada ist eine sehr schöne Insel. Die Leute gefielen mir ziemlich gut, auch ihre Musik, der Reggae und Calypso, und es gab noch andere angenehme Besonderheiten. Ich fühlte mich wohl wie in meinem eigenen Land. Zuweilen hatte ich Heimweh nach meiner Familie, meinen Kindern, meiner Frau, meiner Mutter und anderen. Ich fühlte mich nicht schlecht dort, nur mußte ich oft an meine Familie denken.

LN: Welches waren Deine Motive, in Grenada zu arbeiten?

A: Nun, mein Motiv war, diesem Land solidarisch zu helfen in Form von Zusammenarbeit, damit es aus der Unterentwicklung herauskäme; eine Hilfe, die darin bestand, daß wir ihnen halfen, den Flughafen zu bauen.

LN: Bedeutete diese Arbeit in Grenada für Dich auch eine Verbesserung Deiner Berufschancen, eine Qualifikation. Waren es auch materielle Anreize oder Privilegien, die Dich motivierten?

A: Nein. Die Qualifikation hatte ich schon in Kuba erworben, in meiner Ausbildung. Nein, ich wollte in erster Linie diesem Land helfen. Natürlich habe ich dabei weitere technische Erfahrungen gesammelt in meinem Beruf. Privilegien gab es nicht. Was es gibt ist, daß wenn einer mit einer solchen Mission ins Ausland geht, bekommt er 24 Centavos mehr auf den Stundenlohn, den er bekommen hat, bevor er das Land verließ. Aber das ist Geld für die Erfüllung einer Mission, kein Privileg.

LN: Welches waren Deiner Meinung nach die Motive Deiner Regierung, Grenada zu helfen?

A: Diese Hilfe beim Flugplatzbau war eine richtige Sache. Sie war für ein Land, das noch vor ein paar Jahren eine englische Kolonie war. Kuba ist ein Nachbarland, das das Wenige gab, das es zu bieten hatte für dieses Land, daß es sich verbesserte wie Kuba, daß es ein freies Land werden sollte wie Kuba mit seiner eigenen Kultur, seiner eigenen Ideologie, daß es sich von der kolonialen Abhängigkeit und vom Imperialismus befreien konnte.

LN: Wie beurteilst Du die Regierung von Bishop und ihre Politik zur Entwicklung des Landes?

A: Nun, ich hatte nicht viel mit der Regierung von Bishop zu tun,

aber so weit ich das beurteilen kann, war es eine Regierung, die große Perspektiven hatte für die Zukunft, mit Entwicklungszielen in allen Bereichen, wirtschaftlich, politisch, sozial. Niemals habe ich erwartet, daß es zu einem solchen Staatsstreich kommen würde innerhalb des eigenen Kabinetts. Niemals hätte ich das gedacht, aber nun, es passierte, ich weiß nicht den Grund.



Der neue Flughafen Pt. Salines kurz vor der Invasion

LN: Hast Du Bishop mal getroffen und was hattest Du für einen Eindruck von ihm?

A: Bishop war trotz seiner 39 Jahre ein ausgezeichneter Führer in der Karibik, wie Fidel hier sagte, er war eine große Persönlichkeit weit über die Insel hinaus bekannt als Führer seines Landes. Er hätte das Zeug gehabt, auch ein größeres Land zu regieren. Er hatte große Fähigkeiten, große Kenntnisse. Für mich war er ein ausgezeichneter Führer, er ging zu den Massen, die Massen liebten ihn, alle seine Pläne waren ausgerichtet auf die Massen und die Massen hörten auf ihn, sie applaudierten ihm und folgten ihm.

LN: Kannst Du die Stimmung unter Deinen "compañeros" in den Tagen vor der Invasion beschreiben, als Ihr von der Inhaftierung und später vom Tod von Maurice Bishop und seinen Gefährten erfuhrt.

A: Alle Kubaner waren sehr betroffen, sehr verletzt, als sie von der Inhaftierung Bishops hörten. Die Grenadier, die bei uns am Flugplatz arbeiteten, baten uns um Lastwagen, um eine Demonstration zu machen. Wir gaben sie ihnen und sie machten ihre Demonstration. Wir hätten uns gerne an der Demonstration beteiligt, aber da dies ein internes Problem der Regierung war, konnten wir nicht teilnehmen. Als wir dann vom Tod von Bishop hörten, war das für uns Kubaner sehr schmerzlich, aber nicht nur für uns, sondern für die ganze Welt, denn Bishop war geliebt in der ganzen Welt. Ja, wir waren sehr traurig über seinen Tod. Aber vorher, während seiner Inhaftierung konnten wir nichts machen, um ihn zu befreien, weil es ein internes Problem der Regierung war und der Kubaner mischt sich niemals in interne Probleme ein.

LN: Was hieltst Du von der Militärregierung unter Hudson Austin?

A: Nun, die Regierung, die die Gefangennahme von Bishop, die seinem Tod vorausging, vornahm ... die Kubaner kannten nicht die Situation. Bernard Coard und Austin waren öfter bei bestimmten Veranstaltungen, die im Lager der Kubaner stattfanden, wie Diplome überreichen - einer von ihnen (Austin) war ja Bauminister - und die Beziehungen zu uns zu pflegen. Niemals hätten wir einen solchen Verrat, einen

Staatsstreich von ihnen erwartet. Als wir davon erfuhren, lehnten wir diese Regierung sofort ab. Er kam und bat den kubanischen Botschafter in Grenada um Hilfe, eine Sache, die der Botschafter ablehnte, und er sagte ihm, daß er kein Militärpersonal in der Botschaft dulden würde, sondern nur diplomatisches Personal. Danach wandte er sich an die kubanische Militärmission in Grenada und wollte, daß das kubanische Personal, das am Flugplatz arbeitete, der grenadischen Armee überstellt würde. Eine Sache, die abgelehnt wurde, denn wir hatten nichts mit der Armee zu tun, sondern nur mit dem Bau des Flughafens. Wir würden unsere verschiedenen Arbeitsbereiche verteidigen für den Fall, daß wir direkt angegriffen würden. Wie es ja dann geschehen ist.

LN: Wie lauteten die Anweisungen Eurer Vorgesetzten und Eurer Regierung in Bezug auf das Verhalten der Bauarbeiter in den Tagen vor und während der Invasion?

A: Diese Frage ist ja zum Teil schon beantwortet mit dem, was ich vorher gesagt habe. Aber ich kann ja noch ausführen. Wir hatten den Befehl, uns zu verteidigen, wenn wir direkt angegriffen würden. Trotzdem, wir richteten uns nach dem, was uns übermittelt wurde von unserem Oberbefehlshaber Fidel Castro. Wir würden uns nicht ergeben, in keinem Moment, bis zur letzten Kugel und zum letzten Mann würden wir kämpfen. Aber da wir nicht genug Waffen und nur wenig Munition hatten, waren wir praktisch dazu gezwungen.

LN: Wie hast Du die Invasion erlebt? Wo warst Du, als es anfing? Hattest Du mit der Invasion gerechnet? Hast Du gekämpft? Wie war das alles?

A: Nun, das war das erste Mal, daß ich direkt mit einem Feind in einem Kampf konfrontiert war, ob es nun der Imperialismus war oder sonst ein Feind. In diesem Fall war es der Imperialismus, die Vereinigten Staaten. Ich hatte überhaupt keine Erfahrung. Klar, ich hatte meinen Militärdienst geleistet, ganz normal wie ihn hier alle Jugendlichen machen müssen und wie in anderen Ländern. Aber das ist schon einige Jahre her. Diese Erfahrung ist schon ziemlich in Vergessenheit geraten.

LN: Wieviele Jahre dauerte dieser?

A: Für drei Jahren habe ich Militärdienst gemacht. Aber diese Erfahrung habe ich jetzt nicht. Ich habe die ganze Zeit nur an meine Arbeit gedacht und an die Fertigstellung des Flughafens. Niemals habe ich mit einer Invasion gerechnet und dann gegen die Vereinigten Staaten. Aber so ist es nun mal passiert. Aber nun zur Invasion: Ich befand mich in meinem Arbeitsbereich, habe meinen Posten eingenommen, ich nahm mein Gewehr, nahm meine Munition, das waren 120 Stück, nicht mehr.

LN: Stimmt das, daß die Kubaner zum Zeitpunkt der Invasion noch nicht bewaffnet waren?

A: Laß uns das klarstellen. Die Waffen wurden uns zur Verfügung gestellt von Premierminister Bishop, für den Fall einer Invasion, die direkt gegen die Kubaner gerichtet wäre. Diese Waffen sollten nur unter dieser Voraussetzung benutzt werden. Sonst nicht. Das geschah während der Invasion und wir holten die Waffen. Diese Waffen reichten nicht aus für alle Kubaner. Die, die zuerst kamen, bekamen Waffen, die andern nicht.

LN: Die Waffen befanden sich im kubanischen Lager oder wo?

A: Nein, die Waffen waren nicht im Lager. Fast niemand kannte den Ort. Als die Invasion kam, erfuhr man ihn. Man ging hin und die, die zuerst kamen, bekamen die Waffen. Aber sie reichten nicht für alle.

Und danach ging man zu den verschiedenen Arbeitsplätzen innerhalb des Lagers und innerhalb des Flughafengeländes, um diese zu verteidigen.

LN: Nach den Verlautbarungen der nordamerikanischen Stellen und den Aussagen ihrer Soldaten bekam man den Eindruck, daß der Krieg in Grenada ein Krieg zwischen Kubanern und ihnen und den Truppen der anderen beteiligten karibischen Staaten sei. Wie siehst Du das?

A: Es gab keinen Krieg zwischen den Kubanern und den anderen karibischen Ländern, d.h. der CARICOM-Länder. Die ersten, die das Land überfielen, waren die "Rangers". Das waren die ersten. Diese landeten zuerst und ihre Positionen wurden danach von der 82. Luftlandetruppe der Vereinigten Staaten eingenommen. Schwarzes Personal mit blauen Armbinden (Personal der CARICOM-Truppe) sahen wir erst später im Konzentrationslager und wir erfuhren, daß sie aus Jamaika, Barbados, St. Lucia oder was weiß ich woher kamen, aus der Karibik jedenfalls. Die Truppe der CARICOM.

LN: An welchen Orten kämpften die Kubaner?

A: An den Arbeitsplätzen und im Lager. Sie kämpften auch in der Siedlung von Point Salines, an das sich das Flugplatzgelände anschließt. Dann existierte noch ein anderes kubanisches Lager im Dorf Caliste (auch in der Nähe des Flugplatzes), wo es die schwersten Kämpfe gab gegen die amerikanischen Truppen. Dort befand sich auch die Militärmission. Nur in diesen zwei Dörfern kämpften die Kubaner.

LN: An keinem anderen Ort von Grenada sonst?

A: An keinem anderen Ort. Denn das gesamte kubanische Personal war in diesem genannten Gebiet konzentriert.

LN: Mit welchen Waffen kämpften die Kubaner?

A: Die Waffen, die die Kubaner hatten oder vielmehr nur die Kubaner, die überhaupt Waffen bekommen hatten, waren AK-Gewehre, Maschinen-gewehre, Mörser, ich weiß nicht die Millimeter oder Kaliber, ich hatte keine solche Waffe, "cuatrobocas", einige wenige Artilleriestücke.

LN: Was sind "cuatrobocas"?

A: Das sind hier Artilleriegeschütze, um Flugzeuge abzuschießen. Aber das vorhandene Kaliber war nicht ausreichend für die Flugzeuge, die in Grenada bei der Invasion eingesetzt wurden. Das waren, glaube ich, F 106 oder der Phantom-Jäger, ich kenne mich mit den Flugzeugtypen nicht so aus, aber, ich glaube, es waren diese. Für den Abschuß dieser Flugzeuge hatten wir nicht die richtigen Geschosse.

LN: Haben Kubaner auch zusammen mit Grenadiern gekämpft?

A: Die Kubaner haben direkt gegen den Imperialismus gekämpft, nur sie allein, nicht im Verbund mit ... (unverständlich).

LN: Gab es keine grenadinischen Soldaten dort, wo Du gekämpft hast?

A: Doch, ich habe Grenadier kämpfen sehen, aber in einiger Entfernung von dem Ort, wo ich war. Wir haben niemals zusammen gekämpft.

LN: Bis zu welchem Tag kämpften die Kubaner?

A: Ich kann das nicht genau sagen. Aber mich haben sie am 27. gefangegenommen, zwei Tage nach der Invasion. Aber es gab auch Kubaner, die erst am 4. Tag gefangegenommen wurden.

LN: Warum hast Du gekämpft? Was hast Du verteidigt in diesem Kampf?

A: Ich habe gekämpft aus Solidarität mit Grenada, für mein Vaterland und für meine eigene Person. Das waren die drei Gründe, die mich motiviert haben, gegen die Amerikaner zu kämpfen. Gegen die Amerikaner und aus Solidarität mit dem Bruderland Grenada, dem ich meine Hilfe angeboten hatte.

LN: Wie wurdest Du als Gefangener behandelt. Welches waren Deine Erfahrungen im Konzentrationslager und während der Evakuierung?

A: Die Zeit im Konzentrationslager war meine erste Erfahrung als Gefangener und eine ziemlich unangenehme. Nie hätte ich gedacht, daß man so Gefangene behandelt. Aber nun, man wächst angesichts solcher Schwierigkeiten und wird schließlich mit solchen Mißhandlungen auch fertig.



Gefangene kubanische Arbeiter in Grenada

LN: Inwiefern bist Du mißhandelt worden?

A: Es mangelte an Essen, ich konnte bestimmte Bedürfnisse nicht erfüllen, z.B. zur Toilette gehen, es gab Mißhandlungen durch Schläge, es gab sehr strenge Verhöre, während der Verhöre durfte ich nicht rauchen, ich bat um Wasser, man gab mir keins. Ich war noch nie in einer solchen Situation, aber der kubanische Revolutionär wächst angesichts solcher Schwierigkeiten und siegt schließlich, wie wir gesiegt haben. Militärisch sind wir geschlagen worden, aber moralisch haben wir gesiegt.

LN: Wie war die Evakuierung?

A: Ich war bis zum 7. November im Konzentrationslager. Dort habe ich all das erlitten, was ich schon beschrieben habe, was der Imperialismus, d.h. die Amerikaner machten. Abgesehen davon, habe ich meine ganzen Habseligkeiten verloren. Die Angehörigen der CARICOM-Truppen, Personal aus Jamaika, Barbados, Dominica, dieses Personal drang in unsere Unterkünfte ein und zerschlug die Schränke und ...

LN: Die Amerikaner waren daran nicht beteiligt?

A: Nein, die Amerikaner nicht. Es waren die CARICOM-Angehörigen, die dort eindringen und die Sache der Kubaner herausholten. Vieles schenkten sie den Grenadiern, die in der Nähe des kubanischen Lagers wohnten. Die Amerikaner kamen schließlich auch in unsere Unterkunft. Sie sagten in diesen Unterkünften würden jetzt die verletzten und kranken Kubaner untergebracht werden, die vom Roten Kreuz betreut würden und wir würden woanders untergebracht werden. Dabei nahmen

sie auch einige Kassettenrekorder. Kleider, Schuhe und so interessierten sie nicht. Sie nahmen nur elektrische Geräte. Das machten sie aber nicht in Gegenwart von Journalisten, Interviewern und solchen Leuten, anders als das Personal der CARICOM-Truppe, die uns alles wegnahm und das, was sie nicht haben wollten, schließlich verbrannten.

LN: Wie hast Du Dich gefühlt, als Du nach Kuba zurückkamst?

A: Erst kam ich nach Barbados, wo wir von kubanischen Regierungsvertretern empfangen wurden. Aber wir waren nicht fähig, wegen der erfahrenen Mißhandlungen und weil wir so wenig zu essen bekommen hatten, hatten wir kaum Kraft zu rufen "patria", Fidel, sie zeigten uns, schaut, hier steht das Flugzeug der Cubana, das ist dein Land, jetzt bist Du gerettet, wir hatten wenig Kraft, wir schrien, aber nicht so wie am Flugplatz José Martí (Havanna) als wir unseren "maximo lider", Fidel Castro, sahen, der uns umarmte und auch den zweiten Führer unserer Revolution, Raul Castro, der uns die Hand gab, da war das Nationalwappen, die Fahnen dieses Landes ... eine Reihe von Sachen ..., das Publikum, das Volk, das uns stark applaudierte für unsere Rückkehr und das sich gesorgt hatte, als wir in dieser schrecklichen Invasion waren.

LN: Würdest Du nochmal als Internationalist irgendwo arbeiten?

A: Nun, das war das zweite Mal, daß ich weg war. Ich war in Grenada und in Mexico. In Mexico gab es keine Probleme. In Grenada war das Problem der Invasion. Ich wollte diese Mission korrekt zu Ende bringen wie die andere. Das war nicht möglich. Aber das gab mir sogar noch mehr Kraft, die wuchs mit den Schwierigkeiten; Kraft, die ich einem anderen Land, von dem ich denke, daß es diese Wert ist oder das die Hilfe Kubas braucht, zur Verfügung stellen werde. Das habe ich auch Fidel gesagt als er mich begrüßte. Ich habe ihm gesagt, das einzige, was ich mir wünsche, ist die Möglichkeit zu haben, eine neue Mission zu erfüllen, egal in welchem Teil der Welt.



"Herren Imperialisten, wir haben vor Euch absolut keine Angst!" Leuchtschrift gegenüber der Interessenvertretung der USA in Havanna die von amerikanischen "Marines" bewacht wird.

Das New Jewel Movement

Die revolutionäre Bewegung in Grenada 1973 - 1983

Teil II (Fortsetzung des Artikels in LN 121 Seite 8)

Im Kampf gegen Gairys Unabhängigkeit hatte das NJM eine hohe Mobilisierungskraft bewiesen und war zu einer anerkannten politischen Kraft geworden. Die anfangs sehr kleine Gruppe von (hauptsächlich) radikalen Intellektuellen hatte sich zu einer Oppositionspartei entwickelt. Zulauf erhielt das NJM in dieser Phase vor allem von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst (z.B. im Gesundheitswesen), die unter der ruinösen Wirtschaftspolitik von Gairy besonders zu leiden hatten. Zu den für 1976 angesetzten Wahlen bildete das NJM ein Wahlbündnis mit der bürgerlich-liberalen GNP und einer kleineren bürgerlichen Gruppierung. Die Bedingungen des Wahlkampfes waren für die Opposition sehr schwierig, und die Wahl selbst wurde von Gairys Beamten manipuliert. Dennoch fiel der "Sieg" von Gairys GULP über die Volksallianz mit 52%:48% sehr knapp aus. Besonders beunruhigend war für Gairy das gute Abschneiden des NJM, das die meisten oppositionellen Sitze gewinnen konnte, und so der Seniorpartner der Allianz geworden war.

"GAIRYISMUS" 1951 - 1979

Der große Zuspruch, den das NJM in der Wahl erhalten hatte, veränderte das alte Parteiengefüge nun auch im Parlament. Seit den ersten allgemeinen Wahlen 1951 hatten sich GULP und GNP im Regierungsgeschäft abgewechselt. Die GNP (Grenada National Party) war die Partei des städtischen Bürgertums, hauptsächlich in St. George's vertreten, mit einer eher farblosen Führung. Die GULP (Grenada United Labour Party) war die Partei der armen Landbevölkerung, - in erster Linie aber die Partei von Eric Matthew Gairy. Der hatte sich 1951 als Anführer einer äußerst militanten Streikbewegung einen Namen gemacht. Als Champion der Massen kam er bei den ersten Wahlen 1951 in den Inselrat, und war seitdem der erste Politiker der Insel. Für das Bürgertum war er ein Schreckgespenst, denn er war keiner von ihnen, sondern stammte selbst aus der schwarzen Landbevölkerung.

(Der schwarzen Landbevölkerung steht die kreolische (gemischt-braune) Mittelschicht gegenüber. Obwohl es in der karibischen Gesellschaft keine festen Rassenschranken gibt, ist die Klassenzugehörigkeit eng mit der Hautfarbe verbunden. Hellhäutigkeit gilt als sozial aufwertendes Merkmal. Die Mittelschicht unterscheidet sich durch ihre europäisierte Lebensweise stark von der Landbevölkerung. Bürgerliche Politiker mit ihrer englischen Erziehung hatten jahrzehntelang versucht, von London eine Verfassung mit allgemeinem Wahlrecht zu bekommen. Der Erfolg ihrer Bemühungen 1951 hatte nun zur Folge, daß ein Vertreter der schwarzen Massen an ihnen vorbei an die -noch begrenzte- Macht kam.)

Gairys rabiat-populistische Art widerstrebte den bürgerlichen Kreisen, die dem englischen Verfassungsgedanken anhängen. Den Massen war er ein charismatischer Führer, der seine Beziehungen zu ihnen weniger über einen Apparat als durch den direkten Appell regelte. Erfolgreiche Lohnkämpfe, mit denen Gairy seine politische Karriere begonnen hatte, gehörten mit seinem Machtantritt der Vergangenheit an. Seine Gewerkschaft GNMWU versetzte er in den Winterschlaf. Stattdessen wollte er in die kleine Elite aufgenommen werden, die ihn aber wegen ihrer sozialen und rassistischen Ressentiments abwieh. Immerhin konnte er sich persönlich bereichern.

Die Vernachlässigung seiner Basis wurde ihm in Wahlen nicht honoriert. Zweimal mußte er in die Opposition gehen. In diesen Phasen reaktivierte er die Gewerkschaft, und setzte hohe Lohnforderungen durch. Zweimal konnte er auf diese Weise die folgende Wahl wieder gewinnen.

Als Gairy 1968 aus der Opposition die Wahlen gewinnen konnte, hatte Grenada gerade eine neue Verfassung und die innere Autonomie bekommen. Gairy wurde der erste Premierminister Grenadas. Seine neuen Machtbefugnisse nutzte er zum systematischen Aufbau einer Günstlingswirtschaft. Hierzu diente ihm beispielsweise die Konzessionsvergabe im Tourismusbereich als neuem, expandierendem Wirtschaftssektor. Mit willkürlicher Gesetzgebung versuchte er, die widerspenstigen Teile der Bourgeoisie auszuhebeln. Die gewählten Vorstände der drei Produzentenassoziationen (für Kakao, Muskat und Bananen) setzte er ab, und inthronisierte eigene Statthalter. Im Rahmen eines Landreformprogramms enteignete er politische Gegner, und gab das Land an Günstlinge weiter.



Nach der Unabhängigkeit 1974 wurde Gairys Gesetzgebung noch kapriziöser. Seine Haushaltsführung war so chaotisch, daß Kredite der Karibischen Entwicklungsbank und anderer Organisationen ausblieben. Die Wirtschaft steuerte in eine schwere Krise. Um der wachsenden Opposition Herr zu werden, rüstete er seinen Zwangsapparat auf, wobei ihm die chilenische Militärjunta behilflich war.

REVOLUTION

In dieser Situation wurde das NJM zu einer Bedrohung für Gairy. Mit seiner volksnahen Arbeitsweise war das NJM ein andersartiger Gegner, als es die GNP gewesen war. Das NJM zielte langfristig auch auf Gairys traditionelle Basis. Die hatte Gairy seit seinem Amtsantritt 1968 immer mehr vernachlässigt zugunsten seiner neuen Klientel: einem weitgefächerten Netz von Günstlingen. Statt seine Gewerkschaft für Lohnabschlüsse kämpfen zu lassen, erließ er antigewerkschaftliche Gesetze und behinderte Gewerkschaftsgründungen.

Ann.: "Gairyismus" bis 1962 und grenadische Gesellschaftsstruktur siehe Singham (1968). 1962 - 1979 s. EP1CA(1982)

Die schwindende Loyalität seiner alten Wählerschicht versuchte er allein durch sein Charisma zu erhalten. Er bezeichnete sich als neuen Messias, als Vollstrecker eines göttlichen Plans, statt für höhere Löhne zu sorgen. Der zurechtgefälschte und dennoch knappe "Sieg" von 1976 zeigte, wie weit die Erosion seiner Basis fortgeschritten war.

Nach 1976 errang das NJM starke Positionen in immer mehr Gewerkschaften der städtischen Wirtschaftsbereiche, und seine Agitation und politische Bildungsarbeit erreichte zunehmend auch das ländliche Proletariat. Die Zeitung des NJM, die im Untergrund erscheinen mußte, erreichte die höchste Auflage der grenadischen Presse. Angesichts der zunehmenden Repression im Lande teilten immer mehr Grenadiner die militante Haltung des NJM gegenüber dem Regime, während die zaudernde GNP in den Hintergrund treten mußte.

Als besonderes Moment im Kampf des NJM gegen Gairy wirkte die Person von Maurice Bishop. Erstmals trat Gairy ein Oppositionsführer entgegen, von dem ebenfalls eine charismatische Wirkung ausging.

Gairy führte das Land zielstrebig in eine revolutionäre Situation. Er einte die große Mehrheit der Bevölkerung gegen sich. Das Ausmaß dieser Mehrheit zeigte sich am 13. März 1979, als in der morgendlichen Dunkelheit ca. 40 NJM-Aktivistinnen (von denen nur ein Teil bewaffneten war) die Militärbaracke von True Blue besetzten und die Soldaten im Schlaf überrumpelten. Von der benachbarten Radiostation riefen sie die Bevölkerung auf, Militär- und Polizeiposten zu besetzen und sich zu bewaffnen. Tausende folgten diesem Aufruf, und als am Nachmittag die letzte Bastion des Regimes kapitulierte, feierte die Bevölkerung den Sturz der Diktatur wie einen Karneval.



PRG: POLITIK

Bei Amtsantritt des *People's Revolutionary Government* war die Wirtschaft vom "Hurricane Gairy" fast verwüstet. In der Staatskasse befanden sich noch \$47 (1). Daran gemessen war der wirtschaftliche Aufschwung der folgenden Jahre erstaunlich. Schon im März 1981 berichtete der Internationale Währungsfond (IMF) in einem vertraulichen Papier, daß "die Finanzlage beträchtlich verbessert" und der Haushalt "mehr oder weniger ausgeglichen" war, verglichen mit den chronischen Defiziten der vorangegangenen Jahre (2). Im August 1982 bestätigte ein Bericht der Weltbank diese Entwicklung (3). Die saubere Haushaltsführung machte Grenada zu einem erholbaren Ort auch für die Emissäre von Finanz- und Entwicklungsorganisationen.

Nach der Revolution gab es erstmals seit 1974 wieder ein Wirtschaftswachstum; 1982 war die Zuwachsrate bei 5,5% angelangt. Den Hauptanteil daran hatten die sehr hohen Investitionen in Entwicklungsprojekte, die sich in den vier Jahren bis März 1983 auf EC\$ 237 Mill. beliefen. Darunter waren der Ausbau der Hafenanlage, Aufbau bzw. Modernisierung der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, der Straßen und des Telefonsystems, sowie der Ausbau des Erziehungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesens. Das bedeutendste Projekt war der Bau des neuen Flughafens. 1982 machte der Wert der Produktion im Flughafenbau mit EC\$ 26 Mill. den zwölften Teil des Bruttoinlandsprodukts aus (4).

Finanziert wurden die Projekte mit ausländischer Hilfe. Der Regierung gelang es, ausländische Kapitalquellen zu mobilisieren und Kredite zu teilweise besonders günstigen Bedingungen heranzuziehen (3, zit. Weltbank). Die Kredite wurden prinzipiell nur für Investitionen und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet. Die Kapitalausgaben konnten jährlich erheblich gesteigert werden. Während sie im letzten Jahr des Gairy-Regimes (1978) noch bei EC\$ 8 Mill. lagen, betrug sie 1982 über EC\$ 100 Mill. Kreditgeberländer waren vor allem Kanada, die EG und die OPEC bzw. einzelne Mitgliedsstaaten. Aus Kuba kamen vorwiegend Arbeitskräfte für den Flughafen, Ärzte und Lehrer.

Daß der Schuldendienst dennoch weniger als 4% der Deviseneinnahmen (1982) ausmachte, ist angesichts der politischen Folgen einer hohen Verschuldung eine der wichtigsten Wirtschaftsgrößen Grenadas.

Aus der Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit des Landes und dem Wiederaufbau der Infrastruktur zog die grenadische Privatwirtschaft ihren Nutzen. 1982 nahm die Produktion im privaten Sektor um EC\$ 13 Mill. bzw. 10% gegenüber dem Vorjahr zu. Dementsprechend verhielt sich der größte Teil der Privatwirtschaft gegenüber der Regierung loyal; die Industrie- und Handelskammer bezeichnete ihre Beziehung zur Regierung als *besser, als sie unter Gairy jemals war* (2). Immerhin war mit Lynden Ramdhanny einer ihrer früheren Präsidenten in der Regierung (zuletzt als Minister für Tourismus und Luftfahrt), und Gesundheitsminister Norris Bain war ebenfalls Unternehmer und zudem Mitglied der GNP (5).

Die Wirtschaftspolitik der Regierung sah die Beibehaltung des privaten Sektors im Rahmen einer mixed economy vor, die vom staatlichen Sektor "geführt" werden sollte. Der Anteil der Privatwirtschaft an der Gesamtproduktion war 1982 jedoch doppelt so hoch wie der des staatlichen Sektors (EC\$ 143 Mill.: EC\$ 73 Mill.). An der staatlichen Produktion war die Bautätigkeit zu 50% beteiligt (Flughafen!), während Industrie und Handel EC\$ 22 Mill. beitrugen. Die staatlichen Produktionsbetriebe stammten größtenteils aus dem enteigneten Gairy-Besitz, - ansonsten gab es nach der Revolution keine Verstaatlichungen.

Eine führende Rolle spielte der staatliche Sektor in der Diversifizierung der

(1) Bishop(1979). (2) Bell(1981). (3) Prince(1983).

(4) Wirtschaftsdaten zit. nach *Report on the National Economy for 1982*.

(5) Von 14 Mitgliedern des ursprünglichen PRG waren vier im weiteren Sinne Arbeiter. Die vier führenden Minister (Bishop, Coard, Radix, Whiteman) waren Akademiker (Rechtsanwälte und Ökonomen). Siehe Chamberlain(1979), s. Ambursley(1983).

Wirtschaft und des Außenhandels. Es war ein erklärtes Hauptziel der Regierung, die Abhängigkeit von den traditionellen Exportgütern (Kakao, Muskat und Bananen, 1979: 90%) durch Förderung nicht-traditioneller Produkte abzubauen. 1982 betrug deren Anteil am Export schon über 36%, doch war dies auch ein Ergebnis der schlechten Entwicklung in der Landwirtschaft. Besonders die staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe arbeiteten mit Verlust. Dazu kamen Absatzprobleme auf dem Weltmarkt - teilweise durch mangelhaftes Marketing-, so daß die Exporte insgesamt schrumpften. Die Importe konnten zwar ebenfalls reduziert werden, vor allem die Nahrungsmittelimporte, doch es blieb eine hochdefizitäre Handelsbilanz (1982: Exp. EC\$ 50Mill.- Imp. 150Mill.). Den Ausgleich besorgte vor allem der Tourismus.

Die wirtschaftspolitische Orientierung entsprach dem Manifest von 1973 (*self-sufficiency, real independence*), doch wurden dessen radikale Forderungen nicht verwirklicht. Ausländische Banken und Hotels wurden nicht verstaatlicht, sondern erhielten durch Staatsbetriebe Konkurrenz. Ein staatliches *Marketing and National Importing Board (MNIB)* wurde eingerichtet, kontrollierte aber zunächst nur die Einfuhr von Zucker, Reis und Zement, so daß die großen Importhäuser ihre starke Stellung weitgehend behielten. Wie die Kompradorenbourgeoisie wurde auch der andere Teil der Elite, die Landoligarchie nicht bedrängt. Entsprechend dem 73er Manifest gab es keine radikale Landreform; stattdessen sollten die Großgrundbesitzer dazu gebracht werden, ihr umfangreiches brachliegendes Land wirtschaftlich zu nutzen. Wenn dies innerhalb einer festgelegten Frist nicht geschah, konnte das brachliegende Land enteignet werden (für Kooperativen). (1)

Ausländische Konzerne haben auf Grenada keinen großen Landbesitz, doch leben viele Großgrundbesitzer nicht auf der Insel. Die Elite ist -im Gegensatz zur Mittelschicht- keine eigentlich grenadische, sondern eine karibische Klasse, deren wirtschaftliche Interessen und familiäre Verbindungen oft über mehrere Inseln reichen. Ins Ausland abfließende Profite wurden von der grenadischen Regierung hoch besteuert, und im März 1983 trat ein *Investment Code* (2) in Kraft, der die Bereiche und Bedingungen für Investitionen aus dem Ausland definierte.

Die umfangreichen sozialen Errungenschaften der vergangenen vier Jahre sind an anderer Stelle ausführlich gewürdigt worden (3). Wie immer in solchen Fällen übten Teile der Bourgeoisie Kritik an deren Finanzierung durch eine sozialere Besteuerung. Angesichts des niedrigen Ausbildungsniveaus in Grenada mußten aber Ausgaben für den Ausbau des Bildungswesens als Infrastrukturmaßnahmen betrachtet werden, die langfristig der Wirtschaft zugute kommen würden. Gleiches galt für das Gesundheitswesen, so daß Kritik eher verhalten ausfiel.

Die starke Förderung der Gewerkschaften konnte in der Bourgeoisie auch keine Begeisterung wecken. Diese sahen aber wenig Grund zur Militanz, da die Arbeitslosigkeit von 50% unter Gairy(1979) auf 14% (1982) gefallen und die Reallöhne 1982 um 3% gestiegen waren. Die Regierung hielt alle Teile der Wirtschaft zu verantwortungsbewußtem und patriotischem Verhalten an, und konnte im *Investment Code* (2) potentielle Investoren auf ein *"sehr gutes Klima"* in den *industrial relations* hinweisen.

Wenn die aktuelle Wirtschaftspolitik des PRG wenig Konfliktstoff für die Bourgeoisie enthielt, so gab es doch verbreitet Zweifel über die langfristige politische Orientierung. Die dominierende Rolle des NJM, das inzwischen den Sozialismus zum Ziel erklärt hatte, wurde beargwöhnt, ebenso der Einfluß des kubanischen Modells, die Aufstellung von Volksmilizen, die revolutionäre Rhetorik, die außenpolitische Nähe zu den RGW-Staaten.

(1)s. EPICA(1982), S.74 ff; Ambursley(1983)

(2) Grenada Investment Code (1983)

(3) s. Grenada-Nachrichten Nr 4 (1983) und EPICA(1982)

NJM: SOZIALISMUS

Als das NJM 1979 durch die Revolution an die Macht kam, gehörte das Manifest von 1973 schon zur politischen Frühgeschichte. Der Sozialismus war inzwischen das erklärte Ziel. Es wurde zwar kein neues Programm geschrieben, um das Manifest zu ersetzen, aber das Manifest wurde aus dem Verkehr gezogen. Die Entwicklung, die sich in der Zeit der Opposition im Innern des NJM vollzogen hatte, charakterisierte der Minister Selwyn Strachan 1979 folgendermaßen: *"Je reifer wir wurden, desto fähiger wurden wir, eine klarere ideologische Position auszuarbeiten."* (1)

Der Kampf gegen Gairys Unabhängigkeit 1974 hatte das NJM auch außerhalb Grenadas bekannt gemacht. In den folgenden Jahren entwickelten sich Beziehungen zu den "offiziellen" kommunistischen Parteien der anglophonen Karibik (spez. *Workers Party of Jamaica; People's Progressive Party* in Guyana) und zu Kuba. Die politische Terminologie des NJM näherte sich diesen Parteien an. Das alte, idealistische "One-Nation"-Motiv wurde im Sinne einer Volksfrontpolitik als Klassenbündnis neu interpretiert, - so bei der Bildung des Wahlbündnisses von 1976. (2)

Das Prestige von Kuba wirkte sich ebenfalls auf die NJM-Positionen aus: *"Wir glauben, daß unser Entwicklungsweg mehr oder weniger derselbe sein wird wie die kubanische Revolution. (...) Wenn wir eine Entscheidung getroffen haben, unsere Gesellschaft sozial umzuformen, und den korrekten Weg gemäß den Gesetzen der historischen Entwicklung wählen, würden wir mehr oder weniger durch den gleichen Prozeß gehen müssen, mit geringen Unterschieden wegen der Ungleichheit, weil einige Länder entwickelter sind als die nächsten."* (1)

Dieser Weg sollte zu einem *"Arbeiter-und-Bauern-Staat"* (1) führen. Aus den "Gesetzen der historischen Entwicklung" nach Strachan folgte für Grenada der nicht-kapitalistische Weg: *"...es gibt eine Zahl von Stadien, durch die wir durch müssen (...) wir sehen uns auf den Sozialismus zugehen, den Weg der gemischten Wirtschaft benutzend, den nichtkapitalistischen Weg in diesem Stadium. Und das wird uns natürlich helfen, die Kraft der Arbeiterklasse in unserem Land zu steigern, uns auf den Fortschritt zum Sozialismus vorzubereiten, wo wir schließlich die Diktatur des Proletariats haben können. (...) Dies... ist eine abgegrenzte historische Stufe. (...) Das Ziel ist natürlich der Sozialismus. Aber der Sozialismus kann nicht einfach kommen, einfach so. (...) wir schreiten zum Sozialismus, die kapitalistische Entwicklung umgehend."* (1)

Vorangetrieben wurden solche Positionen besonders von Bernard Coard, der zum führenden Parteiideologen wurde. Er kam 1976 nach Grenada zurück, und gründete im NJM 1977 die *Organization for Revolution, Education and Liberation (OREL)* (3) für marxistisch-leninistische Schulungsarbeit. Unter den Mitgliedern fanden sich die wichtigsten Putschisten von 1983: neben Bernard und Phyllis Coard die späteren Offiziere Leon "Bogo" Cornwall, Liam James, Ewart "Headache" Layne.

Diese Entwicklung lief nicht ohne Konflikte ab. Schon bei der Abfassung des 1973er Manifests hatte es harte Auseinandersetzungen um die Verstaatlichungsforderungen gegeben, und nicht allein aus taktischen Gründen (4). Eine einfache Zergliederung des NJM in einen "liberalen" und einen "leninistischen" Flügel ist jedoch nicht möglich. Auch Maurice Bishop, dem neuerdings in Teilen der bürgerlichen Presse die Rolle des verkannten Liberalen zugemessen wird, vertrat die Theorie der Entwicklungsstadien und des nicht-kapitalistischen Weges zum Sozialismus: *"Mit den arbeitenden Menschen haben wir unsere populäre antiimperialistische und demokratische Revolution gemacht; mit ihnen werden wir bauen und zum Sozialismus und zum endgültigen Sieg voranschreiten."* (5)

Die führende Rolle der Partei war ebenso unumstritten. In der Kampfzeit gegen

(1) Strachan(1979) im Interview. (2) s. Ambursley(1983).

(3) Taylor (1983) in *the Times*. (4) s. Jacobs(1974).

(5) Bishop(1983) in einer Rede; s.a. Bishop und Carrera(1982).

Gairy war das NJM zu einer festgefügtten Kaderpartei geworden, die sich als gesellschaftliche Avantgarde verstand. "…wenn eine Revolution die schöpferische Handlung eines bewußten, entschlossenen und einigen Volkes ist, um wie viel gestählter, wie klar und einig muß die Avantgarde-Kraft dieses Prozesses sein!… Geliebte Genossen unserer Partei … Kämpfer der ersten Reihen, laßt uns geloben, die Banner der Revolution und des Proletarischen Internationalismus höher und stolzer zu tragen, laßt uns … danach streben, unsere historischen Pflichten zu erfüllen durch konsequentere Einhaltung der exemplarischen Normen und Grundsätze des Parteilebens."(1)

Bishop war Revolutionär, aber kein Dogmatiker: Die Verwendung von Begriffen wie "Proletarischer Internationalismus" suggeriert dem europäischen Beobachter, der in Eurokommunismus-Debatten seine Wahrnehmung geschärft hat, eine bestimmte Position, von der tatsächlich aber nicht die Rede sein kann. Das zeigt zum Beispiel Bishops Umgang mit dem Begriff "Wissenschaftlicher Sozialismus"; in einem Interview wurde er gefragt, was er mit diesem Begriff meint: "Ich kann diese Frage am besten beantworten, indem ich Sie zuerst auf die Errungenschaften unserer Revolution in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, soziale Wohlfahrt, Landwirtschaft, Agro-Industrialisierung, Fischerei und Tourismus hinweise..."(2) Es folgt eine Darstellung dieser Errungenschaften; später kommt Bishop auf den Punkt der Wissenschaftlichkeit zurück, und betont "die immensen Möglichkeiten im Aufgeben veralteter Methoden und Annehmen neuer Ideen. Dies stimmt überein mit unserem Glauben an eine wissenschaftlich begründete Revolution." Unter wissenschaftlichem Sozialismus verstand Bishop den Einsatz moderner wissenschaftlicher Mittel für den sozialen Fortschritt.

"Wir haben einen unabhängigen politischen Prozeß eingeleitet. Wir betrachten uns, wie Sie wissen, als Sozialisten. Wie wir diesen Terminus definieren, wird sich in unserem Programm und unserer Politik über die Jahre erweisen. Wir definieren unsere Ideologie durch unsere soziale Praxis. Niemand wird uns dabei helfen..."(3) Bishops Sozialismus war weniger das Ergebnis einer Analyse der grenadischen Klassengesellschaft, als vielmehr der Analyse der Situation Grenadas als Teil der ausgebeuteten, unterentwickelten Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft. Bishop war in erster Linie Antikolonialist, Antiimperialist, Antirassist.

Der Internationalismus war eine Leitlinie von Bishops Politik. Er und Außenminister Unison Whiteman engagierten sich in diesem Sinne in der Bewegung der blockfreien Staaten, deren Vollmitglied Grenada geworden war. Trotz prinzipieller Blockfreiheit wurde die Sowjetunion als befreundetes Land und -analog der Haltung Kubas- gewissermaßen als ein natürlicher Verbündeter der um Befreiung kämpfenden Völker angesehen. Die Einschätzung der internationalen Politik war entsprechend: z.B. wurde die Invasion Afghanistans als Hilfe betrachtet. Für die orthodoxe Tendenz im NJM um Coard war diese prosovietische Haltung eine prinzipielle Angelegenheit, - Strachan bezeichnete das Herrschaftssystem der RGW-Staaten als "grassroots democracy"(4), was die Frage aufwirft, wie die Zukunft der grenadischen Räte Demokratie aussehen sollte.

DEMOKRATIE

Nach der Revolution wurden in allen Gemeinden(*parishes*) Volksversammlungen ins Leben gerufen. Diese hießen Räte(*councils*), wurden aber nicht von Delegierten gebildet, sondern standen jedem Gemeindegewohner offen. Diese Councils diskutierten hauptsächlich die konkreten Belange der Gemeinde. Sie hatten das Recht, Minister und Regierungsbeamte zum Erscheinen aufzufordern, und diese hatten die Pflicht, Rede und Antwort zu stehen. Im Council wurden Vorschläge gemacht, Auskünfte verlangt und Kritik geübt. Auf diese Weise wurde zum Beispiel der gesamte Haushaltsentwurf 1983 in den Councils und in den Massenorganisationen diskutiert, und eine große Zahl von Änderungsvorschlägen wurde von der Regierung bei der

(1) Bishop(1983). (2) Bishop(1980). (3) Bishop(1979)

(4) in einem Interview mit drei Vertretern einer dänischen und einer westberliner Solidaritätsgruppe 1982; zit. nach unveröffentlichtem und leicht redigiertem Transcript der Tonbandaufnahme.

Erstellung des endgültigen Haushaltsplans berücksichtigt.

Die Entscheidungen wurden von der Regierung getroffen, die selber in den Councils nicht zur Disposition stand. Zwischen den Councils und der Regierung gab es keinen formalen Entscheidungsweg. Die Councils waren Beratungsorgan. In den Councils wurde nicht abgestimmt, sondern es wurde versucht, Konsens herzustellen: "Wenn man politisch viel weiter fortgeschritten ist, und das Problem versteht und es besser erklären kann, während natürlich im allgemeinen das Volk alles und so weiter will, und dann einige Leute meinen, dieses oder jenes sollte zuerst getan werden, (...) dann muß man natürlich eine Diskussion stattfinden lassen, selbstverständlich müssen die Ansichten der Leute ausgedrückt werden, aber dann ist es wichtig, alle technischen Schwierigkeiten aufzuzeigen, was in der jeweiligen Angelegenheit zu berücksichtigen ist, so daß die Leute, die den betreffenden Punkt eingebracht haben, ein klareres Verständnis der betreffenden Angelegenheit haben... - so daß er, wenn er schließlich zustimmt, nicht im Abstrakten zustimmt, ohne Verständnis oder unter Druck, sondern er stimmt schließlich zu, weil alles geklärt worden ist."(1)

Nach der Revolution hatte die neue Regierung allgemeine Wahlen binnen kurzer Zeit angesagt. Später wurden sie von der Annahme einer neuen Verfassung abhängig gemacht. Eine Verfassungskommission wurde erst 1983, im fünften Jahr der Revolution eingesetzt. Ein wesentlicher Grund für diese Verzögerung war die von den USA gelenkte Destabilisierungskampagne. In Jamaica hatten die USA 1976 und 1980 gezeigt, wozu Wahlen nützlich sein können. Mit dem Bombenanschlag vom Juni 1980 wuchs in Grenada die Furcht vor der Destabilisation, es gab Aufrufe zur Einheit und Wachsamkeit und zur Identifizierung von Konterrevolutionären. Gleichzeitig gewann natürlich der Sicherheitsapparat an Bedeutung. In einem Flugblatt zum 4. Jahrestag der Revolution wurde aufgefordert: "Gebt Informationen über jede und alle verdächtigen Aktivitäten, einschließlich örtlicher, denn der CIA versucht immer, örtliche Counters zur Hilfe für seine schmutzige Arbeit zu gewinnen."

Andererseits gab es aber offensichtlich im NJM ein gewandeltes Demokratieverständnis, das sich von den Vorstellungen im Manifest unterschied. Von einer tatsächlichen Herrschaftsausübung der Organe der Räte Demokratie war zwar als Zielvorstellung noch die Rede, aber eine Avantgarde unterscheidet oft nur ungen zwischen einer Herrschaft *im Interesse des Volkes* und einer Herrschaft *des Volkes selbst*. Als Selwyn Strachan im oben zitierten Interview die DDR als Graswurzel-Demokratie bezeichnete, da wies er Kritik an dieser Einordnung zurück, indem er sagte, daß "die Menschen am Prozeß teilnehmen können, und daß sie am Wohlstand der Gesellschaft teilhaben. (...) Sie meinen, die Massen dieser Länder haben keinen Nutzen vom Wohlstand der Gesellschaft? - Nun, das ist entscheidend. Wer kontrolliert die Wirtschaftsmacht in diesen Ländern?(...) Sieht man dort arme Leute in den Straßen betteln?" So wird nicht mehr unterschieden zwischen dem Volk als Nutznießer oder Teilhaber oder Inhaber der Macht, und man kommt um die Frage der Herrschaft herum. Mitsprache ist dann schon Basisdemokratie, und die gibt es demzufolge auch in der westdeutschen Montanindustrie.

Die demokratische Ernsthaftigkeit von Maurice Bishop und anderen Ministern kann nicht in Zweifel gezogen werden. Doch diese hatten im Zentralkomitee nicht mehr die Mehrheit. Die hatte Bernard Coard und die orthodoxe Linie. Das ZK des NJM bestimmte die Regierung und war die eigentliche Macht im Lande. Dessen Entscheidungsprozesse waren nicht transparent; die Partei war nach außen ziemlich dicht. Ihre Mitgliederzahl war Parteigeheimnis, doch lag glaubwürdigen Informationen zufolge die Zahl der Vollmitglieder der Partei deutlich unter 100. Wie das ZK gewählt oder bestimmt wurde, und wer darin saß, wurde nicht gesagt. Im Rahmen des oben zitierten Interviews mit Selwyn Strachan spielte sich folgender Dialog ab: "Sie sind jetzt Mobilisierungsminister, wahrscheinlich auch im Politbüro, wie sind sie in diese Position gekommen, haben Sie die Parteimitglieder gewählt?" - "Von welcher Position reden Sie?" - "Sie sind Minister?" - "Ja, das ist ein Staatsposten." - "Ja, wie haben Sie diesen Posten bekommen?" - "Was meinen Sie: wie habe

(1) im Interview mit Vertretern von Solidaritätsgruppen (1982), zit.n. Transcript.

ich diesen Posten bekommen?"-"Jemand muß Sie doch wählen oder bestimmen."-"Das entscheidet die Partei."-"Die Partei: heißt das das politische Büro der Partei, oder die Mitglieder der Partei..."-"Die Partei (emphatisch), die Partei beschließt es."-"Aber wer ist die Partei..."-"Die Partei beschließt, Genosse, ich meine: was sonst. Ich meine: die Partei beschließt.(ungeduldig) Ich meine es so einfach. Die Partei, meine ich: es ist egal welcher Teil der Partei. Die Partei beschließt."-"Nun, mit dieser Antwort bin ich nicht zufrieden."-"Hm." (1)

THE PARTY DECIDES: PUTSCH

Im Oktober 1983 beschloß die Partei, Maurice Bishop politisch kaltzustellen. Der innerparteiliche Streit zwischen Bishop und Coard, der schon seit langem schwelte, hatte sich in diesem Jahr offenbar verschärft. Nach außen drangen darüber immer nur Gerüchte, da der Konflikt nicht offengelegt wurde. Anfang 1983 gab es Gerüchte über ein Komplott von Bernard Coard, denen mit einer Kampagne gegen *rumour mongers* begegnet wurde.

Bernard und Phyllis Coard waren beide sehr ambitioniert. Bernard Coard hielt sich für den besseren Premierminister. Im Oktober versuchte Coard mit seiner Parteimehrheit, Bishop zu entmachten. Dies scheiterte am massenhaften Widerstand der Bevölkerung. Daraufhin ließ Coard das Militär gegen das Volk vorgehen und Bishop mit seinen Ministern hinrichten.

Die Entmachtung von Bishop war von der Gruppe um Coard vorbereitet. Die führenden Mitglieder des Militärrats, der sich durch das Massaker an die Macht putschte, waren Mitbegründer von Coards OREL (1977), darunter auch Leon Cornwall, der im Sommer 1983 die Leitung der politischen Schulungsarbeit*übernahm, und dabei zum Major ernannt wurde (2). Gleichzeitig wurde die Volksmiliz entwaffnet, und Coard versprach den Soldaten eine Solderhöhung, als Bishop auf Auslandsreise war. Auf ähnliche Weise versuchte er, die Krankenschwestern zu bestechen, die seit den siebziger Jahren eine "Hausmacht" von Bishop waren. Die Henker von Bishop und den anderen Ministern saßen selbst im Militärrat, und wurden von Strachan am 20.10. für ihre Bluttat mit Orden ausgezeichnet (2). *in der Armee

Über die aktuellen politischen Gründe, die zur Verschärfung der parteiinternen Gegensätze führten, gibt es aufschlußreiche Informationen.

Es ist berichtet worden, daß staatliche Liquiditätsschwierigkeiten zu Differenzen über die zukünftige Wirtschaftspolitik geführt hatten(3). Coard soll beabsichtigt haben, die Privatwirtschaft stärker zur Kasse zu bitten, und eine mehr sozialistische Gangart einzuschlagen. Als Ausgleich für den dann wahrscheinlich abnehmenden Kreditfluß aus dem Westen sollte der RGW um mehr Hilfe angegangen werden. Wenn Grenada damit auch politisch näher an den RGW gerückt wäre, so wäre das durchaus im Sinne der Coard-Tendenz gewesen.

Die Regierungsmehrheit um Maurice Bishop fürchtete dagegen diese Konsequenzen. Sie wollte keinesfalls die prinzipielle Blockfreiheit Grenadas gefährden, und waren an vielfältigen Außenbeziehungen interessiert. Ihr freundliches Verhältnis zu den RGW-Staaten war eher pragmatisch als grundsätzlich bestimmt.

In seiner vierjährigen Amtszeit versuchte Bishop mehrfach, die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Letztes Jahr versuchte er dies mit besonderem Nachdruck, und reiste im Juni 1983 mit Außenminister Whiteman in die USA. Ein Gespräch mit dem Präsidenten oder dem Außenminister wurde ihnen verweigert, doch kam schließlich ein Gespräch mit Sicherheitsberater Clark, einem langjährigen politischen Mitarbeiter von Präsident Reagan zustande. Über den Inhalt der Gespräche wurde Stillschweigen vereinbart, doch gab es Berichte, wonach die Grenader eine Dämpfung der anti-amerikanischen Rhetorik zugesagt hatten, und die Amerikaner sich dafür weniger feindselig verhalten wollten. Jedenfalls kam Bishop mit einem IMF-Kredit nach Hause, den der amerikanische Vertreter in diesem Gremium vorher blockiert hatte.

(1) Strachan im Gespräch mit Hermann Klinger, Grenada-Gruppe Berlin, Interview mit Vertretern von Solidaritätsgruppen; zit.n.Transcript.

(2) Grenada-Nachrichten 6(83), S.21. (3)dto.S.8.

1983 wurde auch die lange angekündigte Verfassungskommission eingesetzt. Neben zwei zu benennenden Vertretern der Massenorganisationen gehörten ihr drei renommierte karibische Juristen an: Alan Alexander als Vorsitzender -ein Rechtsanwalt aus Trinidad, der dort früher Oppositionsführer im Senat und 1980 Richter am High Court war, Ashley Taylor -ein grenadischer Rechtsanwalt und Rechtsberater der Regierung Bishop, sowie Richard Hart, der Mitbegründer der *People's National Party* in Jamaica. Diese Kommission sollte binnen zwei Jahren einen Entwurf vorlegen, der die Vorschläge aus dem Volk berücksichtigen und von diesem in den Councils anschließend diskutiert werden sollte.

Die Einsetzung dieser Kommission im Juni 1983, d.h. im Monat der USA-Reise des Premierministers, hatte sicher auch einen außenpolitischen Zweck. Ebenso sicher gab es in der Wahlfrage einen innerparteilichen Konflikt. Einer glaubhaften Information zufolge äußerte einer der Juristen der Verfassungskommission in einem privaten Gespräch auf St.Vincent im Frühsommer 1983, daß sein Freund Maurice Bishop mit der Verfassungskommission einer einfachen Übernahme des kubanischen Modells entgegensteuern wollte.

Diese Entwicklungen 1983 mußten Coard und seine Tendenz alarmieren: In den entscheidenden Bereichen Wirtschaft, Außenpolitik und Verfassung deutete sich an, daß die Dinge nicht einfach zu langsam sondern in eine *andere und in ihrem Sinne falsche Richtung* gehen würden. Coard versuchte, seine Linie über die Partei durchzusetzen und dabei seine persönlichen Ambitionen zu verwirklichen, doch stand ihm dabei die ungeheure Popularität von Maurice Bishop im Wege. Es gab für Coard keinen kalten Weg an die Macht. Als das Volk in dieser Sache massenhaft in den Straßen abstimmte, ließ er es zusammenschießen.



Mit dem Massaker in St. George's war das Ende der Revolution gekommen, und die Amerikaner waren eingeladen, sich das Land zu nehmen. Es ist bemerkenswert, daß es dem "Cheftheoretiker" der Revolution, Bernard Coard, vorbehalten blieb, durch eine monumentale politische Fehleinschätzung, durch politischen Irrsinn die Revolution zu vernichten und das Land auszuliefern. Es reicht aber nicht aus, mit Coard den Schuldigen zu identifizieren, seinen Charakter und Stalinismus zu beklagen, ohne sich über die Partei Gedanken zu machen, in der Coard und seine harte Linie mehrheitsfähig war. Coard war seit 1976 in Grenada im NJM und auch vorher kein Unbekannter. Die Partei in ihrem 83er Zustand war nicht sein alleiniges Werk. Hatte denn die Koalition, die das NJM war, nur deshalb keine Zukunft mehr, weil Coard sie nicht zuließ? Maurice Bishop und seine politischen Freunde haben weite Teile einer Politik mitgetragen und mit dem NJM einen Parteityp aufgebaut und mitgetragen, die Coards Linie zur Mehrheit brachten. Das Massaker von St. George's war nicht lediglich die "Enthauptung" der Revolution, sondern auch ihr innerer politischer Zusammenbruch.

Nachsatz und Aufruf: Die Amerikaner versuchen jetzt, ihr Programm für Grenada rigoros durchzusetzen. Wie weit ihnen das gelingt, hängt auch von der internationalen öffentlichen Meinung ab. Es ist weiterhin wichtig, die Entwicklung zu verfolgen. In Grenada sammelt sich die Opposition in der Nachfolge von Maurice Bishop um Kenrick Radix und George Louison. Es ist beabsichtigt, ein Maurice Bishop Memorial Institute zu gründen, das neben politischer Arbeit auch für die Hinterbliebenen des Massakers sorgen soll. Das Karibik-Informationszentrum hat hierfür ein Spendenkonto: Nr 22 40 90 - 201 (TH.Poese). Stichwort "MEMI"; Post-scheckamt Hamburg (BLZ 200 100 20)



Literaturangaben

- Ambursley, Fitzroy (1983): "Grenada: the New Jewel Revolution", in Ambursley, F. Bell(1981)s.u. und Cohen, R.: *Crisis in the Caribbean*. Heinemann, London.
- Bishop, Maurice (1979) im Interview mit Hubert Fichte, *Konkret*, Aug. 1979, Hamburg.
- (1980) im Interview mit Arif Ali, *Westindian Digest*, März 1980,
- (1983) Rede zitiert aus *New Jewel*, 11.3.1983, St. George's. London.
- Bishop, M. und Carrera, J.(1982): "Grenada has chosen its road" in *World Marxist Review*, Vol.25 Nr.4. Prag.
- Chamberlain, Greg(1979): "Jewel boys make Rastas sparkle", *Guardian Weekly*, 8. April 1979, Manchester.
- EPICA(1982): *Grenada - the peaceful revolution*. EPICA Task Force, Washington.
- Grenada Investment Code*(1983), Government of Grenada, St. George's.
- Grenada-Nachrichten 4 (1983), *Grenada- die große Revolution auf einer kleinen Insel*, - 6 (1983), *Putsch und Invasion*, Karibik Informationszentrum
- Jacobs, Richard (1974): "The Movement Towards Grenadian Independence", Hamburg. in *Independence for Grenada- Myth or Reality*, Institute of International Relations, University of the West Indies, Trinidad.
- Prince, Rod (1983): "Clean bill of health for the outcast of the Islands", *South* Februar 1983, London.
- Singham, Archibald (1968): *The Hero and the Crowd in a Colonial Polity*, Yale University Press, New Haven und London.
- Strachan, Selwyn (1979): im Interview mit Ernest Marsch, *Intercontinental Press*, 19 November 1979, New York.
- Taylor, Jeremy (1983): "Power Struggle in Grenada"; Korrespondentenbericht in *the Times*, 21 Oktober 1983, London.
- Bell, David(1981): "Storm over an island badly in need of friends", Korrespondentenbericht in *the Financial Times*, 21. Mai 1981, London und Frankfurt.

Nach 25 Jahren: "Wir werden siegen!"

Am Neujahrstag 1984 haben die kubanischen Revolutionäre den 25. Jahrestag ihrer Revolution feiern können. Fidel Castro, damals schon ihr unumstrittener Führer und heute Partei-, Staats- und Regierungschef sowie Oberbefehlshaber der Streitkräfte, hielt aus diesem Anlaß in Santiago de Cuba eine sehr realistische Rede. Mehr Aufsehen aber hat in Kuba und im Ausland die Trauerrede gefunden, in der der 'máximo líder' vor einer Million seiner Landsleute von den Kubanern Abschied genommen hat, die bei der Besetzung Grenadas durch Truppen der USA ums Leben gekommen sind.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir diese Rede in einer unvollständigen und unautorisierten Übersetzung. Auf eine merkwürdige Weise scheinen die beiden deutschen Staaten von einer direkten und authentischen Information ausgeschlossen zu werden. Während etwa die kubanischen Botschaften in Paris und Madrid wie selbstverständlich eine so grundsätzliche und wichtige Rede in den führenden Zeitungen 'Le Monde' und 'El País' als Anzeige erscheinen lassen, wird man darüber hierzulande bestenfalls in ein paar Zeilen informiert, auf die man sich noch nicht einmal verlassen kann.

So schreibt etwa DER SPIEGEL, Fidel Castro hätte in dieser Rede - im Gegensatz zur Sowjet-Union - den bei dem Putsch ermordeten Grenada-Präsidenten Bishop den "wirklichen Kambodschaner Pol Pot" genannt. Unsinn. Genau das Gegenteil ist richtig. Aber wen wundert das schon, wenn dieses größte und bestdokumentierte deutsche Nachrichtenmagazin einen kubanischen Nationalhelden José Martín - gemeint ist José Martí - erfinden kann, ohne daß sich jemand aufregt!

Unsere Bemühungen um eine vollständige und autorisierte Übersetzung dieser Rede haben keinen Erfolg gehabt. So haben wir die wichtigsten Passagen selbst übersetzt.

Das mangelnde Interesse von kubanischer Seite am deutschen Publikum ist nur das Spiegelbild eines mangelnden Interesses von deutscher Seite an dem, was wirklich in Kuba geschieht. Jeder meint, daß er seit 25 Jahren weiß, was dort gespielt wird. Für die einen existiert dort real der real existierende Sozialismus im unmittelbaren Kampf gegen den US-Imperialismus, und damit wird jede kritische Bemerkung zum Verrat an der Revolution. Sie rufen "Amis raus aus Grenada!", sind aber nicht bereit, den Mord an Maurice Bishop überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Für die anderen hat die Revolution längst ihre Prinzipien verraten und braucht deshalb nicht mehr verteidigt zu werden.

Die folgenden Auszüge aus der Rede Fidel Castros zeigen, daß es auch nach 25 Jahren noch nicht möglich ist, die kubanische Revolution nach irgendeinem Schema zu beurteilen. Die Nähe und die Übermacht der USA zwingen zum Realismus. Nur wenn man bereit ist, die Realität ohne Scheuklappen zu analysieren, kann man weiterhin mit Fug und Recht sagen: "Wir werden siegen!"

Landsleute,

vor gut 7 Jahren, am 15.10.1976, haben wir uns hier versammelt, um den 57 Kubanern die letzte Ehre zu erweisen, die auf feige Weise bei dem Flugzeug-Attentat von Barbados von Leuten ermordet wurden, die vom CIA der Vereinigten Staaten ausgebildet worden waren. Heute kamen wir wieder hier zusammen, um Abschied zu nehmen von den 24 Kubanern, die auf Grenada, einer Insel in der Nähe von Barbados durch militärische Aktionen der Vereinigten Staaten umgekommen sind.

Grenada ist seiner Fläche und Einwohnerzahl nach einer der kleinsten unabhängigen Staaten der Welt. Wenn Kuba, selbst ein kleines, unterentwickeltes Land, Grenada beträchtliche Unterstützung gewähren konnte, dann genau aus dem Grund, weil unser Einsatz, bescheiden in seiner Quantität, aber erheblich in seiner Qualität, doch viel bedeutete für ein Land mit kaum 400 km² und etwas mehr als 100.000 Einwohnern.

So z.B. beliefen sich unsere Zuwendungen an Grenada in Form von Projekten, Konstruktionsarbeiten und Material für den neuen Flughafen auf 60 Mill. Dollar Weltmarktpreis, was 500 Dollar pro Kopf entspricht. Das ist soviel wie wenn Kuba mit seinen fast 10 Millionen Einwohnern 5 Milliarden Dollar geschenkt bekommen würde. Dazu kommt noch die Unterstützung durch unsere Ärzte, Lehrer und Techniker verschiedener Fachrichtungen sowie ein jährlicher Beitrag von etwa 3 Mill. Dollar an kubanischen Waren. Dies entspricht einer zusätzlichen jährlichen Unterstützung von 40 Dollar pro Kopf. Kuba hat nicht die materiellen Möglichkeiten, andere Länder, deren Einwohnerzahl und Territorium relativ groß sind, in diesem Umfang zu unterstützen, doch dafür konnte es dem kleinen Grenada sehr viel helfen.

... Die Freundschaft unseres Volkes mit Bishop und Grenada kam von Herzen und unsere Achtung vor diesem Land und seiner Souveränität war so vorbildlich, daß wir uns nie erlaubt haben, ihm auch nur im geringsten unsere Meinung vorzusetzen über das, was es machen sollte oder wie es etwas machen sollte. Wir hielten uns Grenada gegenüber an dasselbe Prinzip, an das wir uns gegenüber allen revolutionären Ländern und Bewegungen halten: Ganz strikt ihre Politik, ihren Standpunkt und ihre Entscheidungen zu respektieren; unsere Ansicht zu welchem Thema auch immer, nur dann zu äußern, wenn wir dazu aufgefordert werden. Der Imperialismus kann überhaupt nicht begreifen, daß das Geheimnis unserer hervorragenden Beziehungen zu revolutionären Ländern und Bewegungen gerade auf dieser Achtung ihnen gegenüber beruht.

Die Regierung der Vereinigten Staaten verachtete Grenada und haßte Bishop. Sie wollte die grenadinische Revolution und das Beispiel, das sie darstellte, zerstören. Sie hatte sogar Pläne für eine militärische Invasion der Insel ausgearbeitet, was Bishop schon vor fast 2 Jahren öffentlich anklagte, sie fand nur noch keinen Vorwand dafür.

Eigentlich war die ökonomische und soziale Lage Grenadas zufriedenstellend, so daß es dem Volk sehr gut ging, trotz der feindlichen Politik der Vereinigten Staaten, und das Bruttosozialprodukt wuchs beständig trotz weltweiter Wirtschaftskrise. Bishop war kein Extremist, sondern ein echter, aufrichtiger und bewußter Revolutionär. Wir hatten nicht die geringste Meinungsverschiedenheit mit seiner intelligenten und realistischen Politik, sondern verfolgten sie mit viel Sympathie, weil sie sich strikt an die konkreten Bedingungen und Möglichkeiten seines Landes anpaßte. Grenada entwickelte sich zu einem wahrhaften Symbol der Unabhängigkeit und des Fortschritts in der Karibik.

Niemand hätte die Tragödie voraussehen können, die sich dann abspielte. Die ganze Aufmerksamkeit richtete sich auf andere Teile in der Welt. Unglücklicherweise waren es die grenadinischen Revolutionäre selbst, die die Ereignisse ausgelöst und der imperialistischen Aggression den Weg bereitet haben.

Aus den eigenen revolutionären Reihen kamen die Hyänen. Noch kann heute niemand mit Sicherheit sagen, ob diejenigen, die den spaltenden Schlag ausführten und die Konfrontation innerhalb der eigenen Reihen entfachten, dies aus eigenem Antrieb gemacht haben oder dazu vom Imperialismus angestoßen und angestachelt wurden. Doch wenn es nicht vom CIA ausging, so hätte er es selbst nicht besser inszenieren können. Tatsache ist, daß sie sich auf anscheinend revolutionäre Argumente stützten, indem sie sich auf die reinsten Prinzipien des Marxismus-Leninismus beriefen und Bishop vorwarfen, er praktiziere Personenkult und entferne sich von den leninistischen Normen und Führungsmethoden.

Nicht ist absurd, unserer Meinung nach, als Bishop solche Tendenzen zu unterstellen. Seine edle Gesinnung, seine Bescheidenheit und Uneigennützigkeit war geradezu vorbildlich. Nie konnte man ihm autoritäre Staatsführung vorwerfen, wenn man überhaupt irgendetwas an ihm bemängeln mußte, dann eher, daß er zu tolerant und gutgläubig war.

Waren diejenigen, die gegen ihn konspiriert haben innerhalb der Partei, der Armee und der Sicherheitsorgane Grenadas von politischen Pseudotheorien vergiftet? Oder handelte es sich einfach um eine Gruppe von Ehrgeizigen, Opportunisten oder gar Agenten des Feindes, die die grenadinische Revolution unterminieren wollten? Erst die Geschichte wird uns eine Antwort geben können. Jeder der möglichen Gründe hat schon andere revolutionäre Bewegungen zu Fall gebracht. Unserer Meinung nach hat die Coard-Gruppe objektiv die Revolution zerstört und der imperialistischen Aggression die Tür geöffnet. Welche Absichten sie auch immer verfolgt haben mögen, der abscheuliche Mord an Bishop und seinen treuesten und engsten Genossen ist ein Akt, der durch nichts zu rechtfertigen ist, weder in dieser noch in irgendeiner anderen Revolution. Die Stellungnahme der Partei und Regierung Kubas am 20. Oktober hat ganz klar zum Ausdruck gebracht: "Es gibt kein Verbrechen, das im Namen der Revolution und der Freiheit begangen werden kann."

Obwohl Bishop enge und vertraute Beziehungen mit der Führung unserer Partei unterhielt, hat er nie ein Wort über interne Meinungsverschiedenheiten gesagt.

... Die Coard-Gruppe hat nie mit uns diese enge und vertrauensvolle Beziehung gehabt. Wir wußten noch nicht einmal, daß sie als Gruppe existierte.

... Der Imperialismus seinerseits stellte die Dinge als eine Machtergreifung einer Gruppe von Kommunisten der harten Linie und treuer Verbündeter Kubas dar. Waren sie wirklich Kommunisten? Vertraten sie wirklich eine harte Linie? Konnten sie wirklich treue Verbündete Kubas sein? Oder waren sie nicht vielmehr unbewußt oder bewußt Werkzeuge des Yankee-Imperialismus?

Schauen wir doch einmal in die Geschichte revolutionärer Bewegungen, so werden wir finden, daß mehr als einmal Verbindungen bestanden zwischen dem Imperialismus und solchen, die offensichtlich linksextremistische Positionen eingenommen haben. Sind nicht Pol Pot und Ieng Sary, jene Volksmörder Kampuchreas, heute die treuesten Verbündeten des Yankee-Imperialismus in Südostasien? Hier in Kuba nannten wir die Coard-Gruppe, sofort als die Grenada-Krise begann, die 'Pol Pot-Gruppe'.

... Die Regierung in Grenada war moralisch gesehen nicht mehr verteidigungswert und das Land, wo sich eben eine Trennung zwischen Partei, Regierung und Armee auf der einen Seite und dem Volk auf der anderen Seite vollzogen hatte, war militärisch nicht mehr zu verteidigen, da ein revolutionärer Krieg nur möglich und zu rechtfertigen ist in der Einheit mit dem Volk. Wir konnten folglich nur kämpfen, wenn wir direkt angegriffen wurden. Er gab keine andere Möglichkeit.

... Die internen Ereignisse rechtfertigten jedoch auf keinen Fall die Yankee-Intervention. Seit wann wurde die Regierung der Vereinigten Staaten zum Richter ernannt bei Konflikten unter revolutionären irgendeines Landes? Welches Recht hatte Reagan, über den Tod Bishops, den er vorher so gehaßt und bekämpft hatte, zu jammern und zu klagen? Welche Gründe können seine brutale Verletzung der Souveränität Grenadas, eines kleinen unabhängigen Landes, das geachtetes und anerkanntes Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist, rechtfertigen? Das ist doch genauso wie wenn irgend ein anderes Land sich berechtigt gefühlt hätte, in den Vereinigten Staaten zu intervenieren wegen des widerlichen Mordes an Martin Luther King und der vielen anderen schrecklichen Verbrechen, die an den schwarzen und lateinamerikanischen Minderheiten begangen werden oder wegen der Ermordung von John F. Kennedy.

... Tausend marxistische Lektionen könnten uns nicht besser aufklären über die widerliche, perfide und aggressive Natur des Imperialismus als die Aggression, die er gegenüber Grenada im Morgengrauen des 25. Oktobers entwickelt hat und sein darauffolgendes Verhalten.

Um die Invasion Grenadas und die folgenden Aktionen zu rechtfertigen, haben die nordamerikanische Regierung und ihre Sprecher 19 Lügen geliefert, wovon die ersten 13 von Reagan persönlich stammen.

...

Keine dieser Behauptungen wurde bewiesen, keine stimmt und absolut alle wurden durch die Tatsachen widerlegt. Eine so zynische Art und Weise, sich auf Lügen zu berufen, um die Invasion eines kleinen Landes zu rechtfertigen, erinnert an die Methoden Adolf Hitlers in jenen Jahren, als schließlich der II. Weltkrieg ausbrach.

...
Was aber bleibt heute tatsächlich übrig von jenen 19 Punkten? Wo sind die Silos für strategische Projektile, die man in Grenada baute?

Doch all diese Lügen, an die die Welt nicht geglaubt hat, haben dadurch, daß sie vom eigenen Präsidenten und seinen Sprechern verbreitet wurden, die öffentliche Meinung in den USA augenscheinlich beeindruckt.

Dem nordamerikanischen Volk wurde die Invasion Grenadas sogar als großer Sieg der Außenpolitik Reagans gegen den Sozialismus und die revolutionäre Bewegung dargestellt.

...
So konnte man erreichen, daß die Mehrheit der nordamerikanischen Öffentlichkeit das ungeheure Verbrechen billigte, sowohl ohne jede Rechtfertigung in ein souveränes Land einzumarschieren, als auch, die widerwärtige Methode des Überraschungsangriffs, die Pressezensur und andere Methoden, die die Regierung der USA anwandten, um die Invasion Grenadas zu rechtfertigen.

...
Es gibt etwas noch Besorgniserregenderes: Indem sich diese Wende in der öffentlichen Meinung vollzieht, haben sich viele nordamerikanische Politiker, die sich anfangs gegen das Geschehen ausgesprochen hatten, der Aktion Reagans angeschlossen; und die Presse, zensiert, erniedrigt und am Rande der Geschehnisse gehalten, dämpfte schließlich die eigenen Beschwerden und Kritiken.

Sind etwa dies die Ergebnisse einer Gesellschaft, in der Meinung, politische Institutionen und der Fluß der Informationen grob durch die Regierung manipuliert werden können, so wie in der deutschen Gesellschaft während des Faschismus? Worin liegen der Ruhm, die Größe und der Sieg bei der Invasion und Eroberung eines der kleinsten Länder der Welt ohne wirtschaftliche und strategische Bedeutung? Worin besteht die großartige Leistung, gegen eine Handvoll Arbeiter und zivile Helfer zu kämpfen, deren heldenhafter Widerstand - trotz der Überraschung, der knappen militärischen Mittel, des Geländenachteils und Unterlegenheit an Waffen und Soldaten gegenüber Luftwaffe, Marine und Heer des mächtigsten imperialistischen Landes der Welt - eben dieses dazu zwang, die 82. Division der Luftlandetruppen auszuschießen, als am Morgen des 26. Oktobers die letzte Stellung von kaum 50 Kämpfern verteidigt wurde. Weder vom politischen, noch vom militärischen, noch vom moralischen Standpunkt her haben die Vereinigten Staaten irgendeinen Sieg errungen. Allenfalls einen militärischen Pyrrhussieg und eine tiefe moralische Zerrüttung, wie wir an anderer Stelle gezeigt haben.

Die imperialistische Regierung der USA wollte das Symbol töten, das die Revolution Grenadas bedeutete, aber dieses Symbol war schon tot. Die Revolutionäre Grenadas selbst hatten es mit ihrer internen Spaltung und ihren kolossalen Fehlern zerstört. Nach unserer Einschätzung konnte der revolutionäre Prozeß Grenadas nach dem Tod Bishops und seiner engsten Gefährten, nachdem das Heer auf das eigene Volk geschossen hatte und nachdem Partei und Regierung sich von den Massen getrennt und von der Welt isoliert hatten, nicht überleben.

Die USA wollten ein Symbol zerstören, und haben eine Leiche getötet, und damit ist das Symbol wiedererstanden. Lohnt es sich, dafür alle internationalen Gesetze herauszufordern und die Ablehnung und Verurteilung der Welt zu ernten?

...
Wenn dies alles wahr ist, und es scheint so zu sein, dann müssen wir aus der Invasion Grenadas lernen, uns über die Realitäten und Gefahren, die die Welt bedrohen, bewußt zu werden.

...
Eine selbstgefällige Stimmung regiert in der Reagan-Administration. Kaum sind die letzten Schüsse in Grenada verhallt und schon spricht man von Interventionen in El Salvador, Nicaragua und sogar Kuba.

...

Und nicht nur die kleinen Länder, die ganze Menschheit ist bedroht. Die Glocken, die heute für Grenada läuten, können morgen für die ganze Welt läuten.

...
Der Imperialismus bemüht sich, Symbole zu zerstören, weil er den Wert der Symbole, der Beispiele und der Ideen kennt. Er wollte sie in Grenada zerstören, er will sie in El Salvador, in Nicaragua und in Kuba zerstören. Aber die Symbole, die Beispiele, die Ideen lassen sich nicht zerstören, und wenn ihre Feinde glauben, sie zerstört zu haben, haben sie sie in Wirklichkeit vervielfacht. Indem die römischen Kaiser versuchten, die ersten Christen auszurotten, haben sie das Christentum über die Welt verbreitet. So wird jeder Versuch, unsere Ideen zu zerstören, nur dazu beitragen, sie zu vervielfachen.

Grenada hat bereits die patriotische Überzeugung und den Kampfgeist der salvadorianischen Revolutionäre, der Nicaraguaner und der Kubaner vervielfacht. Es hat sich gezeigt, daß man gegen die besten Truppen der Vereinigten Staaten kämpfen kann, und daß wir sie nicht fürchten.

Die Imperialisten müssen wissen, daß sie auf entschiedenem Widerstand stoßen werden, wo immer sie ein revolutionäres Volk angreifen. Hoffentlich verleitet der Pyrrhussieg von Grenada und die selbstgefällige Stimmung, die sie in Bann geschlagen hat, sie nicht zu schweren und nicht wieder gut zu machenden Fehlern.

Die Spaltung zwischen den Revolutionären und ihre Trennung vom Volk, die sie in dem kleinen Grenada vorfanden, werden sie weder in El Salvador noch in Nicaragua, noch in Kuba vorfinden.

...
Wie wir schon oft gesagt haben: Unser Land könnte von der Oberfläche der Erde wegradiert werden, aber niemals könnte es erobert und unterworfen werden.

...
Wenn wir uns hier von unseren geliebten Brüdern verabschieden, die heldenhaft im Kampf gefallen sind, als sie ihre patriotischen und internationalistischen Pflichten erfüllen, und wenn wir ihren Angehörigen unsere tiefste Solidarität ausdrücken, laßt uns doch auch die grenadinischen Mütter und die nordamerikanischen Mütter nicht vergessen, die um ihre gefallenen Söhne in Grenada trauern.

...
Den Müttern und Angehörigen der Grenadiner übermitteln wir unser Mitgefühl, und auch den Müttern und Angehörigen der gefallenen Nordamerikaner, denn sie, die ebenso den Verlust ihrer geliebten Söhne betrauern, sind nicht die Verantwortlichen, sondern die Opfer der kriegerischen und aggressiven Abenteuer ihrer Regierung.

...
Diese Männer, die wir heute Nachmittag beerdigen, haben für uns und für die Welt gekämpft. Sie könne wie Leichen erscheinen. In Leichen will Reagan unser ganzes Volk verwandeln, Männer, Frauen, Alte und Kinder, in Leichen will er die ganze Welt verwandeln. Aber die Völker werden darum kämpfen, ihre Unabhängigkeit und ihr Leben zu erhalten; sie werden kämpfen, um zu vermeiden, daß sich die Welt in einen unendlichen Friedhof verwandelt; sie werden kämpfen und den Preis zahlen, der notwendig ist, damit die Menschheit überlebt.

...
Patria o muerte! Venceremos!

GUATEMALA/MITTELAMERIKA

Vereint marschieren gegen den linken Feind?

Seit August 1983 ist zu bemerken, wie von verschiedenen Seiten daran gearbeitet wird, den Zentralamerikanischen Verteidigungsrat - CONDECA - wiederzubeleben. Auf Anstoß der USA setzten sich die beteiligten Länder Guatemala, El Salvador und Honduras an den Verhandlungstisch. Zur Bekämpfung der gemeinsamen Feinde - "die linke Subversion" - und der Bedrohung des sandinistischen Nicaragua will die Reagan-Administration sich der Unterstützung ihrer rechten mittelamerikanischen Partner versichern. In diesem Artikel wird - mit Schwerpunkt Guatemala - diese militärisch wichtige Entwicklung dargestellt und analysiert.

"Die Einheit der mittelamerikanischen Armeen im Zentralamerikanischen Verteidigungsrat (Consejo de Defensa Centroamericana - CONDECA) ist geeignet und nötig, um mit den Subversionsproblemen fertig zu werden, für die Verteidigung Mittelamerikas zu sorgen, um die lokalen Armeen zu stärken, und den Vormarsch des Kommunismus zu bekämpfen", dies erklärte der kürzlich abgesetzte guatemaltekeische Generalstabschef, Hector M. Lopez Fuentes am 27. August 1983. Selbstverständlich waren die Militärs von Honduras und El Salvador von dieser Idee begeistert. Und am 1.10. fand in Guatemala ein Treffen statt, um die ersten Schritte zur Wiederbelebung des CONDECA zu machen; es nahmen - bemerkenswerterweise - auch der Chef der Nationalgarde Panamas und der General Paul Gorman, der Chef des Südkommandos der nordamerikanischen Armee mit Sitz in Panama, am Treffen teil.

Rückblick

Geschaffen wurde der "Zentralamerikanische Verteidigungsrat" auf Anregung der nordamerikanischen Regierung im Jahre 1963 durch Nicaragua, El Salvador und Guatemala. In letztgenanntem Land befindet sich auch sein ständiger Sitz.

Das erklärte Ziel dieser Organisation ist es, gegen die Gefahr des Kommunismus zu kämpfen, an der Verteidigung der mittelamerikanischen Landenge mitzuarbeiten, einen gemeinsamen Generalstab der Armeen dieser Region zu bilden und eine zentralamerikanische Verteidigungsdoktrin zu entwickeln.

Die Gründung des Rates fiel zeitlich mit der Einführung einer Reihe anderer Organisationen - nationaler und regionaler, offizieller und privater, politischer und wirtschaftlicher, sozialer und militärischer - zusammen; ihr gemeinsamer Nenner war die Aufstandsbekämpfung: Die Bekämpfung der Befreiungsbewegungen.

Es sei daran erinnert, daß es zu dieser Zeit in ganz Lateinamerika revolutionäre Versuche gab - die Guerillabewegungen Guatemalas und Nicaraguas waren schon damals tätig. Und im internationalen Rahmen des kalten Krieges hatten die USA bereits einen heißen Krieg gegen das revolutionäre Cuba entfesselt. Die Invasion der Schweinebucht (1961) und die Oktoberkrise von 1962 zeigten, bis zu welchem Maße die USA bereit waren, eine Ausweitung des Krieges

in Kauf zu nehmen.

Das Schicksal der nun zwanzigjährigen Existenz des CONDECA war es aber, daß er niemals recht zum Tragen kam. Dies lag einerseits am offenen Bruch zwischen El Salvador und Honduras nach dem Fußballkrieg von 1969, andererseits am Sturz Somozas zehn Jahre später.

Wiederbelebung in der Epoche der Unnachgiebigkeit

Das Wiederaufleben dieser Organisation zum jetzigen Zeitpunkt erinnert an manche ähnliche Umstände zur Zeit ihrer Gründung: eine gespannte internationale Lage als Folge der Konfrontationspolitik der Reagan-Administration; eine erfolgreiche und sich konsolidierende Revolution in dieser Weltgegend - Nicaragua; der Aufstieg revolutionärer Bewegungen in El Salvador und Guatemala; der entschiedene und kaum verheimlichte Wille des Weißen Hauses, die sandinistische Revolution zu destabilisieren und keine Revolution in einem anderen Land mehr erfolgreich werden zu lassen. Mit dieser Politik wird Reagans Auffassung von der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten und vom Selbstbestimmungsrecht der Völker offenkundig.

Die Wiederbelebung des CONDECA sollte man auch im Zusammenhang mit der us-amerikanischen Politik gegenüber den Sandinisten wie auch der salvadorianischen Befreiungsfront sehen. Auf Nicaraguas wiederholte und vernünftige Vorschläge, wie die Spannungen in der Region abzubauen seien, reagierten die Regierungen der USA, von Honduras und Costa Rica ausweichend oder sogar abschlägig. Die von der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) unterbreiteten Verhandlungsvorschläge stoßen bei der Reagan-Administration wie bei der salvadorianischen Regierung auf einhellige Ablehnung.

Die gleiche Haltung legte auch General Mejia Victores, Guatemalas neuer Präsident, seit seiner Machtergreifung an den Tag. "Wir werden nicht mit der Guerilla verhandeln; denn wer verhandelt, verliert", erklärte er Ende August. Damit zeigte er sein stures Festhalten an einer militärischen Option, wenn es um die Lösung der Probleme der Region geht.

Guatemalas Rolle in der Intervention

Die Einbeziehung der Regierung Guatemalas in diese regionale Strategie gab dem Interventionsprojekt eine größere Chance. Offenkundig wünschte die Reagan-Administration eine größere Beteiligung Guatemalas. Deshalb wurde es notwendig, Rios Montt zu ersetzen. Dieser fiel nicht nur durch seine Eigenbrödelei auf; er wäre auch wegen seines sehr zu recht verdienten schlechten Rufes ein wenig empfehlenswerter Partner gewesen. Und nicht zuletzt war ausschlaggebend, daß er sich us-amerikanischen militärischen Wünschen gegenüber zu wenig aufgeschlossen zeigte. So lehnt er beispielsweise die Einrichtung einer nordamerikanischen Militärbasis in Guatemala ab.

Unmittelbar nach dem Staatsstreich vom 8. August 83 beeilten sich die Regierungen von Honduras, El Salvador und Costa Rica verächtlich schnell, das neue Regime Guatemalas anzuerkennen. Dabei spielte wahrscheinlich die Absicht eine Rolle, so der neuen Militärregierung mehr Rückhalt zu geben, als es durch die stillschweigende Duldung des eingeschlagenen Weges der Fall gewesen wäre.

Der neue Außenminister Guatemalas erklärte auch sofort: "Mit dem Regierungswechsel ist auch beabsichtigt, Guatemala eine größere Beteiligung am internationalen Geschehen zu sichern". Sofort begann er eine Reise durch die Länder Mittelamerikas, was nicht zuletzt die Vertagung des Treffens der mittelamerikanischen Regierungschefs mit denjenigen der Contadora-Gruppe zur Folge hatte.

Darauf folgte die Vorstellung der sogenannten "diplomatischen Achse" - El Salvador, Honduras, Costa Rica und Guatemala -, deren vorrangigste Aufgabe es scheint, den Handlungsspielraum der Contadora-Gruppe einzuengen.

Die Regionalisierung des Krieges und direkte Intervention

Auf die Wiederbelebung des CONDECA angesprochen, meinte der Generalsekretär der Partei der Guatemalteken Christdemokratie - PCDG - Cerezo Arévalo: "Die Zusammenkünfte der höchsten Militärs Mittelamerikas in unserem Land könnten den ersten Schritt in einem Prozeß bedeuten, der auf einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Honduras und Nicaragua hinausläuft und für Guatemala schwerwiegende Konsequenzen hätte".

Die Tatsachen zeigen eindeutig in diese Richtung. Nur daß "die ersten Schritte" zur Wiederbelebung des CONDECA sicherlich schon am 5. August an Bord des Flugzeugträgers "Ranger" erfolgten, wo sich General Paul Gorman mit den Armeechefs von El Salvador, Honduras und Guatemala traf, also mit General Mejia Vitores, der zwei Tage später Rios Montt von der Macht verbannt.

Die offizielle Erklärung, welche nach dem Treffen in Guatemala am 1. Oktober abgegeben wurde, läßt keinen Zweifel an der Rolle, welche diesem wiederhergestellten militärischen Bündnis zufallen soll. Es wird von Gebrauch der Gewalt zur Verteidigung der Demokratie und zur Erlangung des Friedens und der Entwicklung der Region gesprochen. Sodann spricht man von der notwendigen Stärkung der Armeen der mittelamerikanischen Kontinentalen "angesichts der marxistisch-leninistischen Aggression, die von einem anderen Kontinent ausgeht und die Demokratie und das Freiheitsgefühl der Mittelamerikaner bedroht", so heißt die Begründung.

Konkreteres konnte man am 13. November vom Unterstaatssekretär im us-amerikanischen Verteidigungsministerium, Frederick Iklé, hören, der nach seiner Mittelamerika-Reise erklärte, seine Regierung wolle den Verteidigungsrat stärken. Der CONDECA könne die Logistik und Ausbildung der Armeetruppen von Guatemala, El Salvador und Honduras verbessern. "Offensichtlich müssen sie für alle Fälle Pläne fassen", könnte doch jedes dieser Länder jederzeit von Nicaragua angegriffen werden; damit begründete er die Notwendigkeit der Wiederbelebung von CONDECA.

Die Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca -URNG-) erklärte im vergangenen August "ihren festen Willen, den Kampf weiterzuführen und unsere Gefechte auszuweiten, um die guatemaltekeische Armee endgültig an unsere Operationszonen zu binden und ihre Mobilisierung gegen unsere Brudervölker zu verhindern." Die salvadorianische Armee, welche jeden Tag Terrain an die Streitkräfte des FMLN abtreten muß, ist zweifellos in einer noch bedrängteren Lage.

Aber vielleicht geht es der Reagan-Administration bei der Aktivierung des CONDECA gar nicht darum. Washington spielt nicht mit einer einzigen Karte. Washington spielt mit der Unterstützung der Somoza-Banden; mit der Gegenwart ihrer Schiffe und Flugzeuge

in den Meeresgewässern Mittelamerikas; mit der schamlosen Unterwerfung der Regierungen von Honduras und Costa-Rica; mit der militärischen Aufrüstung von Honduras und der Schaffung von Militärstützpunkten und Ausbildungslagern für den Antiguerillakampf im selben Land; mit dem Druck auf die Contadora-Gruppe; mit der Entsendung von Militärberatern und massiver Militär- und Wirtschaftshilfe an El Salvador - was sich bald auch in Guatemala wiederholen soll; mit den militärischen und wirtschaftlichen Projekten im Norden Costa Ricas.



Der Rahmen, in dem die Wiederbelebung des CONDECA stattfindet, nennt die URNG "eine mit Spannungen, Drohungen und Provokationen geladenen Atmosphäre", die von der Reagan-Administration hervorgehoben wird und "den Himmel über Mittelamerika mit dem Gespenst des Krieges und der direkten Intervention verfinstert."

Unter diesem Gesichtspunkt hat die Wiederbelebung des CONDECA sicherlich eher politische und diplomatische Zielsetzungen als nur militärische, nämlich zur Deckung von Aggressionen großen Ausmaßes gegen Volk und Regierung Nicaraguas und gegen die Völker von El Salvador und Guatemala.

Präsident Reagan will im November 1984 den amerikanischen Wählern sagen können: "Die Probleme Mittelamerikas sind gelöst". Diese Situation und die kriegerischen Gebärden, die er in den letzten drei Jahren zeigte, machen es notwendig, keine Möglichkeit von Aggressionen in den nächsten Monaten außer Acht zu lassen." Etwas ganz anderes ist es, was aus diesem Abenteuer werden wird.

Sie rücken immer näher aneinander

Bereits im August schlossen Guatemala und El Salvador ein militärisches Entwicklungs- und Produktionsabkommen. Demzufolge sollen salvadorianische Soldaten in Guatemala in einem Trainingslager in Grenznähe ausgebildet werden. Im Gegenzug dafür liefert El Salvador Waffen und Munition an Guatemala. Selbstverständlich stammen diese aus den us-amerikanischen Beständen. So einfach kann man das seit 1977 bestehende Waffenembargo gegen Guatemala unterlaufen. - Wohl sicherlich nicht gegen die Willen der US-Regierung. (Aber militärische Unterstützung war auch - abgesehen von der

Übernahme der Belieferung Guatemalas durch Israel - schon seit Regierungsantritt Rios Montt wieder in Gang gekommen. Die Luftwaffe hatte offiziell Ersatzteillieferungen aus den USA in Höhe von 6,3 Mio Dollar bereits Anfang 1983 erhalten.)

Eine weitere Zusammenarbeit stellt die Entsendung zweier guatemaltekerischer Militärausbilder der Kaibil-Schule des Petén, (eines Ausbildungszentrums der Armee für Aufstandsbekämpfung), an das Regionalzentrum für militärische Studien (Centro Regional de Estudios Militares -CREM-) in Honduras dar. Dort sollen sie salvadorianische und hondurensische Elitekommandos ausbilden. Diese Entsendung guatemaltekerischer Antiguerrilla Spezialisten ist als ein weiterer Schritt in Richtung Wiederbelebung des CONDECA unter Wegweisung der USA zu verstehen.

In weiteren gemeinsamen Treffen arbeiteten die Vertreter der mittelamerikanischen Mitgliedsländer daran, den CONDECA zu reaktivieren. Dies wurde am 18. 11. bekannt. A.Gomez Vides, Vizeaußenminister von El Salvador, sagte bei einem Besuch Mitte November in Guatemala: "Die Beziehungen sind noch enger geworden, da wir alle einen gemeinsamen Feind haben und die Gefahr für alle dieselbe ist". Und weiter: "El Salvador und Guatemala besitzen übereinstimmende Kriterien (zur Wiederbelebung, des CONDECA, die Red.), insofern sie sich auf die internationale Politik beziehen". - Wer da nicht ahnt, gegen wen sich CONDECA richtet.....

Konsequenzen im Militär von Guatemala

Im Zusammenhang mit den ersten konkreten Maßnahmen der Wiederbelebung des CONDECA erfolgte die Vereinheitlichung der Waffensysteme. Allerdings waren dafür wichtige Entscheidungen bereits vorher gefallen: Israelische Waffen sollen in Guatemala selbst hergestellt werden. Dies war kein ganz neuer Beschluß, denn bereits im Mai 83 hatte eine Munitionsfabrik in Alta Verapaz mit der Produktion begonnen, darauf wies der ehemalige Generalstabschef Lopez Fuentes hin. Die finanziellen Mittel für das Projekt stellen staatliche und private Unternehmer bereit, für die technische Seite ist das von der Armee gegründete "Sekretariat für Dienstleistung und Militärindustrie" verantwortlich. Mit dieser Produktionsstätte geht ein alter Traum der guatemaltekerischen Militärs in Erfüllung. Das schon seit vielen Jahren bei den Streitkräften des Landes in Gebrauch befindliche israelische Schnellfeuerwaffe GALIL wird im eigenen Land produziert. Zugleich werden die guten Verbindungen zwischen israelischer und guatemaltekerischer Armee vertieft (siehe LN Nr. 102).

Auch die Neustrukturierung der Armee muß im Kontext der Wiederbelebung des CONDECA verstanden werden, wenn auch die Effektivierung des Kampfes gegenüber der Guerilla im Vordergrund steht. Die Restrukturierung bezieht sich auf alle Waffengattungen und ist noch nicht abgeschlossen. Derzeit verfügt die Armee etwa um ca. 20.000 Mann (bei einer Bevölkerungszahl von 7,5 Mio.). Davon sind 600 Offiziere.

Am 7. Dezember trat ein neues Armeegesetz in Kraft, das einen Abbau des Armeekommandos auf drei Personen vorsieht: den Staatschef, den Verteidigungsminister und den Armeegeneralstabschef. Nach dem Wortlaut des Erlasses 149-83 werden alle Offiziere im Stand der Disponibilität - darunter mehrere ehemalige Präsidenten und ehemalige Minister - endgültig in den Ruhestand versetzt, insgesamt zwischen 200 und 300 Offiziere.

Infolge dieses neuen Gesetzes kommt die absolute Kontrolle der Streitkräfte in die Hände von General Mejia, der gleichzeitig Staatschef und Verteidigungsminister ist, und in jene seines Vertrauensmannes, Oberst Rodolfo Lobos Zamora, des Generalstabschefs, denn alle Kommandanten der Militärstützpunkte, die bisher daran beteiligt waren, werden vom Oberkommando entfernt. Mit diesem Gesetz soll wieder eine straffere hierarchische Struktur erreicht werden, die durch den Putsch der "jungen Offiziere" vom 23. März 1982 infrage gestellt war. Zwar erzielten letztere während ihrer Herrschaft zeitweise Erfolge gegen die Guerilla, die aber doch nicht längerfristig waren, weshalb diese Militärs durch Mejias Putsch abgelöst wurden.



Am 8. Dezember schlug Oberst Lobos, als er während der Argentinienreise von General Mejia diesen als Staatschef und Verteidigungsminister vertrat, dem Rat der Kommandanten die Beförderung Mejias vom Brigadegeneral zum Divisionsgeneral vor. Die Kommandanten stimmten zu, und nach seiner Rückkehr aus Argentinien wurde Mejia zum ranghöchsten guatemaltekerischen Militär befördert. Die Neuorganisation der Armee kommt nach anderen Absetzungen, Versetzungen, Rücktritten und Ernennungen, die in den letzten Wochen erfolgten und, wie es scheint, dazu bestimmt sind, den konspirativen Tätigkeiten zuvorzukommen, die täglich häufiger werden. So wurde erst am 15. Dezember General Frederico Fuentes Corados Ernennung zum neuen guatemaltekerischen Botschafter in El Salvador angekündigt. General Fuentes Corado ist Flugzeugpilot, war Kommandant der guatemaltekerischen Luftwaffe und zuletzt Direktor des Nationalen Wiederaufbaukomitees (Comité de Reconstrucción Nacional CRN), mit dessen Hilfe die Armee die Aufstandsbekämpfung kontrollierte. Von Beobachtern wird vermutet, daß die Bestimmung von Fuentes Corado für die Botschaft in El Salvador mit der Wiederbelebung des mittelamerikanischen Verteidigungsrates (CONDECA) zu tun hat, ja, ganz allgemein mit der nordamerikanischen Strategie

gegenüber der Region, da der neue Botschafter in Aufstands-
kämpfungsoperationen spezialisiert ist und darin große Erfahrung
hat.

Spannungen zwischen Washington und Guatemala

Es ließ sich alles so gut an.....Die Aufhebung des Waffenembargos
stand kurz bevor.(Carter hatte es wegen der anhaltenden Ver-
letzung der Menschenrechte in Guatemala 1977 verhängt.) CONDECA
nimmt Formen an, der Druck der Contadora-Gruppe auf Nicaragua
zieht. In der Menschenrechtsfrage werden im Laufe des Jahres
1983 erhebliche "Fortschritte erzielt", wie us-amerikanische
Emissäre immer wieder zu berichten wissen (trotz gegenteiliger
Beweise der Menschenrechtsorganisationen). Doch der neue Mann,
dem die USA in den Sattel half, General Victores Mejia, liebt
offenbar die eiserne Faust. Das Morden der Todesschwadronen nimmt
wieder zu, die Gewalt wird wieder vom Land in die Städte getragen.
- Mitte November beschloß der US-Kongreß die Sperrung sämtlicher
Wirtschaftshilfen.

Anlaß dafür war der Mord an zwei Sprachwissenschaftlern der us-
amerikanischen "internationalen Entwicklungsagentur (AID). In-
zwischen ist die Zahl der ermordeten AID-Mitarbeiter auf vier
gestiegen, andere werden vermißt. Der Berater des Europarates,
A. Garcia Borraja, bestätigte die Ermordung von vielen Ver-
mißten, sowie "Existenz von Geheimgefängnissen der Armee". Auf
Vorlage des "Internationalen Menschenrechtsbundes, FIDH, stimmte
das Plenum der 38. UNO-Generalversammlung am 16.12. der Resolution
zu, welche das guatemalteckische Regime wegen andauernder Menschen-
rechtsverletzungen verurteilt. 15.000 Menschen sollen seit März
1982 verschwunden sein. Unter der Regierung Victores Mejia sollen
die Menschenrechtsverletzungen sprunghaft angestiegen sein.

Nicht so sehr die UNO-Resolution als die Sperrung der Wirtschaftshilfen
aus den USA treffen die guatemalteckische Regierung
empfindlich. Mejia Victores reagierte auf seine Art. Am 20.12.
gaben der Staatschef und sein Außenminister bekannt, Guatemala
werde nicht wie vorgesehen an den Armeemanövern teilnehmen, die
die Länder Zentralamerikas gemeinsam durchführen werden.
Nach Ansicht politischer Beobachter bezwecken die Erklärungen
Mejias und des Außenministers, Druck auf das Weiße Haus auszu-
üben: Die guatemalteckische Armee wird sich nicht aktiv an Kon-
flikten in Mittelamerika beteiligen, sofern Washington die
Wirtschafts- und Militärhilfe nicht wieder aufnimmt.

Dummerweise stellen sich die Exzesse gegen die Menschenrechte
die die Regierung Victores Mejia begeht, den kriegerischen
Strategien des Präsidenten Reagan als Hindernis in Mittelamerika
in den Weg. Da fragt sich: Könnte es in Washington ein Interesse
an einem neuen Putsch in Guatemala geben?

Quellen: Infoprensa Nr. 46-51, Ides Nr. 163, 170, Informations-
stelle Guatemala, Rundbriefe Nr. 33 und 34, dialogo
social, Nr. 162, 1983.

NICARAGUA

Nicaragua vor einer Wende?

Viele Meinungen zu zwei Dekreten

Der 4. Dezember wird zweifelsohne als einer der entscheidenden Tage in die Ge-
schichte Nicaraguas eingehen. Auf der letzten Sitzung des Staatsrats, im Rahmen
einer feierlichen Abschlußveranstaltung für das vergangene Jahr, wurden zwei
Dekrete verkündigt, die seither mit steigendem Eifer und unermüdlichem Fleiß von
allen politischen Kräften des Landes kommentiert werden.

Das erste Dekret sieht die Amnestierung aller derjenigen Anhänger und Sympathi-
santen der konterrevolutionären Organisationen vor, die außerhalb des Landes ope-
rieren, die bereit sind, ihre Waffen abzugeben und sich in die sandinistische Ge-
sellschaft zu integrieren. Gleichzeitig wird allen im Ausland lebenden Nicaragua-
nern versprochen, daß das ihnen konfiszierte Land zurückgegeben oder sie dafür
entschädigt werden, wenn sie zurückkehren. Ausgenommen von dieser Amnestie sind
die Führer der konterrevolutionären Organisationen und ehemalige Mitglieder der
somozistischen Guardia, die leitende Posten hatten und noch nicht verurteilt wor-
den sind. Das zweite Dekret verkündet, daß ab dem 31. Dez. 83 die Wahlen für 1985
in die Wege geleitet werden.

In seiner Rede zur Erläuterung der beiden Dekrete sagte Daniel Ortega, daß Nica-
ragua daran galegen sei, die Vorschläge der Contadora einzuhalten und hob hervor
daß seine Regierung sie für einen gangbaren Weg zur Lösung der Konflikte in Mit-
telamerika hält. Er sagte nicht, daß mit den beiden Dekreten konkrete Schritte
getan worden seien, die Forderungen der Contadora zu erfüllen. Nicaragua ist be-
müht ständig zu betonen, daß es keine Vorleistungen von seiner Seite gibt. Die
übrigen Länder Zentralamerikas müssen erst selbst die Bereitschaft zeigen, den
Plan von Contadora zu erfüllen, dann wird Nicaragua mitziehen.

Trotz dieser deutlichen Stellungnahme, die im Laufe der folgenden Tage immer wie-
der zu hören war, ist es offensichtlich, daß am 4. Dezember eine "Wende", eine
neue Etappe eingeleitet worden ist, welche die Bourgeoisie als Versuch einer
"Öffnung" qualifizierte, welche die linken Parteien MAP/ML und PC de N als
ersten Schritt zu einem sozialdemokratischen Kompromiß definierten und die
von der FSLN als konsequente Weiterführung ihrer Politik der Versöhnung und Demo-
kratisierung bewertet wird.

Somit gibt es die verschiedensten Möglichkeiten, die beiden Dekrete zu analysieren
und die interessierten Kreise haben sich auch sofort an dieses Geschäft gemacht.

"La Prensa", das nimmermüde Sprachrohr der reaktionären Bourgeoisie hat die beiden
Dekrete als Fanfarenstoß für den Beginn einer neuen Ära der Hetze und Verleum-
ung begriffen. Diese wird ihr durch den Umstand möglich gemacht, daß es - wie
das Blatt selbst bestätigt - praktisch keine Zensur mehr für "La Prensa" gibt.
Und so haben sie losgelegt und treiben sie es jeden Tag toller ganz nach dem Mus-
ter derer, die die ganze Hand wollen, sobald man ihnen den kleinen Finger gibt.

In zahllosen Statements von einheimischen und ausländischen Persönlichkeiten wird
gönnnerhaft der Wille der Sandinisten honoriert, etwas zur Aufhebung des Totali-
tarismus beizutragen. Gleichzeitig betonen dann alle, daß es damit leider nicht
getan sei. So will man Taten sehen und sagt, daß die Sandinisten bisher noch nie
gehalten, was sie versprochen hatten. Die Dekrete seien reine Rhetorik, da bisher
noch der "Notstand" herrsche, welcher jeden Tag erlaube, alles umzuwerfen. Außer-

dem ist die Zensur der Medien ja noch nicht aufgehoben. Die Bourgeoisie fordert daher die absolute Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie Sendezeit im Fernsehen, das ausschließlich sandinistisch ist. Auch die reaktionären Gewerkschaften haben sich sofort zu Wort gemeldet und einen riesigen Katalog an Forderungen nach Streik- und Tarifrecht, nach Organisationsfreiheit etc. aufgestellt. Und dann werden von der Bourgeoisie als Unterstützer ihrer Forderungen gerade diejenigen ausländischen Freunde zitiert, die auch die Sandinisten für sich beanspruchen, die Mitglieder der Contadora-Gruppe, Argentinien, Spanien usw.

Bzüglich der "Versöhnung" mit den Contras und der Rückgabe von konfisziertem Land weiß "La Prensa" zu berichten, daß es dafür keinerlei Garantien gebe, daß trotzdem weiter beschlagnahmt werde, daß es keine echte Versöhnung sei, wenn ein Großteil der Nicaraguaner ausgeschlossen bleibe.

Hinter alle dem steckt eine klare Linie: die Sandinisten sollen mit Vorwürfen über ihre Unzuverlässigkeit und die ausstehende praktische Umsetzung ihrer Versprechungen dazu gezwungen werden, immer mehr Beweise ihrer Glaubwürdigkeit zu liefern. Im Klartext heißt dies Erpressung.

Inzwischen sind die ersten Contras in ihre Heimat zurückgekehrt und haben sich in den sandinistischen Zeitungen zufrieden geäußert. Auf die Anschuldigungen und Herausforderungen von "La Prensa" gehen sie fast nicht ein und wenn es doch in einem Kommentar passiert, so gibt sich der Sandinist total souverän. Er betont, daß die beiden Dekrete ein Zeichen der Stärke seien, weil Nicaragua sich soviel Demokratie leisten könne. Immer wieder wird gesagt, daß Contadora damit absolut nichts zu tun habe, daß Nicaragua unter keinerlei Druck stehe, lediglich das Land sei, das gegenüber der Contadora selbstständig und initiativ vorgehe, was diese honoriere und was die übrigen mittelamerikanischen Länder leider vermissen ließen.

Auszüge aus den Dekreten zur Vorbereitung von Wahlen

Auszüge aus dem ersten Dekret, ausgestellt am 4. Dez. 1983 von der Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus :

Artikel 1:

Der Wahlprozeß beginnt am 31. Jan. 1984 für alle vorgesehenen Bestimmungen des Dekrets Nr. 513 vom 10. Sept. 1980

Artikel 2:

Um die Diskussionen und die Verabschiedung des Wahlgesetzes und sonstiger Gesetze und Regelungen, die den juristischen Rahmen für den Wahlprozeß bilden, zu beenden, wird der Staatsrat aufgerufen, sich in außerordentlichen Sitzungen vom 4. Jan. 1984 an mit diesem Dekret zu befassen, das gültig ist bis zur Einberufung gewöhnlicher Sitzungsperioden.

Artikel 3:

Wie es das Wahlgesetz vorsieht, werden die letzten Aktivitäten für die Wahlen durch einen kompetenten Wahlausschuß geregelt.

Artikel 4:

Das Datum für die Durchführung der Wahlen wird von der Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus festgelegt und am 21. Febr. 1984 verkündet.

Auszüge aus dem zweiten Dekret, ausgestellt am 4. Dez. 1984 von der Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus :

Artikel 1:

Die Bürger, die ins Land nach dem 19. Juli 1979 verlassen haben, inbegriffen diejenigen, die in illegale Aktivitäten, auch solche bewaffneter Art, gegen die Öffentliche Ordnung verwickelt waren, werden alle Rechte und Garantien erhalten, die ihnen dieses Dekret zusichert, um ins Land zurückzukehren und sich am normalen Leben und dem Wahlprozeß mit vollem aktiven und passiven Wahlrecht zu beteiligen.

Artikel 2:

Die Konsulate von Nicaragua in den Vereinigten Staaten, Honduras und Costa Rica werden für die Bürger Passierscheine ausstellen, die sich entscheiden, in den Nutzen dieses Dekrets zu gelangen.

Artikel 3:

Die Bürger, die in die Aktivitäten von außen organisierter Banden verwickelt waren, werden, wenn sie ihre Waffen niederlegen, zusätzlich zu diesem Schein das Recht erhalten, an der Landverteilung gemäß der Agrarreform teilzunehmen. Wenn es sich um Landbesitzer handelt, die ihre Ländereien verlassen haben, und die dann beschlagnahmt wurden, werden diesen Landbesitzern dieselben Ländereien zurückgegeben oder sie werden für sie entschädigt.

In den in diesem Artikel aufgeführten Fällen kann der Passierschein auch von Delegierten des Innenministeriums der betroffenen Region ausgestellt werden.

Artikel 4:

Von den Garantien, die den Personen zustehen, auf die sich Artikel 1 und 3 dieses Dekrets beziehen, werden folgende Personen ausgenommen:

a) Die Offiziere der ausgelöschten Nationalen Garde und Mitglieder der Somozistischen Sicherheitskräfte, die in repressive Akte verwickelt waren und sich nicht vor einem Gericht verantworten mußten.

b) Diejenigen, die in Strafprozessen wegen Aktivitäten gegen die öffentliche Sicherheit verurteilt worden sind, ohne daß ein durch den Staatsrat anerkanntes Begnadigungsschreiben vorliegt.

c) Die konterrevolutionären Führer, die die Intervention einer ausländischen Macht in Nicaragua gefordert haben und die von eben dieser ausländischen Macht bezahlt worden sind, um Aktionen gegen die Revolution in Nicaragua zu finanzieren, oder die diesem Vorgang zugestimmt haben.

d) Die konterrevolutionären Führer, die terroristische Angriffe gegen das Volk von Nicaragua oder gegen ökonomische Zentren des Landes durchgeführt oder geplant haben.

Artikel 5:

Die Personen, die sich entschlossen, die Rechte und Garantien dieses Dekrets in Anspruch zu nehmen, können dies in dem Zeitraum von der Veröffentlichung dieses Dekrets bis einschließlich den 21. Feb. 1985 tun.

"Barricada" und "El Nuevo Diario" zitieren laufend die zufriedenen Teile der Bourgeoisie, die Mitglieder der liberalen Parteien, die sich mit der FSLN zu einer patriotischen Front zusammengeschlossen haben. Von ihnen weiß jeder, daß sie zunächst einmal opportunistisch sind und außerdem wenig politisches Gewicht haben. Außerdem kommen die Kaffeebarone und die Baumwollherren zu Wort, die sagen, daß sie einverstanden seien, von der Regierung dafür subventioniert zu werden, daß der Weltmarktpreis ihrer Produkte so gering ist. Zu den Dekreten werden die gleichen Herren dann von "La Prensa" befragt und ziehen gleich flott vom Leder.

Es war schon immer eine große Schwäche sandinistischer Berichterstattung und Informationspolitik, daß sie total einseitig und fast lächerlich linientreu erfolgt. Nach dem Motto, daß das Volk noch nicht genug erzogen ist, um Widersprüche und Ungereimtheiten aufzunehmen, wird alles schematisch und eindimensional angeboten, wird im Fall der Kaffeebarone einfach nicht erklärt, was sie eigentlich für eine Rolle spielen.

Viele Sandinisten, die man auf dieses Phänomen anspricht, schütteln bedenklich den Kopf, viele fühlen sich belästigt, kaum einer verteidigt das alles, niemand weiß so recht eine Erklärung.

Während die propagandistische Ebene der beiden Dekrete deutlich ausgemacht werden kann, ist es schwierig zu sagen, was sie bisher konkret bewirkt haben. Sicher wollen die Sandinisten damit einen Schritt zur Erfüllung der 21 Punkte der Contadora

tun. Ebenso sicher wollen sie damit keinesfalls der Bourgeoisie Gelegenheit geben, ihren Handlungsspielraum einzuschränken. Sie wollen keine "Freiheit der Propaganda", sie wollen die Contra nicht im Land. Sie versuchen, die Wahlen ganz allmählich umzusetzen und reden in diesem Zusammenhang weder von Sendezeit im Fernsehen, noch von Wahlen, die das Ausland kontrolliert. Sie wissen, daß die Contras in der Mehrzahl das Land nicht betreten. Diejenigen, die sich bisher gemeldet haben, sind kleine Mitläufer, meist Inhaftierte, die man freigelassen und nach Hause geschickt hat. Die größeren Fische kommen erst, wenn sie sich sicher fühlen, sie fürchten die Stimmung im Land und wollen nur als Sieger zurück.

Also, sagen viele sandinistischen Freunde, ein Schachzug und nichts weiter. Die Bourgeoisie plustert sich ein bißchen auf, laßt sie den Dampf nur ablassen, alles Taktik, die Sandinisten wissen sehr gut, was sie tun.

Damit stimmen sie letztlich mit der Bourgeoisie überein, die gerade dies der FSLN zum Vowurf macht.

Anders urteilen die beiden linken Parteien MAP/ML und PC de N. Sie vermuten, daß auf die ersten Schritte im nächsten Jahr noch weitere folgen. Etwa eine Erleichterung für ausländische Firmen, in Nicaragua zu investieren. Weitere Erleichterungen für das einheimische Kapital, das noch immer seinen Profit praktisch unkontrolliert verjubeln kann, was die Exporteure weidlich ausnützen. Sie meinen, daß die Bourgeoisie jetzt vorstoßen wird und daß die Erpressung nicht mehr aufhört. Sie sind überzeugt, daß die Dekrete der Preis dafür waren, daß die Invasion dieses Mal nicht stattgefunden hat.

Niemand weiß natürlich, wie dieser Prozeß weitergeht, was in den nächsten Monaten noch ansteht. Linke wie Rechte bedauern aus unterschiedlichen Motiven das Fehlen einer breiten und offenen Diskussion. Niemand bezweifelt ernsthaft, daß die Mehrheit des Volkes hinter den Sandinisten steht und trotzdem gibt es diese Diskussion nicht.



Nicaraguanischer Wachposten an der honduranischen Grenze

KOLUMBIEN

Belisario Betancur: Populistische Demagogie oder "die beste Lösung" für Kolumbien?

Am 23. November wurde der Bruder des kolumbianischen Präsidenten und Mitglied des Staatsrats, Jaime Betancur, von der politisch-militärischen Organisation ELN (Ejército de Liberación Nacional - dt.: Nationale Befreiungsarmee) entführt und nach 16 Tagen politischer Haft in der Nacht zum 7. Dezember wieder freigelassen. - Nach der Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik im Frühjahr 1980 durch die "Bewegung 19. April" (M-19) ist die vorübergehende Festnahme des Bruders des Präsidenten B. Betancur die spektakulärste Aktion, die eine Guerilla-Organisation in Kolumbien durchgeführt hat. Infolge der Botschaftsbesetzung vor drei Jahren erreichte die M-19 große Publizität und zog die Aufmerksamkeit der Weltpresse für die sozialen und politischen Zustände in Kolumbien an sich. Durch die Aktion wurde erreicht, die repressive Regierung des damaligen Präsidenten Julio Cesar Turbay Ayala anzuprangern und die Verletzung der Menschenrechte mit der legalen Grundlage eines "Sicherheitstatuts" zu denunzieren.

Die Aktion der ELN im November/Dezember 83 wurde in der nationalen und internationalen Berichterstattung als "terroristischer Akt" verurteilt. Allgemein wurde die Entführungsaktion als eine Wahnsinnsstat von Anarchisten dargestellt, die nichts anderes im Sinn hätten, als in einer exemplarischen Demokratie (so die AFP - 8.12.) die Friedensbemühungen eines populären Präsidenten zu behindern.

Der folgende Artikel versucht die jüngsten Vorgänge in Kolumbien genauer zu beschreiben und eine allgemeine Einschätzung dazu zu geben.

Entführung oder politischer Arrest?

Am 23. November, neun Uhr abends Ortszeit, wurde der Bruder des Staatspräsidenten und Dekan der Jura-Fakultät der Katholischen Universität von Kolumbien, Dr. Jaime Betancur, bei Verlassen der Universität von vier studentisch aussehenden Personen in einem Auto weggebracht. Die Aktion hat augenscheinlich friedlichen Charakter. Der Chauffeur, der den Vorgang bemerkt, meint, daß sein Chef mit den Studenten etwas erledigen muß und in Kürze wieder zurückkommt. Später wird entdeckt,

daß Jaime Betancur, Mitglied des Staatsrats, entführt worden ist. In ersten Anrufen bei Nachrichtenmedien erklärt sich die Nationale Befreiungsarmee, ELN, für die Tat verantwortlich.

Die Ausgabe des maoistisch-tendierenden Boulevardblatts El Bogotano vom 25. November gleicht einer Propaganda der ELN. In großen Lettern und mit dem Emblem der Guerilla-Organisation auf der Titelseite wird im Wortlaut das erste Pressecommuniqué der mutmaßlich verantwortlichen Gruppe veröffentlicht. Darin heist es:

"Die Nationale Befreiungsarmee (ELN) informiert das kolumbianische Volk, daß der Bruder des Präsidenten und Magistrat im Staatsrat, Dr. Jaime Betancur Cuartas, von unserer Organisation als politischer Gefangener festgehalten wird. (Der im Spanischen verwendete Ausdruck bedeutet sinngemäß "vorübergehende Festnahme" - d.A.) Diese revolutionäre Aktion führen wir durch, um anzuzeigen, daß die sehnsüchtig erwartete Veränderung und der Pazifizierungsprozeß, den der Präsident Belisario Betancur versprochen hat, sich in eine neue Farce der herrschenden Klasse verkehrt haben...

Keine der Versprechungen des Präsidenten wurde in die Tat umgesetzt, so daß das kolumbianische Volk weiterhin mit der Arbeitslosigkeit, dem Elend, dem Analphabetismus kämpft. In all seinen Interventionen nennt sich Belisario Betancur Sprecher der Besitzlosen. In der Praxis verteidigt er die Interessen der Privilegierten..."

In dem folgenden Text geht die ELN auf die aktuelle wirtschaftliche und soziale Situation in Kolumbien ein und prangert vor allem die kürzlich erfolgten übersteigerten Tarifierhöhungen für öffentliche Dienstleistungen an. Darauf folgend geht das Communiqué auf die Menschenrechtssituation ein:

Um seine demokratischen Qualitäten zu demonstrieren, hat Belisario die Befriedung, die Amnestie, zu seinem Schlachtroß erkoren. Dies hat nur dazu gedient, daß die militärischen und paramilitärischen Kräfte ihre unmäßige Repression fortgesetzt haben: Arbeiter, Campesinos, Studenten, Amnestierte, Führer von Volksorganisationen wurden ermordet und "verschwarzelt"...

Für die Freilassung des Bruders des Präsidenten stellt die ELN zehn Forderungen:

1. Erhöhung des Mindestlohns für Stadt und Land einheitlich auf 15000 kol. Pesos. (derzeitiger Mindestlohn ca. 9000 kol. Pesos; entspricht ca. 100 US-Dollar - d.A.)
2. Beteiligung aller Gewerkschaftszentralen und der unabhängigen gewerkschaftlichen Vereinigungen im Nationalen Arbeitsrat, mit Stimme und Abstimmungsrecht.
3. Einfrieren der Preise für lebensnotwendige Artikel bis zum Ende der Mandatszeit von Belisario Betancur (1986 - d.A.)
4. Widerruf der Tarifierhöhungen für öffentliche Dienstleistungen rückwirkend für das Datum, an dem die jeweiligen Erhöhungen beschlossen wurden.
5. Sanktionierung aller Beamter, die für die Erhöhungen verantwortlich zu machen sind, mittels unverzüglicher Entlassung.
6. Sofortige Freilassung der politischen Gefangenen.
7. Öffentliche Erklärung bezüglich der "Verschuldungen", Entschädigung der Familien und Sanktionierung der Verantwortlichen.
8. Entmilitarisierung der Landzonen und Ausschütten der für die Rehabilitation dieser Zonen vom Staat zugewiesenen Gelder.

9. Veröffentlichung aller von der Bundesanwaltschaft eingeleiteten Untersuchungen bezüglich der paramilitärischen Gruppen.

10. Unmittelbare Verhaftung aller Personen, die angeklagt sind, der MAS zuzugehören. (MAS - Muerte a los Secuestradores - dt.: Tod den Entführern, -aktivste paramilitärische Organisation Kolumbiens mit nachgewiesener Verbindung zu den staatlichen Sicherheitsorganen-d.f.)

Das Communiqué endet mit einer Anspielung auf den erfolgreichen Wahlslogan des Präsidenten - "Con Belisario, sí, se puede!" - Mit Belisario schaffen wir's doch!" - Die ELN schreibt: "Mit der ELN geht's doch! Kein Schritt zurück, Befreiung oder Tod! Nationale Befreiungsarmee."

Diese Pressemitteilung, erstmalig veröffentlicht zwei Tage nach der Entführung, wird am 26. November innerhalb der sonstigen Berichterstattung über die Aktion von den bürgerlichen Tageszeitungen und sonstigen Nachrichtenmedien verbreitet. Die Information über den Entführungsfall beschränkt sich sonst im allgemeinen auf das Abdrucken von Beileidsanzeigen für den kolumbianischen Präsidenten. Die Geheimdienste verlautbaren, daß sie keine oder "leichte" Spuren entdeckt haben. - Die Nachrichten über die Reaktionen des Präsidenten sind spärlich. Die Medien bemühen sich, sein positives, gar übermenschliches Image beizubehalten. Trotz des schweren Schlags hält der Präsident sein Programm und sein gewaltiges Tagespensum ein, arbeitet unermüdlich weiter, verhält sich für die öffentliche Meinung so, als sei, seine Person und sein Staatsamt betreffend, nichts Außergewöhnliches passiert.

Auf die Forderungen der Organisation und auf den Inhalt der Pressemitteilung der ELN wird in den Kommentaren der Journalisten im allgemeinen nicht eingegangen.

Intervention der Militärs

Am 30. November, eine Woche nach der Entführungsaktion, verschärft sich die Situation. In dicken roten Schlagzeilen verkündet wiederum das Boulevardblatt El Bogotano:

"Die ELN hat eine Frist gesetzt." In einer Pressemitteilung, die als "Ergänzung zu 1" bezeichnet wird, heißt es:

"...da wir das Volk repräsentieren, sehen wir die Notwendigkeit, der Regierung eine Frist bis zum 10. Dezember zu geben, um auf unsere Forderungen einzugehen. Wenn das Gegenteil eintritt, so wird das Blut des Magistrats Jaime Betancur Cuartas nicht vergeblich vergossen werden, denn das besitzlose Volk und die Arbeiter werden ihm Tribut zahlen wie einem neuen Symbol unserer Organisation... Unsere Forderung ist gerecht und klar, so wie das auch die Hinrichtung für die revolutionäre Sache sein wird..."

Der Inhalt dieser Pressemitteilung wird wiederum von den internationalen Nachrichtenagenturen verbreitet. - Die kolumbianischen Tageszeitungen des nächsten Tages informieren über Zweifel bezüglich des Ursprungs des Communiqués. Der Pressemitteilung, die angeblich von der ELN stammen soll, sind keine Beweise beigelegt, daß sich Betancur in Gewalt derjeniger befindet, die den Medien dieses definitive Communiqué zugespielt haben.

Am folgenden Tag, dem 1. Dezember, verändert, verändert sich wiederum die Situation. Ohne auf die Informationen des Vortages einzugehen, drucken zwei Boulevardzeitungen, El Bogotano und der rechtstendierende El Espacio in Großformat Fotos von Jaime Betancur ab, der mit den verummterten Entführern Schach spielt, und, auf den Fotos einen entspannten und

lächelnden Gesichtsausdruck hat. In einem mit Nummer 2 benannten Communiqué kündigt die mutmaßlich verantwortliche ELN die Freilassung des Magistrats Betancur für den 7. Dezember an. Sie betont, daß sie im Gegensatz zu den staatlichen Sicherheitskräften ihre politischen Gefangenen bestens behandeln würde, und daß sich Dr. Jaime Betancur in einem guten gesundheitlichen Zustand befände.

Einzigste Bedingung für die Freilassung des Mitglieds im Staatsrat ist für die ELN nunmehr, daß sich zwei Schweißgeminuten des Protests gegen Terror und Gewalt, die von den traditionellen Parteien, Unternemmerverbänden u.a. für den 7. Dezember einberufen wurden, in einen massiven Protestmarsch des Volks gegen seine Unterdrückung verkehren sollen. Das gesamte Volk solle marschieren, um dem Präsidenten seinen Unmut auszudrücken. Der Präsident solle sich an diesem Tag bewußt werden, daß er mit dem Volk die größte nur mögliche Erpressung begangen habe: er habe Hoffnungen genährt, um diese wieder zu töten.

Die ELN fordert, daß die Massenmedien zu einer großen Volksmobilisierung für den 7. Dezember aufrufen sollen.

In einer handschriftlichen Mitteilung, veröffentlicht im Bogotano vom 3. Dezember, bestätigt der Magistrat Jaime Betancur, daß er sich als politischer Gefangener in Gewalt der ELN befände, daß diese seine persönliche Integrität geachtet und ihn nie mit dem Tod bedroht hätte.

In einem dritten Pressecommuniqué des gleichen Tages bezeichnet die ELN die als "Ergänzung zu 1" publizierte Pressemitteilung als "von Kräften innerhalb der Regierung stammend, die daran interessiert sind, eine stärkere Repression gegen das Volk auszulösen..."

Am 6. Dezember druckt El Bogotano ein Communiqué No. 4 der ELN ab, unterzeichnet von der Nationalen Direktion, das einer politischen Plattform gleichkommt. In diesem Communiqué beruft sich die ELN auf ihr 19-jähriges Bestehen, auf ihre antiimperialistische und sozialistische Ideologie und definiert sich als eine politisch-militärische Organisation des Volkes, die sich "in Anbetracht der wirtschaftlichen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Imperialismus, der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer gegenüber der Masse der Arbeiter zum bewaffneten revolutionären Kampf des Volkes bekenne, als einzigem Weg, der zur Befreiung führt."

Des Weiteren führt die Nationale Direktion der ELN aus, daß sie der gegenwärtigen Regierung von Anfang an distanziert gegenübergetreten sei, die populistische Demagogie des gegenwärtigen Präsidenten angezeigt und das Angebot eines falschen Friedens zurückgewiesen habe. Die Regierung von Belisario Betancur wird als "geschicktes Manöver der Bourgeoisie" bezeichnet, "die von Veränderung spricht, während sie die Ketten der Ausbeutung beharrt, und von Frieden, während die Gewalt gegen das Volk weitergeht." Der "vorübergehende politische Arrest" des Bruders des Staatschefs wird von der ELN als Propagandaaktion legitimiert, die zu einer Demaskierung der populistischen Demagogie des Präsidenten beitragen soll. Erklärend geht das Communiqué auf die anfänglich gestellten Forderungen im sozialen und repressiven Bereich ein.

In der Nacht zum 7. Dezember löst sich die Spannung, die die Festnahme des Magistrats Betancur in den politischen Kreisen Kolumbiens verursacht hat. Nach einer nächtlichen Pressekonferenz zu der vier Journalisten eingeladen wurden, wird der Bruder des Präsidenten aus seinem sog. politischen Arrest entlassen. Um sein Leben zu garantieren, verläßt der Magistrat in Begleitung der Journalisten den Ort, wo er 16 Tage lang festgehalten wurde. In einem letzten Communiqué No. 5

veröffentlicht die ELN, daß die Verhandlungskommission, die eingeschaltet worden war, der Einlösung von einem Teil der Forderungen zugestimmt habe. Der Staatspräsident Betancur negiert jedoch nach der Freilassung seines Bruders die Existenz der Verhandlungskommission und, daß für die Freilassung jegliche Zugeständnisse gemacht worden seien.

Trotz der Freilassung des Magistrats Jaime Betancur riefen die Massenmedien in den Morgenstunden des 7. Dezember weiterhin zu einem Tag des Protests im gesamten nationalen Territorium gegen Terrorismus und Gewalt und für die Freilassung aller Personen auf, die sich in der Gewalt subversiver Gruppen oder geweiher Delinquenten befinden. Alle Nachrichtensender sollen um 12 Uhr mittags ihre Ausstrahlungen für zwei Minuten unterbrechen, die Menschen sollen auf den Straßen stehenbleiben und mit weißen Tüchern winken, diejenigen, die in den Büros und Wohnungen bleiben, sollen zwei Minuten stehen an den Frieden denken und danach soll die kolumbianische Nationalhymne erklingen. Diese Gedenkminuten gegen den Terrorismus und für den Frieden sollen von allen kolumbianischen Bürgern eingehalten werden.

Die Reaktionen im In- und Ausland

In allen kolumbianischen Presseorganen und in der Auslandsberichterstattung hat die Propagandaaktion der ELN von Beginn an einhellige Ablehnung erfahren. Die traditionellen Parteien, regionale Organisationen, die Kirche, die Streitkräfte, Privatpersonen drücken in Telegrammen, Pressemitteilungen, Leserbriefen ihre Abscheu vor einem terroristischen Akt aus, den sie einer terroristischen, anarchistischen, links-extremen oder dissidentischen Gruppe zuschreiben.

Auch die zahlreichen linken Gruppierungen, die im allgemeinen die Ansichten über die politische und repressive Situation, wie sie in den Communiqués der ELN dargestellt wird, teilen, reißen sich in den Protest ein und stärken der Regierung von B. Betancur den Rücken. Viele der linksorientierten Gruppen, z.B. die maoistische MOIR, bezeichnen die Aktion der ELN als nicht-revolutionär oder als die Revolution behindernde Handlung, als "die letzte Verrücktheit der extremen Linken" (El Tiempo, 3.12.). Die Trotzlisten bezeichnen die Aktion als individuellen Terrorismus, der "tödlich sei für den politischen und für den Kampf des Volkes und durch den nur eine größere Repression ausgelöst würde".

Verwunderung lösen zwei Presseerklärungen der moskau-orientierten Guerilla-Organisation FARC (bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens) aus. Die FARC ist die militärisch vermutlich stärkste Guerilla-Gruppe Kolumbiens und Entführungen reicher Großgrundbesitzer und Viehzüchter sind jahrelang eine übliche Methode ihres politischen Kampfes gewesen (um Druck auszuüben und die Organisation zu finanzieren). In der Pressemitteilung des Generalstabs der Organisation heißt es: "...verurteilt die FARC in ausdrücklicher Weise die Aktion und fordert die sofortige Freilassung von Jaime Betancur. Die FARC drückt aus, daß trotz aller Kritik an der Regierung von Belisario Betancur die positive Rolle des Präsidenten bei der Friedenssuche in Zentralamerika hervorzuheben ist." Innenpolitisch bezeichnet die FARC die Aktion der ELN als eine "Provokation des Prozesses des demokratischen Dialogs... zwischen den bewaffneten Gruppen und der nationalen Regierung." (El Espectador 5.12.)

Um die Bandbreite der schriftlich abgegebenen Protesterklärungen abzurufen, spricht sich auch die rechtsextreme paramilitärische Organisation MAS in einem Communiqué aus der Provinzstadt Pereira aus.

Die MAS klagt die Entführer an, daß demokratische System Kolumbiens aus dem Gleichgewicht bringen zu wollen...

Innerhalb der zahlreichen Proteste aus dem Ausland werden in der kolumbianischen Presse besonders die des kubanischen Staatschefs Fidel Castro und die der Sandinisten hervorgehoben. Die Aktion der ELN wird als Schlag gegen die Friedensbemühungen des kolumbianischen Präsidenten interpretiert. Fidel Castro hebt die Intervention von Belisario für die Kubaner bei der US-Invasion in Grenada hervor. Dessen Schlüsselrolle in der CONTADORA-Gruppe wird bekräftigt.

Was meint das Volk?

Die kolumbianischen Massenmedien verstehen sich als Sprachrohr der Meinung aller Kolumbianer, und die Ablehnung der Aktion der ELN ist durchgängig. Es ist jedoch schwer einzuschätzen, ob das, was als die Meinung "des Volkes" ausgegeben wird, wirklich die Position der Mehrheit der Armen und Unterprivilegierten widerspiegelt. Eine Hausangestellte von ca. 20 Jahren meinte: "Alle sagen, daß das ganze Volk die Entführung ablehnt. Aber das Volk, also wir, wir wurden doch gar nicht dazu gefragt." Eine Putzfrau: "Ich bin nicht mit der Person einverstanden, denn Jaime Betancur ist doch kritisch mit der Regierung. Diese Regierung hat nichts, aber auch gar nichts für uns getan. Ich weiß nicht wer die Gruppe ist. Vielleicht die M-19? Oder die MRLN? Aber sie fordern 15000 Pesos Mindestlohn. Das ist doch gut." Eine andere: "Mit der Forderung von 15000 Pesos Mindestlohn bin ich nicht einverstanden, mit den anderen ja. Soviel mehr Mindestlohn bedeutet doch nur mehr Arbeitslose."

Aus den Gesprächen mit denen, die "sonst nicht gefragt werden", geht hervor, daß diese die Aktion der ELN nicht eindeutig ablehnen. Vielmehr werden die Forderungen, die Botschaft der Gruppe, beachtet. Ein Taxi-Fahrer: "In Kolumbien gibt es viele "Verschwundene", darunter viele Studenten. Aber die meisten haben sie eh schon ungebracht. Hier gibt es sehr viel soziale Ungerechtigkeit. Viele sind im Gefängnis, wegen nichts."

Belisario - die "beste Lösung"?

Die Positionen der traditionellen Linken, allen voran die orthodoxe kommunistische Partei Kolumbiens, sind im Zusammenhang ihrer politischen Perspektiven und ihrer Einschätzung der Rolle des konservativen Präsidenten B. Betancur zu analysieren. Innenpolitisch erwarten diese Sektoren der Linken immer noch eine demokratische Öffnung und damit mehr Einflußnahme in den politischen Prozessen in Kolumbien. Die provokative Aktion der ELN wird als Handlung verstanden, die die Spannungen zwischen der gemäßigten Linie Belisarios und den faschistoiden Tendenzen, die die Großgrundbesitzer, die Drogenmafia und Teile des Militärs repräsentieren, vertiefen. - Der Journalist Enrique Santos Calderón faßt die Kritik der Linken in einer Kolumne in El Tiempo (1.12.) folgendermaßen zusammen: "...Wennes darum geht den Frieden zu sabotieren, die extreme Rechte mit Argumenten zu unterstützen, und den Militarismus in unserem Land zu nähren, so hätte es die MAS nicht besser machen können." Die Angst vor einem Ruck nach Rechts und vor noch mehr politischer Einflußnahme des Verteidigungsministers Fernando Landazabal sind die vorrangigen Beweggründe der traditionellen Linken die offiziell propagierte "Friedenspolitik" der Regierung und damit vorallem den Präsidenten Belisario Betancur zu stützen. Die Linke über-

nimmt eine verkürzte Definition des Friedens, die ggst nur von den bürgerlichen Parteien getragen wird. Die offizielle Friedenspolitik Belisarios beschränkt sich derzeit auf die mit großem propagandistischem Aufwand geführten Waffenstillstandsverhandlungen mit den beiden größten Guerilla-Organisationen Kolumbiens, der FARC und der M-19. Bis hin zum Verteidigungsminister herrscht in Kolumbien jedoch ein Konsens, daß der Frieden von der Überwindung der sozialen Ungleichheit abhängt, und daß ohne entsprechende Sozial- und Agrarreformen der Pazifizierungsprozeß kein echter und wirklicher sein kann. Wegen der finanziellen Insuffizienz des Staates werden die ursprünglich im Friedensprogramm projektierten Sozial- und Infrastrukturmaßnahmen zur Rehabilitation der so. ländlichen Konfliktzonen nicht durchgeführt werden. Von Beginn seines Amtsantritts an hat Verteidigungsminister Landazabal erklärt, daß sich das Militär aus diesen Zonen, die sich über erhebliche Landesteile erstrecken, nicht zurückziehen werde und hat die Entmilitarisierung strikt abgelehnt. Seit der Verkündung des Amnestie-Gesetzes im November 1982 wurden in vielen Zonen, vor allem im Mittleren Magdalenaental, neue Bataillone installiert und die Präsenz der Soldaten verstärkt. Die Aktivitäten paramilitärischer Organisationen, die verdeckt mit Teilen des Militärs identisch sind, haben während der Amtszeit Belisario Betancurs erschreckend zugenommen. Bombardierungen ganzer Dörfer, massive Flucht der Zivilbevölkerung vor dem Militär, Zunahme politischer Morde bei absoluter Ungestraftheit der Täter sind Indizien dafür, daß die Regierung von B. Betancur - im Widerspruch zu ihrer Friedenspolitik, zumindest ihre Kontrollfunktion nicht erfüllen kann, und gar Rechten im sog. außerlegalen Bereich ein weiter Spielraum gegeben ist. In Anbetracht der Vertreibungen, Folterungen und Massaker ganzer Familien von Kleinbauern in den sog. Konfliktzonen sagte vor kurzem ein Campesino in einem privaten Gespräch: "Die Militärs werden ausgeschiedet, um die Guerilla zu bekämpfen. Abersie haben große Angst. Dann bringen sie den ersten Bauern um, der ihnen über den Weg läuft, und sagen, er sei ein Guerillero. Wir Bauern wollen Frieden. Wir wollen nicht noch länger in die Berge oder in die nächsten Städte fliehen, wenn das Militär vorbeikommt."

Während die Regierung Waffenstillstandsverhandlungen mit den Guerilla-Organisationen führt, hat die Repression gegen die bäuerliche Bevölkerung in den letzten Monaten sowohl an Intensität wie an Brutalität zugenommen. Sicherlich legt Kolumbien einen traditionellen Gewaltzustand, und sicherlich ist es für den kolumbianischen Präsidenten nicht leicht, in Anbetracht der inneren Machtverhältnisse und dem Loch im Staatssäckel grundlegende soziale Maßnahmen durchzuführen, die eine wirkliche Veränderung für die Massen der Unterprivilegierten bedeuten. Die Reaktionen anlässlich der Aktion der ELN machen klar, daß der derzeitige kolumbianische Präsident national und international eine wichtige Position hat, und daß sein Image des Friedliebenden und Verhandlung-Suchenden nicht angetastet werden darf.

Immer mehr wird Kolumbien, die Verbindung zwischen Zentralamerika und dem Cono Sur, zu einem Schlüsselrand, in dem sehr viele Interessen zusammenströmen und miteinander streiten werden müssen.

Aus verschiedenen Gründen scheint Belisario Betancur 15 Monate seit seinem Amtsantritt im August 1982 für die bürgerlichen und linken Parteien in Kolumbien immer noch "die beste Lösung" zu sein, und durch seine Rolle in der Contadora-Gruppe und seine Zurückhaltung gegenüber den USA im Zentralamerika-Konflikt ist er sicherlich auch für die bestmögliche Regierung in Europa ein Lichtblick. Mit einem exemplarisch-demokratisch und populistisch auftretenden Präsidenten ist es weit-

aus schwieriger, der Weltöffentlichkeit zu zeigen, daß sich die soziale und repressive Situation Kolumbiens mit der neuen Regierung keineswegs gebessert, sondern letztendlich nur den Farbanstrich gewechselt hat.

Leserbrief aus Kolumbien

... Gefreut habe ich mich über die Artikelfolge in den letzten beiden Heften betreffend die kol. Guerilla-Organisation M-19, die zwar schlagzeilenkräftiger, ansonsten aber weniger verankert erscheint als die FARC, soweit es den Ereignissen entnommen werden kann, wie sie auch durch die hiesige Tagespresse mitverfolgt werden können. Denn in der Tendenz liegt die Analyse ganz richtig, daß nämlich die M-19 eine völlig verschwommene und diffuse Vorstellung hat von dem, was sie eigentlich will. Jetzt, nach dem scheinbaren Tod von Jaime Bateman (er wurde hier schon öfter totgesagt, während man von seinem in Eurer Zeitschrift gemeldeten Tod, angeblich im Chocó, hier wiederum garnichts erfahren hat, abgesehen von Munkeleien hinter vorgehaltener Hand), also danach ist die M-19 durch keine weiteren Aktionen mehr aufgetreten.

Ärgerlich war andererseits das ganz oberflächliche Interview mit der sog. "Vertreterin von M-19 in Europa", einer gewissen Ana. Die vielen hohlen Phrasen vom Volkskampf usw. sind angesichts der täglichen politischen und sozialen Wirklichkeit hier der reine Hohn und hängen völlig in der Luft. Wie man vernimmt, ist diese Vertreterin hauptsächlich auf Reisen, um in Europa Medikamente für tropische Krankheiten, vielleicht auch gegen bakteriologische Waffen aufzukaufen. Denn diese Medikamente sind hier in Kolumbien vom Militär monopolisiert und können weder in den hiesigen 'Drogerias' noch in Krankenhäusern beschafft werden. Sie übertreibt systematisch die Bedeutung ihrer Organisation, und der Leser in Europa muß den Schluß ziehen, daß es nur eine Frage von Monaten ist, bis die M-19 an der Spitze der Bauern- und Arbeitermassen dem "System" den Garaus macht. Davon kann vorerst freilich nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil hat der Guerilla-Kampf in Kolumbien eine fast 200jährige Tradition (sagen wir lieber 150jährig) und ist offenbar ein Teil des Systems selbst. Viele Kolumbianer, die ich kenne, zweifeln deshalb an der Zukunftsträchtigkeit dieser Art des bewaffneten Kampfes. Man vergleiche damit die naßforschenden Äußerungen dieser Vertreterin.

Generell verdient dieses Land (bevölkerungsmäßig größer als Argentinien) wegen der Besonderheit seiner Natur, seines politischen Systems und seiner Bedeutung für die Zukunft Lateinamerikas in der Berichterstattung einen breiteren Raum, als sie ihm in Eurer Zeitschrift eingeräumt wird. Das muß sich keineswegs nur an spektakulären Vorfällen und Konflikten entfalten.

BOLIVIEN

Interview mit Jaime Paz Zamora

Jaime Paz Zamora, 44 Jahre alt, Universitätsdozent für Soziologie und politische Wissenschaft, ist Vizepräsident Boliviens und nach der bolivianischen Verfassung gleichzeitig Präsident des Kongresses.

Er ist Generalsekretär der 'Linksrevolutionären Bewegung' MIR.

LN: Von außen gesehen sieht die bolivianische Situation ungefähr so aus: Bolivien hat seit Oktober 1982 eine demokratisch gewählte Mitte-Links-Regierung, die sich ausgerechnet von den starken Gewerkschaften mit ihren Forderungen bedroht sieht. Wie erklärt der Vizepräsident, der zugleich führender Mann des linken Flügels des Regierungsbündnisses ist, diesen Widerspruch - wenn es überhaupt ein Widerspruch ist?

JAIME PAZ ZAMORA: Zunächst muß ich klarstellen, daß wir seit Januar 1983 nicht mehr Mitglied dieser Regierung sind. Das stellt sicher eine besondere Situation dar. Ich bin der vom Volk gewählte Vizepräsident, aber nicht Kabinettsmitglied dieser Regierung - wohl aber verfassungsmäßiger Präsident des Kongresses und als solcher automatisch auch Gegenspieler des Präsidenten der Republik. Das Wahlbündnis, das wir abgeschlossen hatten, die UDP, war tatsächlich ein Ausdruck des politischen Willens der bolivianischen Bevölkerung und der Arbeiter. Als sich der Gewerkschaftsvorsitzende, Juan Lechin, bei einer früheren Wahl gegen uns aufstellen ließ, hat er nicht einmal 3% der Stimmen erhalten. Die Gewerkschaften stimmten geschlossen für die UDP, die die Wahl mit einer relativen Mehrheit von knapp 40% der Stimmen gewann. Nach dem Wahlerfolg haben die Arbeiter nicht mehr an die einzelnen Parteien gedacht, die die UDP bildeten (MNRI, MIR und Kommunistische Partei Boliviens).

Hinzu kam das, was ich - wohl verstanden - den politischen Verrat des Dr. Siles und seiner Partei nennen würde. Deshalb danke ich Gott und allen Heiligen besonders für das, was jetzt in Argentinien passiert ist: daß da Alfonsín gewonnen hat und nicht Luder! In Bolivien repräsentiert Dr. Siles sozusagen die Vergangenheit, den alten und überholten Populismus - wie der Peronist Luder in Argentinien. Banzer dagegen steht für das demokratisch aufpolierte Gesicht der Diktatur. Für die politische Zukunft Boliviens zeichnet sich übrigens eine fast unvermeidliche Polarisierung ab: auf der einen Seite der Banzerismus als der große Block der Rechten - und auf der anderen Seite der MIR. In der Perspektive der nächsten vier bis fünf Jahre, wenn alle Gruppen des sogenannten "Movimiento" verschwunden sein werden, wird es zwangsläufig zu dieser Polarisierung kommen. Der Banzerismus zeigt sich sehr kohärent und als eine mittlerweile modernisierte Rechte, die nicht mehr auf den Putsch setzt, weil die Putsch-Etappe des Banzerismus bereits vorbei ist. Banzer setzt sozusagen auch auf die Demokratie in diesem Land, weil er davon ausgeht, daß er hier das rechte Zentrum der gesamten konservativen Gruppen sein wird.

Dr. Siles hat den Wahlerfolg der UDP falsch interpretiert. Er ist heute noch davon überzeugt, das Volk habe für den alten Populismus gestimmt und glaubt daher - zusammen mit seiner Partei, der MNRI - der Herrscher des Landes zu sein. Er vergißt völlig, daß es das Wahlbündnis der UDP war, das ihm zum Erfolg verholfen hat. Allein Estenzorro gewonnen. Mir gegenüber stellt er sich ganz formal auf den Verfassungsstandpunkt, wonach der Vizepräsident dem Kongreß vorzustehen hat. Er läd mich nicht einmal mehr - wie am Anfang - zu den Kabinettsitzungen ein.

Das alles hat mit dazu beigetragen, daß die Arbeiter diese Regierung allmählich nicht mehr als "ihre" Regierung ansehen können. Sie verteidigen zwar insgesamt den demokratischen Prozeß, aber diese Regierung ist in ihren Augen früheren Regierungen allzu sehr ähnlich geworden. Der Präsident hat sich von der UDP gelöst bzw. er ignoriert sie. Er agiert daher wie ein Schiff ohne Steuer, sucht sich hier einen unabhängigen Minister und dort einen. Dabei gibt es in der UDP einige hervorragende Fachleute. Aber Siles versucht es lieber mit seinen Unabhängigen.

Mir bleibt angesichts dieser Situation nur die Möglichkeit, mit dem Kongreß zu operieren, was aber sehr schwierig ist bei so vielen Parteien - oder aber die wenigen Gelegenheiten zu nutzen, wenn der Präsident das Land verläßt und ich seine Funktionen voll übernehme.

LN: Hat der Präsident nach der Verfassung die Möglichkeit, die Maßnahmen des Vizepräsidenten - als Interimspräsident - wieder rückgängig zu machen?

J. PAZ Z.: Nein, er hat diese Möglichkeit nicht - und erwürde es wohl auch sonst nicht tun, weil er dann noch stärkere Konflikte mit den Arbeitern fürchten müßte. Vorgestern z.B. ist es mir gelungen, den Streik der Erdölarbeiter durch einige außerordentliche Maßnahmen beizulegen. Wir haben eine Kommission gebildet, die die Arbeitsverträge und die gesamte Situation der Erdölarbeiter, die immerhin 50% der gesamten Devisen des Landes erwirtschaften, überprüfen wird.

LN: Von außen fragt man sich: wann wird es angesichts der internen Konflikte den nächsten Putsch geben? Anders gefragt: welche Unterstützung hat Banzer innerhalb der Streikkräfte?



Jaime Paz Zamora
Vizepräsident der
Republik

J. PAZ Z.: Fast gar keine. Genau aus diesem Grund gibt sich Banzer heute als Demokrat und setzt auf die politische Sammlung der rechten und konservativen Kräfte. Angesichts der Schwäche des Präsidenten wächst jedoch die Anhängerschaft Banzers beträchtlich. Heute dürfte Banzer mit ungefähr doppelt sovielen Stimmen rechnen wie bei den letzten Wahlen. Das ist besorgniserregend.

LN: Was tut der Vizepräsident dagegen - außer der Kritik am Präsidenten Siles Zuazo?

J. PAZ Z.: Dr. Siles und seine Partei begannen bald nach den Wahlen das Gerücht auszustreuen: der MIR will den Putsch. Der nächste Staatsstreich würde direkt hier vom Regierungspalast ausgehen. Wir haben demgegenüber immer klargemacht, daß das bolivianische Volk demokratische Lösungen will und braucht. Es geht schließlich auch darum, die Bolivianer aus dieser falschen Alternative herauszuholen: Siles oder der Putsch!

Wir betonen deshalb immer wieder, daß die Demokratie aus dem Zusammenspiel verschiedener Institutionen besteht. Da ist der Präsident, der nach der Verfassung eine starke Stellung hat. Da ist der Vizepräsident, der ebenfalls direkt vom Volk gewählt ist - völlig unabhängig vom Präsidenten. Da ist der Kongreß, der Oberste Gerichtshof und nicht zuletzt die mächtigen Gewerkschaften unter ihrem Dachverband COB.

Dr. Siles hat ganz bewußt immer wieder behauptet, der MIR, angeführt vom Vizepräsidenten der Republik, würde den "konstitutionellen Putsch" vorbereiten. Das wäre das Schlimmste, was wir tun können; denn dann hätten wir wieder, ob wir es wollen oder nicht, die Militärs an der Macht!

LN: Wie weit macht sich der Präsident aber nicht selbst unglaublich durch solche Behauptungen?

J. PAZ Z.: Das ist tatsächlich eine Gefahr. Es gibt bereits deutliche Abnutzungerscheinungen in diesem Sinne. Das betrifft auch die gesamte Partei des Präsidenten. Jeder weiß und spürt es tagtäglich: das ist eine alte Partei, die die Hoffnungen vieler Leute in diesem Land abtötet.

Die alten politischen Kräfte sind jedoch in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich. Von mir wird öffentlich im Fernsehen behauptet, daß ich wer weiß was in Miami besitze und überhaupt einen zweifelhaften Lebenswandel führe. Es ist schwer, dagegen anzugehen, da ich als Vizepräsident nur wenige direkte Möglichkeiten habe, Zugang zu den Medien zu erhalten. Nur durch meine vielen Reisen in alle Landesteile habe ich diese Vorwürfe in ständigem Kontakt mit der Basis des Volkes neutralisieren können. Es geht ja hier auch immer um Personen. Und meine Person ist den alten Führern ein Dorn im Auge.

In den letzten 15 Jahren hat es überhaupt nur zwei neue Gesichter in der politischen Führerschaft des Landes gegeben: das eine ist Banzer und das andere ist der MIR. Alle anderen stammen aus früheren Epochen. Wenn es gegenwärtig Wahlen in Bolivien geben würde, glaube ich, daß der MIR sie gewinnen würde.

LN: Welche Möglichkeiten der sozialen Kommunikation hat der MIR, hat der Vizepräsident außer dem direkten Kontakt auf Reisen und Versammlungen?

J. PAZ Z.: Viel zu wenige. Da ist einmal die normale Presse, die in privater Hand und überwiegend konservativ ist. Dann ist da das staatliche Fernsehen, zu dem ich zwar auch Zugang habe, aber in der Praxis sehr viel weniger als es nötig wäre. Und vor allem: wir besitzen keine einzige große Radiostation. Auf diesem Gebiet müssen wir noch sehr viel tun.

LN: In anderen lateinamerikanischen Ländern gibt es auch neue politische Kräfte, die in den letzten Jahren stark gewachsen sind - wie zum Beispiel die Christliche Linke in Chile...

J. PAZ Z.: Das ist interessant zu hören, daß die Linkschristen zugenommen haben...

LN: Die führenden Persönlichkeiten dieser Parteien sind allesamt noch jung, könnten also noch lange warten. Andererseits ist es höchste Zeit für Veränderungen. Wie beurteilt der bolivianische Vizepräsident die Gesamtsituation Lateinamerikas angesichts einer verschärften Haltung der USA, angesichts hoher Auslandsschulden und schwererer innerer sozialer Probleme in allen Ländern?

J. PAZ Z.: Ich bin eigentlich sehr optimistisch. Vor allem, weil der politische Bewußtseinsprozeß in den lateinamerikanischen Völkern irreversibel ist. Worin zeigt sich das?

Es zeigt sich z.B. in dem gegenwärtig zuende gehenden Zyklus der Militärdiktaturen - besonders im südlichen Teil unseres Kontinents. Und was an demokratischen Inhalten den Militärdiktaturen folgt, ist qualitativ höher zu bewerten und nicht mit dem zu vergleichen, was vorher da war. Was in Argentinien durch den Amtsantritt Alfonsins passiert ist, ist mehr als nur die Wahl einer bestimmten Person. Es ist eine neue Form von Demokratie, die da entsteht. Und in Chile wird es ähnlich sein. Die sozialen und partizipatorischen Elemente der chilenischen Demokratie sind ein Garant für eine neue Form von Demokratie. In Brasilien und Uruguay wird sich ein ähnlicher Prozeß vollziehen. Das Anwachsen der demokratisch-partizipatorischen Kräfte auf dem gesamten Kontinent ist eine Realität, die nicht weggeleugnet werden kann.

Die große Herausforderung besteht für die lateinamerikanischen Politiker heute darin, einen Weg zu finden, wie sie sich ihre eigene Geschichte, die Geschichte ihrer Völker aneignen können. Auf diesem Weg befindet sich auch der bolivianische MIR: wir versuchen, uns unsere historische Vergangenheit anzueignen, um bessere Lösungen für die Zukunft zu finden. Das ist die Hauptaufgabe der neuen Generation.

Natürlich wird das nicht in jedem Land gleich ablaufen, weil die geschichtlichen Erfahrungen unterschiedlich sind. Es wird ein jeweils spezifischer Prozeß sein. Aber die Notwendigkeit, sich die politische Geschichte anzueignen, besteht für alle Länder des Kontinents. Es wird darauf ankommen, unsere eigenen Werte wiederzuentdecken und auch unsere eigenen demokratischen Institutionen zubegegründen. Unsere Demokratien leben doch von geliehenen Institutionen: unsere Verfassungen sind der nordamerikanischen nachgemacht, und die meisten unserer Institutionen sind die des europäischen Parlamentarismus aus dem vorigen Jahrhundert. Wir müssen uns unsere eigenen Institutionen geben, d.h. vor allem auch unsere eigene soziale und ökonomische Struktur, wenn wir aus der schweren Krise herauskommen wollen. Aber es gibt gute Gründe, die dafür sprechen, dass wir es schaffen.

LN: Was aber ist mit der hohen Auslandsverschuldung? Wird dieser äußere Druck nicht alle guten Vorsätze über den Haufen werfen?

J. PAZ Z.: Wir vertreten die These, daß dieses Problem durch Neuverhandlungen gelöst werden muß. Wir sind nicht für die Einstellung der Zahlungen, wohl aber für die Festlegung neuer Zahlungsbedingungen. Bolivien schuldet z.B. 50% an Staaten und 50% an den IWF bzw. an private Banken. Unsere Hauptgläubiger sind übrigens Argentinien und Brasilien, die ihrerseits selbst hoch verschuldet sind. Es ist übrigens viel leichter, mit Staaten zu verhandeln, weil da auch noch andere als rein finanzielle Kriterien eine Rolle spielen als mit Privatbanken. Mit dem IWF müssen wir natürlich auch verhandeln - aber gewissermaßen das ganze Land und nicht irgend ein Finanzminister mit seinem Aktenköfferchen. Das geht aber nur, wenn wir vorher ein von allen akzeptiertes Konzept für eine nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgearbeitet haben. Um das zu erreichen, braucht man natürlich eine Regierung, die die nötigen politischen und moralischen Fähigkeiten besitzt, um einen nationalen Konsens herzustellen.

LN: Das führt natürlich auch zu der Frage des schmutzigen Kokain-Handels. Viele der "kleinen Fische" sitzen im Gefängnis - aber kann die bolivianische Regierung effektiv etwas gegen die Grossen, gegen die Kokain-Mafia tun? Wie sehen Sie dieses Problem?

J. PAZ Z.: Wir verschließen nicht die Augen vor diesem Problem. Das bedeutet, daß wir zunächst einmal ganz nüchtern feststellen müssen, daß die bolivianische Wirtschaftskrise noch viel katastrophaler wäre, wenn es nicht den Parallelmarkt des Kokain-Geschäftes gäbe. Es ist ein Untergrundmarkt, von dem aber ganze Geschäftszweige leben. Deshalb und wegen der großen internationalen Verflechtung sind überhaupt nur Lösungen denkbar, die global ansetzen. Für die Nordamerikaner scheint das Ganze nur ein moralisch-soziales Problem zu sein, allenfalls noch ein gesundheitliches Problem. Für uns ist es ein moralisches, soziales, gesundheitliches - vor allem aber ein politisches und ein wirtschaftliches Problem, d.h. es trifft uns viel härter als sie. Bisher hat es die junge demokratische Regierung Boliviens noch nicht geschafft, einen nationalen Plan zur Bekämpfung des Kokain-Geschäftes aufzustellen. Es wird auf jeden Fall ein sehr gründlicher und umfassender Plan sein müssen, der sowohl die Bedingungen des Parallelmarktes als auch die internationalen Verflechtungen mitberücksichtigen muß. Direkt oder indirekt lebt ein großer Teil der bolivianischen Wirtschaft vom Kokain-Geschäft, vor allem der Dienstleistungssektor.

Auf meinen Flügen ins Landesinnere gehe ich meistens in das Cockpit der Maschinen. Ein erfahrener und langjähriger Pilot der bolivianischen Fluggesellschaft hat mir dabei neulich erklärt: "60% unserer Passagiere auf der Strecke nach Cochabamba und Santa Cruz haben etwas mit dem Kokainhandel zu tun. Ohne diese Kunden wäre diese Linie jedoch unrentabel und wir müßten den Betrieb einstellen". Das Beispiel zeigt vielleicht am deutlichsten das Ausmaß des Problems.

Bolivien steht seit Jahren auf der Liste der UNO, die die 30 ärmsten Länder der Erde erfaßt. Wir werden daher nur im Rahmen eines wirtschaftlichen Gesamtplanes

alle Probleme in Angriff nehmen können.

Dieser Plan kann nur ein durchdachtes Wirtschaftsprogramm der nationalen Linken sein, das die Zustimmung möglichst weiter Kreise der Bevölkerung findet.

LN: Wir bedanken uns für dieses Gespräch! (Einige Fragen konnten leider aus Zeitmangel nicht gestellt werden)

Der Zauderer will weiterregieren

Schon wieder Regierungskrise

Über einen Monat läßt sich Präsident Siles Zuazo mittlerweile Zeit, um nach dem geschlossenen Rücktritt des Kabinetts am 14. Dezember eine neue Ministerliste aufzustellen. Nach diesem demonstrativen Rücktritt aller Minister und den deutlichen Aufforderungen zum Rücktritt wurden auch die Möglichkeiten eines parlamentarischen Putsches gegen Siles öffentlich durchgespielt. Trotz alledem - er sagte sogar deutlich, daß er in seiner Abwesenheit mit seiner Absetzung rechne - unternahm der Präsident just in diesen Tagen seine bereits geplanten Auslandsreisen zur Andenpaktkonferenz nach Cartagena und zur Amtseinführung von Alfonsín nach Argentinien.

Sicherlich ist die tiefe politische Krise nicht einfach dadurch zu lösen, daß der Präsident die Ministerposten mit Leuten seines Vertrauens neu besetzt - im wesentlichen aus seiner Partei MNRI (Linksnationalistische Revolutionäre Bewegung). Siles griff aber die Aufforderung der Bischofskonferenz auf, die in ihrer Weihnachtsbotschaft eine Regierung der nationalen Verständigung vorschlug, um die Demokratie zu retten und einen Militärputsch zu verhindern. Diese Botschaft betrachtete er als einen Auftrag für ihn, und er stellte sich damit allen Rücktrittsforderungen entgegen. Er besteht vielmehr darauf, seine Amtszeit regulär zu beenden, nur mit Gewalt könne man ihn aus dem Amt entfernen und aus dem Präsidentenpalast tragen, beteuerte er.

Zielscheibe der Angriffe von allen Seiten ist nämlich immer mehr Siles Zuazo selbst, der sich inzwischen fast nur noch auf die Mehrheit seiner Partei MNRI stützen kann. Allerdings zweifelt niemand an einer weiteren Unterstützung durch die Kommunistische Partei und die Christdemokraten. Neben dem Gewerkschaftsverband COB gehört der Vizepräsident der Republik und Generalsekretär des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) Jaime Paz Zamora zu den heftigsten Kritikern des Präsidenten. Aus den Kampfgefährten gegen die Militärdiktaturen und vereint unter dem Banner des Parteienbündnisses UDP (Demokratische Volkseinheit) sind heute erbitterte politische Gegner geworden. (Siehe dazu auch LN 121, S. 40 ff und das Interview mit Jaime Paz Z. in diesem Heft)

Unheilige Allianz

Jaime Paz geht soweit, daß er den Staatspräsidenten und sein Kabinett der Unfähigkeit zeigt, und er weist im Gegenzug auf die Verdienste und die Bedeutung seiner eigenen Partei hin. Schützenhilfe bekommt der Führer der größten linken Partei im Parlament ausgerechnet von den Parteien des rechten Spektrums. Ex-Diktator General a.D. Banzer und seine Partei ADN (Nationaldemokratische

Aktion) haben bereits öffentlich, wie z.B. am 22. November gegenüber der argentinischen Tageszeitung 'La Prensa', erklärt, Siles solle durch das Parlament des Amtes enthoben werden und der Vizepräsident Paz Zamora solle als Präsident aufrücken.

Auch Paz Estenssoro, wie Siles einer der großen alten Männer der Revolution von 1952, versucht, die Krise und die verworrene Situation, in die sich Siles manövriert hat, doch noch für sich zu nutzen. Die alte Masche der Wiedervereinigung aller MNR-Parteien



Ex-General Banzer

Paz Estenssoro

Paz Zamora

stieß allerdings bei Siles auf taube Ohren. Danach wurde aus den Reihen um Paz Estenssoro eine Verfassungsklage gegen die Regierung beim Obersten Gericht eingereicht. Die obersten Richter sollen prüfen, ob die Wirtschaftsmaßnahmen nicht gegen die Verfassung verstoßen. Der Senator Arellano der Paz Estenssoro-Partei (MNRH) schlug, wie bereits Banzer, im Senat die Absetzung von Siles vor, da nur so eine Lösung zu finden sei.

Die Palette der Möglichkeiten, wie man aus der politischen Krise herausfinden will.

- Absetzung des Präsidenten Siles Zuazo und Einsetzung des verfassungsmäßigen Nachfolgers Vizepräsident Paz Zamora,
- Ansetzen von Neuwahlen,
- Neues Kabinett aus Vertrauensleuten des Präsidenten,
- Neue Regierung auf breiterer Basis mit Unterstützung aller fortschrittlichen Parteien, wie es z.B. ein Vertreter der Kommunistischen Partei und die COB vorgeschlagen haben.

reduziert sich bei genauer Prüfung der verfassungsgemäßen Möglichkeiten auf die beiden letzten. Durch die Weigerung des Präsidenten, zurückzutreten bleiben als Verfassungslösungen nur diese beiden übrig. Denn die Verfassung gibt dem Präsidenten eine starke Stellung und sieht eine Absetzung durch das Parlament nicht vor, da er direkt vom Volk gewählt ist. In diesem Falle nützt der Opposition ihre Parlamentsmehrheit nur begrenzt etwas. Sie kann Gesetzesinitiativen der Regierung blockieren und eigene Vorlagen durchsetzen; sie kann die Regierung aber nicht direkt absetzen.

Regierung heizt Inflation an

Das Faß zum Überlaufen brachten die erneuten Wirtschaftsmaßnahmen, die die Regierung am 17. November verkündete. Sie zeigen keine Handschrift einer entschlossenen und engagierten Regierung. Es sind vielmehr die unveränderte Weiterführung des seit Jahren praktizierten Konzepts, das im wesentlichen die für die Bevölkerung schmerzhaften Auflagen für einen Kredit des Internationalen Währungsfonds IWF, diesmal 350 Mio US\$, erfüllt.

Das sog. Wirtschaftspaket besteht aus 20 Einzeldekreten, die im einzelnen als Kernstück die Abwertung und die Preiserhöhungen haben. Der bolivianische Peso wurde drastisch um 150%, von 200 auf 500 Pesos für einen US\$ abgewertet. Inzwischen ist aber der Schwarzmarkt weiter davon geeilt und bei der fast dreifachen Rate angelangt. Weitere Maßnahmen sind die bereits erwarteten, aber sehr drastisch ausgefallenen Preiserhöhungen für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln, wie Zucker, Fleisch, Milch, Brot usw. sowie die Anhebung der Treib- und Brennstoffpreise, Transport- und Stromtarife um zwischen mindestens 70, aber in vielen Fällen bis zu 200%.

Auf diese drastischen Preisanhebungen reagierten die Gewerkschaften mit einem Aufruf zu allgemeinen Protestkundgebungen. Die zentrale Forderung der Gewerkschaften war die Einführung eines Mindestlohnes, um wenigstens die größten Härten dieses massiven Kaufkraftverlusts auszugleichen. Der Mindestlohn sollte von rund umgerechnet 230 DM auf 400 DM angehoben werden und ein zusätzlicher Inflationsausgleich vereinbart werden (salario mínimo vital con escala móvil). Dieser Inflationsausgleich ist der wohl wichtigste Teil der Forderung. Denn die Inflationsrate wird von offiziellen Stellen für 1983 auf etwa 300% angesetzt. Die von der Regierung verordneten Preiserhöhungen treiben die Inflation noch weiter in die Höhe und jede einmal vereinbarte Lohnerhöhung wäre in kurzer



Zeit von der Preissteigerung überholt. Aus diesem Grund konnte die Gewerkschaft auch jedem Aufschub nicht zustimmen, da jeden Monat rund 30% der Kaufkraft von der Inflation weggefressen werden.

Die COB drohte der Regierung am 21. November mit einem 24stündigen Generalstreik, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Streik blieb aber letztendlich erfolglos. Auch die einzelnen Proteststreiks der vorangegangenen Zeit beeindruckten die Regierung nicht, sorgten aber insgesamt für eine Zuspitzung des sozialen

Klimas. Die öffentlichen Angestellten streikten bereits im Oktober und beendeten ihren Ausstand erst, als Anfang November eine paritätisch besetzte Kommission die Lohnforderungen prüfte und einen Vorschlag ausarbeitete, eben die Erhöhung von 230 auf 400 DM umgerechnet als Mindestlohn.

Als dieser Kompromiß nicht unmittelbar als Ausgleich nach dem Wirtschaftspaket in Kraft trat, streikten die Telefon- und Postangestellten. Obwohl die Regierung sie dienstverpflichtete, erreichten nur wenig Briefe die Adressaten. Auch andere Branchen wurden bestreikt und die Bergleute von Caracoles begannen einen Hungermarsch nach La Paz. Der Finanzminister Baptista Gumucio betonte, die Forderungen nach höheren Löhnen überforderten bei weitem die finanziellen Möglichkeiten des Staates und lehnte sie deshalb ab.

Auch die der Unternehmenseite zuzurechnenden Transportunternehmer streikten gegen die Regierungsdekrete. Ihnen waren die zugelassenen Erhöhungen für ihre Tarife nicht ausreichend. Sie begründeten dies mit den gleichzeitig gestiegenen Treibstoffpreisen. Dadurch zwangen sie die Regierung, ihnen eine Überprüfung der Tarife zuzusichern - was der Gewerkschaft nicht gelungen ist.

Da die Regierung auch weiterhin keinerlei Bereitschaft zeigte, eine Korrektur der Wirtschaftsmaßnahmen vorzunehmen oder auf die gewerkschaftlichen Forderungen einzugehen, hielt die COB am 6. Dezember eine Nationale Versammlung ab, auf der die Situation diskutiert wurde und für den 13. und 14. Dezember ein Generalstreik beschlossen wurde. Diese Aktionen gipfelten in immer lauter werdenden Forderungen nach dem Rücktritt von Präsident und Regierung aus fast allen Teilen der Bevölkerung. Die COB erneuerte ihre Forderung und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. Sie verband diese Forderung aber mit den Bedingungen einer wirklichen Machtbeteiligung der Gewerkschaften (siehe LN 118/119, S.85 ff). Die Regierung war, wie erwähnt, jedoch nicht bereit, Zugeständnisse zu machen, statt dessen spitzte sich die Krise weiter zu und führte am 14. Dezember zum Rücktritt der gesamten Regierung.

Begleitet wurde in diesen Wochen die allgemeine Unsicherheit durch eine weitere Zuspitzung des politischen Klimas durch Bombenanschläge und andere Terrorakte. Am 19. November explodierte eine Bombe im Parteibüro der Partei des Staatspräsidenten MNRI, bei der glücklicherweise niemand verletzt wurde. Auch die Ermordung eines Offiziers sollte wohl im voraus eine Begründung schaffen, um gegebenenfalls einen Militärputsch zu rechtfertigen. Auch wenn die Militärs nicht einig sind in der Einschätzung, so ist doch diese Gefahr bei einer politischen Krise in Bolivien immer gegeben.

Der Präsident Siles Zuazo selbst beschwor in seinen öffentlichen Auftritten immer wieder 'alle Machenschaften' gegen die Regierung. In der Departamentshauptstadt Trinidad im Tiefland gab er in seiner Rede deutliche Warnungen an seine Gegner von beiden Seiten, indem er sie bezichtigte, hinter den Angriffen auf ihn ihre eigenen Ambitionen zu verstecken. Aus dieser anklagenden Defensivhaltung muß der Präsident jetzt heraustreten, wenn er Glaubwürdigkeit zurückgewinnen will, die er dringend benötigt, will er die Krise nur annähernd in den Griff bekommen.

QUELLEN: Aqui; CEA; FAZ; Latin American Newsletters; SZ; TAZ

ARGENTINIEN

Lernprozesse?

In den Wochen nach dem Regierungsantritt Alfonsins tauchte ein Thema verstärkt in den bundesdeutschen Medien auf: die Menschenrechtsverletzungen der argentinischen Militärs. Dabei stand das Problem der Verschwundenen im Vordergrund. Die Reaktion der bundesdeutschen Politiker auf die Enthüllungen der neuen argentinischen Regierung sind besonders im Hinblick auf den "Einsatz" des Auswärtigen Amtes für die deutschen Verschwundenen Anlaß zu folgendem Artikel.

"Folterknechte argentinischer Militärdiktatoren haben über 1000 Regimegegner ins Meer geworfen und ermordet. Sie wurden betäubt, ausgezogen, wie Würste zu einer Kette gebunden und in die Tiefe gestoßen, berichtet ein Offizier. Täglich werden jetzt Greuelthaten der ehemaligen Militärjunta bekannt. Rund 30000 Menschen sind spurlos verschwunden - auch 71 Deutsche. Es ist möglich, daß auch einige von ihnen ins Meer gestürzt wurden."

Wer glaubt, gerade eine Passage aus dem Bericht einer Menschenrechtsorganisation gelesen zu haben, der irrt. Dies ist der Aufreißer der Bild-Zeitung vom 5.1.1984. Nach dem Amtsantritt des Präsidenten Alfonsin kam es endlich ans Licht: gegen Militärdiktaturen waren unsere deutschen Spitzenpolitiker ja schon immer, gegen die Folter sowieso, und für die Verschwundenen, besonders natürlich die deutschen und deutschstämmigen, hat man sich auch schon immer eingesetzt.

Die Politik des Auswärtigen Amtes

Schon in den ersten Jahren der argentinischen Militärdiktatur verschwanden neben tausenden von Argentinern auch über 50 deutsche oder deutschstämmige Bürger. Der bekannteste von ihnen ist zweifellos Klaus Zieschank. Auch die Ermordung von Elisabeth Käsemann am 24.5.1977 ist Vielen noch im Gedächtnis.

Um zu sehen, wie sehr sich die Bundesregierung und die deutsche Botschaft für ihre Staatsbürger in Argentinien eingesetzt haben, sollte man sich noch einmal den "Fall" Klaus Zieschank ins Gedächtnis zurückrufen. Im März 1976 besuchte er Argentinien, am 26.3. wurde er dort festgenommen, was seine Mutter bezeugen kann. Zu der Zeit war Schmidt Bundeskanzler und Genscher Außenminister. Seine Mutter schaltete nach seiner Verhaftung sofort mehrere Organisationen, u.a. ai, Jusos, ESG ein und verständigte die deutsche Botschaft. Diese unternahm jedoch nichts. Mitte April appellierten 27 SPD-Bundestagsabgeordnete an das Auswärtige Amt; es bildete sich die "Initiative Freiheit für Klaus Zieschank". Doch erst am 7.7.76 schrieb Schmidt, wie man später erfuhr, einen Brief an Videla, der übrigens nie veröffentlicht wurde. Am 15.7. erhielt die Initiative einen Brief des Auswärtigen Amtes, in dem es hieß: "Die argentinischen"

sche Regierung hat immer geantwortet, sie wüßte nichts über den Verbleib unserer beiden Staatsangehörigen (Klaus Zieschank und Peter Falk, d.A.). Wir haben z.Z. keinen Anlaß, an der Aufrichtigkeit dieser Erklärung zu zweifeln." (vergl. LN 40). Zwar wurde später das Beweismaterial, das die Verhaftung belegte, doch anerkannt, dies änderte aber nichts an der passiven Haltung der Bundesregierung. Man setzte auf die Aufrichtigkeit eines Regimes, von dem schon Mitte '76 feststand, daß es seine zahlreichen politischen Gefangenen foltern ließ.



Verschleppt: Klaus Zieschank



Gefoltert: Klaus-Dieter Genut

Die Bundesregierung hat zu keiner Zeit die Menschenrechtsverletzungen an Argentinern und Deutschen öffentlich verurteilt. Ein Vergleich: Als 1967 Regis Debray in Bolivien verhaftet wurde, startete de Gaulle eine weltweite Kampagne, um sein Leben zu retten. Immer wieder hatte sich gezeigt, daß die Ausübung massiven politischen und wirtschaftlichen Drucks recht wirkungsvoll ist. Die deutsche Botschaft setzte dagegen auf die "stille Diplomatie".

Im Frühjahr '76, als es schon detaillierte Dokumente der argentinischen Menschenrechtskommission über politische Gefangene, Folter, Morde und Konzentrationslager gab, beurteilte der deutsche Botschafter Jénicke die Militärdiktatur folgendermaßen: "Man wird mit dem Schlagwort oder dem Klischee Militärdiktatur der sehr komplexen Lage in Argentinien nicht gerecht. Es ist richtig, daß in Argentinien das Militär an der Wende des Jahres 1975/76 die Macht übernommen hat. Es ist aber ebenso richtig zu sehen, daß die Militärs nur ein Ziel haben, nämlich wieder die Macht in die Hände der Zivilisten zurücklegen zu können..." (vgl. LN 59)

Es war zur Zeit der Militärdiktatur für die Bundesregierung opportun, den Aussagen der Militärs Glauben zu schenken (so wie es heute opportun erscheint, ihre Menschenrechtsverletzungen anzuprangern). Die BRD hatte und hat nämlich enge wirtschaftliche und militärische Verbindungen zu Argentinien. Man denke nur an die Lieferung von Rüstungsgütern, die aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung u.a. auch von der IG Metall beilligt wurde. Amnesty International, das in den letzten Jahren häufig die "stille Diplomatie" der deutschen Botschaft kritisierte, schrieb im Frühjahr 1983, daß die Wirtschaftsbeziehungen der BRD zu Argentinien "nie dagewesene Umsätze" erreicht hätten und daß die BRD "zum Hauptwaffenlieferant der argentinischen Militär-Junta aufgestiegen" ist.

Die deutschen Direktinvestitionen nach Argentinien waren nach dem Putsch sprunghaft angestiegen. Unter den größten Unternehmen des Landes befinden sich zwar nur zwei bundesdeutsche (Mercedes und Siemens). Dennoch spielen sie in ihrer Branche eine große Rolle: so liefert z.B. Mercedes 95 % aller im städtischen Verkehrsnetz von Buenos Aires fahrenden Busse.

Das Geschäft floriert. Auch der 1980 abgeschlossene Vertrag der Kraftwerksunion mit der Nationalen Atomenergiekommission Argentiniens über den Bau des Kraftwerks Atucha II wurde allgemein bejubelt, ging es doch vermeintlich um deutsche Arbeitsplätze. Dieses Geschäft wurde über einen 1,7 Mrd. DM-Kredit finanziert, von dem die Hälfte von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung gestellt wurde. Da wundert es natürlich niemanden mehr, daß man in Bonn und in der deutschen Botschaft keine große Lust hatte, um irgendwelche Verschwundenen großen Wirbel zu machen und so eventuell die deutschen Kapitalinteressen zu gefährden. Da glaubt man doch lieber an die Aufrichtigkeit der Militärs, denn: "Ein verkaufter Mercedes wiegt zweifellos mehr als ein Leben." (Prof. Käsemann)



Demonstration bei einem Empfang der argentinischen Fregatte "Libertad" durch den Bremer Senat am 2.8.1980

Die Kritik an der "Hilflosigkeit" der deutschen Botschaft, die über die Jahre hinweg immer stärker wurde und durch die sich das Auswärtige Amt und H.-D. Genscher schließlich eine Klage wegen Unterlassener Hilfeleistung einhandeln ließen, wurde auch im März 1983 wieder einmal direkt geäußert, als zwei Delegierte der "Mütter des Plaza de Mayo" von Genscher empfangen wurden. Eine der beiden Frauen forderte Genscher auf, bei Kreditgeschäften mit der argentinischen Regierung als Mindestbedingung die Aufklärung der Schicksale der Deutschen zu fordern. Seine Antwort darauf war Schweigen.

Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, erklärte später zu den Vorwürfen der Delegierten: "Wenn die beiden Vertreterinnen von Familienangehörigen deutscher und deutschstämmiger Verschwundener in ihrem sehr verständlichen Kummer der deutschen Öffentlichkeit nunmehr darzulegen versuchen, die deutsche Botschaft in Buenos Aires und damit das Auswärtige Amt und die Bundesregierungen

hätten in den letzten Jahren im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Staaten versäumt, sich hinreichend für die Verschwundenen einzusetzen, so ist dies eine wahrheitswidrige Behauptung, die ich namens der Bundesregierung entschieden zurückweisen muß. Sie läßt ganz bewußt den entscheidenden Unterschied zwischen Verschwundenen und politischen Häftlingen außer acht... Die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung bleibt erfolgsorientiert." Zu dieser Erfolgsorientierung meint Konsul Born: "Ehrlich gesagt, wir haben nichts erreicht." (Zeit vom 1.7.83) Welchen Erfolg meint Herr Mertes also- und für wen?

Neue Töne?

Schon bei der Amtseinführung Alfonsins ließ Geißler verlauten, die Bundesregierung werde ihre Menschenrechtspolitik wie bisher weiterführen. Und wer am 22.12.83 in der FR las, daß Geißler den Militärdiktaturen Lateinamerikas, besonders der chilenischen, eine Absage erteilt habe, der mußte sich doch zunächst sehr wundern, zumal, wenn er an die Äußerungen von CDU+CSU-Politikern nach dem Militärputsch in Chile 1973 dachte. Haben sich etwa in unserer Regierung Lernprozesse durchgesetzt?

Was die Frage der Menschenrechte angeht sicherlich nicht. Aber man hat gelernt, daß man jetzt vor einer veränderten Situation steht. Man hat gelernt, daß die Militärs abgewirtschaftet haben und man sich nach neuen Geschäftspartnern umsehen muß. Man hat gelernt, flexibel zu sein. Natürlich wußten unsere Politiker auch schon vorher von den Menschenrechtsverletzungen in Argentinien; sie wurden ja ständig dokumentiert. Die jetzigen Enthüllungen der neuen Regierung Alfonsins bedeuten trotzdem eine große Leistung, die zu würdigen ist. Wenn CDU-Politiker und Bild-Zeitung sich jedoch vermeintlich auf die Seite derjenigen stellen, die jahrelang gegen Folter und Verschwindenlassen von Menschen protestiert haben und dabei auf die Vergeßlichkeit der Leute spekulieren, dann ist dies eine Heuchelei sondergleichen. Denn: ob Diktatur, ob Demokratie- wen kümmerts? Hauptsache der Rubel - pardon, die DM- rollt.

CHILE

Interview mit Ricardo Lagos

Ricardo Lagos, Rechtsanwalt, Mitglied der Sozialistischen Partei Chiles, war bis zum 31.12.83 Vorsitzender der "Demokratischen Allianz" - dem oppositionellen Bündnis, dem die Christdemokraten, die Radikale Partei und ein Teil der Sozialisten angehören.

Neben der Demokratischen Allianz gibt es noch den "Sozialistischen Block", dem die nicht-leninistischen linken Parteien angehören, und die "Demokratische Volksbewegung" MDP, die im wesentlichen aus der Kommunistischen Partei besteht.

Das Interview wurde Mitte Dezember 1983 in Santiago de Chile geführt.

LN: Seit Mai 1983 hat es eine Serie von "Nationalen Protesttagen" in Chile gegeben.

Am 18. November fand im O'Higgins-Park von Santiago mit über 500.000 Teilnehmern die bisher größte Protestkundgebung seit 1973 statt. Doch die Militärdiktatur sitzt nach wie vor fest im Sattel. Welches Ereignis könnte nach Meinung der Demokratischen Allianz für Chile jene Qualität bekommen, die der Malvinen-Krieg für Argentinien gehabt hat, d.h. die zum Sturz der Militärs führen wird?

RICARDO LAGOS: Es ist sehr schwer zu sagen, welcher Sprengsatz (detonante) die Diktatur zu einem bestimmten Zeitpunkt beseitigen wird. Wie Sie in Ihrer Frage sehr richtig sagen, bildeten die Malvinen einen solchen Sprengsatz für die Militärs in Argentinien. Für die griechische Diktatur war es ein anderer Konflikt. Aber man kann natürlich nicht sagen, daß die Diktaturen nur stürzen, wenn es einen äußeren Konflikt gibt.

Ihre Beobachtung ist richtig, daß es zuerst die Nationalen Protesttage gab, dann diese riesige Kundgebung im November, daß sich die Regierung aber kaum von ihrer harten Position wegbewegt hat. Trotzdem hat die Opposition in Chile bereits gewisse Freiheitsräume erkämpft. Es kann sogar sein, daß das nicht von langer Dauer ist. Deshalb ist die entscheidende Frage: wie kann die Opposition, ausgehend von diesen eroberten Freiräumen, den Druck so verstärken, daß sie zusätzliche Räume erkämpft?! Denn wenn wir das nicht schaffen, werden wir bald zu einer Opposition innerhalb des Systems. Dann können wir jeden Monat oder meinetwegen auch alle zwei Wochen protestieren - und nichts wird sich bewegen!

Nach dem großartigen Nachmittag im O'Higgins-Park heißt die Frage: was ist der nächste Schritt?

Es ist allerdings schwierig, darauf nur eine einzige Antwort zu geben, nur ein Rezept anzubieten. Die Demokratische Allianz hat den Weg einer Mobilisierung ihrer sozialen Basis beschritten. Die Protesttage waren am Anfang fast so etwas wie der individuelle Protest eines jeden Einzelnen zuhause oder allenfalls in seinem Auto unterwegs. Demgegenüber war der O'Higgins-Park schon eine kollektive Mobilisierung, die aber mit der Zeit auch nachlassen kann.

Was wir in unseren Versammlungen beraten, ist die Bildung einer Organisation an der Basis, die in der Lage ist, auf Dauer die Oppositionshaltung durchzustehen. Keine Organisation, die sich einmal trifft und dann wieder verschwindet. Nur wenn wir eine solche dauerhafte Organisation haben, können wir andere Formen finden, um dem Regime zu begegnen.

Auch 1931 gab es eine Militärregierung in Chile. Jenes Regime fiel damals als Folge eines nationalen Generalstreiks. Aber von einem solchen Streik sollte man solange nicht reden - abgesehen davon, daß man sich dadurch heute in Chile außerhalb des Gesetzes bewegt -, solange man nicht in der Lage ist, ihn auch durchzuführen. Das aber kann nur geschehen, wenn durch eine soziale Organisation an der Basis ein starkes und dauerhaftes Bewußtsein erreicht wird.

LN: Ich möchte lieber einmal in die andere Richtung spekulieren. Nehmen wir an, der General Pinochet stürzt aus ganz anderen, uns bisher unbekanntem Gründen, in den nächsten Monaten. Würde die Demokratische Allianz dann als politische Koalition die Macht allein übernehmen, d.h. ohne die direkte Unterstützung der übrigen Opposition, des Sozialistischen Blocks und der Demokratischen Volksunion?

RICARDO LAGOS: Nein. Wenn es zum Sturz der Regierung kommt, wird eine Übergangsregierung gebildet werden müssen. Diese provisorische Regierung ist nur denkbar, wenn sie die Unterstützung der gesamten Opposition hat. Ich sage nicht, daß zwangsläufig die gesamte Opposition diese provisorische Regierung stellt. Aber um noch einmal das argentinische Beispiel heranzuziehen: als Galtieri stürzte, folgte ihm Bignone. Und jedem in Argentinien war klar, daß Bignone nur eine Übergangsregierung auf dem Wege hin zu etwas ganz anderem bilden würde. Die argentinische "Multipartidaria" war nicht Bestandteil der Regierung Bignone, aber während der gesamten Übergangszeit gab es einen entscheidenden Konsensus in Richtung Demokratie.

Im Falle Chiles wird es wahrscheinlich etwas anders sein, denn die Übergangsregierung wird voraussichtlich keine Militärregierung mehr sein. Sie wird aber eine feste Unterstützung der gesamten Opposition benötigen. Denn diese Regierung wird mit den schweren Problemen der Arbeitslosigkeit, der hohen Auslandsschulden, der ganzen Wirtschaftsmisere konfrontiert werden. Die Gesamtheit der sozialen Spannungen wird sich entladen - einfach, weil sie sich freier zum Ausdruck bringen können als das heute möglich ist. Das alles verlangt nach einer stabilen Führung, die nur durch die Unterstützung aller oppositionellen Gruppen denkbar ist. Es dürfte ungefähr so sein wie nach dem II. Weltkrieg in Deutschland...

LN: Gibt es so etwas wie einen institutionalisierten, d.h. permanenten Kontakt zwischen der Demokratischen Allianz und den übrigen Fraktionen der Opposition?

RICARDO LAGOS: Das ist im Moment nicht unbedingt nötig. Außerdem gibt es die Kontakte allein schon innerhalb der Parteien. Meine Partei (die Sozialisten) ist in allen drei Gruppierungen zu finden. Und die Kundgebung im O'Higgins-Park hat bewiesen, daß die Demokratische Allianz auch die anderen Kräfte der Opposition zusammenrufen kann. Dort haben nämlich alle teilgenommen. Wir vertreten auch nicht eine Politik des Ausschlusses gegenüber bestimmten Gruppen der Opposition (gemeint sind die Kommunisten, der Interviewer). Auf der Ebene der gemeinsamen Mobilisierung gibt es sogar sehr gute Kontakte zwischen allen. Wir arbeiten auf einen großen demokratischen Kompromiß hin: eine Liste gemeinsamer Punkte, die einen gewissen verbindlichen Charakter für alle Sektoren im Hinblick auf die Zukunft haben wird.

LN: Könnte man also sagen, daß heutzutage der Minimalkonsens zwischen der Demokratischen Allianz und der übrigen Opposition bereits über den einen Punkt - des Sturzes der Diktatur - hinausgeht?

RICARDO LAGOS: Es ist klar, daß sich ein Konsensus entwickeln muß zu der Frage, was nach Pinochet geschieht, ein Konsensus über das demokratische System im zukünftigen Chile, über die demokratischen Institutionen, über den Pluralismus der Parteien, über den Zugang zur Macht, über die Menschenrechte entsprechend der allgemeinen Erklärung durch die UNO, über bestimmte individuelle Grundrechte. Das ist ein Feld, auf dem es keine Diskrepanzen geben darf nach alledem, was in Chile passiert ist. Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß es dabei in Zukunft irgendwelche Ausschlüsse geben sollte. Denn die politischen Gruppierungen, die in den demokratischen Institutionen, im Parlament und in den Gewerkschaften tätig sind, sind dieselben, die es schon vor 40, vor 20 oder vor 11 Jahren gegeben hat.

LN: Bestünde für die Demokratische Allianz nicht eine ähnliche Gefahr auseinanderzufallen, wie das bald nach den Wahlen in Bolivien mit dem Mitte-Links-Bündnis der UDP geschehen ist, zumal die Demokratische Allianz eher noch heterogener zusammengesetzt ist? Könnte das vielleicht schon in der Phase der Übergangsregierung passieren?

RICARDO LAGOS: Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Demokratische Allianz in der Phase der Übergangsregierung verschwindet. Denn, wie ich schon sagte, diese provisorische Regierung wird eine breite Unterstützung benötigen, wenn sie ihr Ziel erreichen will. Dieses Ziel wird sein: die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die ihrerseits dann den Aufbau demokratischer Institutionen in Angriff nimmt. Chile ist zudem ökonomisch so zerstört, daß wir ohne einen breiten Konsensus nicht vorankommen können.

LN: Die abschließenden Fragen beziehen sich auf das Exil. Eine Antwort darauf interessiert vielleicht die Chilenen in Europa augenblicklich mehr als die Chilenen im Lande. Wie sieht die Demokratische Allianz dieses schwere Problem?

RICARDO LAGOS: In der politischen Plattform der Demokratischen Allianz nimmt das Exil innerhalb des Abschnitts über die Menschenrechte einen bedeutenden Platz ein. Niemals hat es in unserer Geschichte so viele Chilenen gegeben, die so lange zwangsweise außerhalb ihrer Heimat leben mußten. Natürlich sagen wir: alle sollen zurückkommen. Ich frage mich aber: wieviele werden nach über zehn Jahren tatsächlich zurückkommen?

Wer heute als Chilene in Deutschland einen 20-jährigen Sohn hat, für den bedeutet die Rückkehr u.U. die dauerhafte Trennung von seinem Sohn.

Die Kinder der Exilierten stellen für mich das größte Problem dar. Für viele ist doch das Problem, daß sie sich nur zwischen zwei verschiedenen Trennungen entscheiden können. Entweder kehren sie allein nach Chile zurück und trennen sich so von ihren Kindern - oder sie bewahren die Einheit der Familie und bleiben ständig von ihrer Heimat getrennt. Das andere Problem ist, daß viele im Exil noch das Chile von 1973 in Erinnerung haben. Sie können sich das Chile von heute gar nicht vorstellen. Die Veränderungen, die es in dieser Zeit gegeben hat, sind aber sehr tiefgreifend.

Ich kann mich noch an das Trauma der spanischen Republikaner erinnern, an deren Versammlungen ich als junger Mann oft teilgenommen habe. Viele von ihnen befinden sich noch heute in Chile!

Einerseits ist es leicht zu sagen: wenn das Regime fällt, können alle zurückkommen. Andererseits wird ein gründliches Studium des ganzen Dramas ergeben, daß viele nicht zurückkommen werden und andere bei ihrer Rückkehr ihre Familien zerschneiden. Was diejenigen anlangt, die nicht zurückkehren werden, so muß ich sagen, daß ich sie gut verstehen kann. Das politische Schicksal hat sie zehn Jahre ihres Lebens in ein anderes Land verschlagen; aber es ist natürlich auch ihr persönliches Schicksal. Ich verstehe es daher nicht als einen Akt des "Vaterlandsverrats", wenn sie nicht zurückkehren.

LN: Das chilenische Exil hat aber auch mindestens eine positive Seite. Chile ist dadurch nicht nur ein "Fall" geblieben, bestenfalls für die Geschichtsbücher in den Schulen geeignet. Sieht man das in Chile auch so?

RICARDO LAGOS: Ich glaube tatsächlich auch, daß Chile durch das Exil in aller Welt sehr präsent geblieben ist. Die Welt hat dieses Drama ständig zur Kenntnis nehmen müssen.

Die chilenische Gesellschaft hier hat aber die Rolle anerkannt, die das Exil im Ausland gespielt hat. Wie aber wird sich Chile in Zukunft verstehen? Wenn zum ersten Mal in unserer Geschichte eine sehr große Zahl chilenischer Intellektueller und Künstler ein demokratisches Chile von außen betrachtet? Die Perspektive ist natürlich ganz anders, ob man Chile von Santiago oder von Hamburg aus betrachtet.

Mit diesem Aspekt werden wir wohl noch viele Jahre leben müssen.

Generalstreik oder "freiwilliger" Rücktritt?

Pinochets letzte Saison

Rechtzeitig vor Ausbruch der großen Sommerferien im Januar und Februar erreichte die Gerüchteküche ihren Siedepunkt. Da schien so manches gar zu werden, was gestern noch als ungenießbar galt.

Pinochets ehemalige Justizministerin, Monica Madariaga, begab sich kurz vor dem Jahreswechsel nach Spanien, um aus der Geschichte des ehemaligen Mutterlandes zu lernen: wer in wenigen Jahren den Übergang von Franco dem Grausamen über Suarez zu Felipe dem Prächtigen geschafft hat, der schien als Vorbild für das Chile der 80er Jahre gerade recht! Und so erklärte die des Amtes entkleidete Monica M. unerschrocken vor der Presse, daß sie für ihren (immer noch von ihr hoch verehrten) ehemaligen Chef dabei sei, eine "Franco-Lösung" zu erkunden. Wenige Tage, nachdem er eben noch fünf junge ETA-Kämpfer - gegen weltweiten Protest - exekutieren ließ, starb der spanische Caudillo bekanntlich in seinem Bett. Aber Monicas Vorsorge galt wohl weniger dem Hinscheiden als dem Ausscheiden Pinochets (aus dem Amt).

Franco konnte "sein Haus" einigermaßen geregelt hinterlassen. Noch zu seinen Lebzeiten wurden die Weichen für den Übergang gestellt.

Und Augusto der Schreckliche plant offenbar Ähnliches.

Jedenfalls soll Monica dem sympathischen Felipe Gonzalez gesteckt haben, daß 1984 mit Pinochets freiwilligem Rückzug aus dem Amt zu rechnen sei. Das wurde natürlich von allen möglichen Seiten als übles Gerücht dementiert. Aber wie LN aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren hat, ist eine entsprechende Äußerung tatsächlich in Madrid gefallen. Fragt sich also nur, ob mit oder ohne Wissen Pinochets.

Parallel zu dieser Information, deren Gerüchte-Charakter wir strikt zurückweisen, erreichte uns aus Chile ein wirkliches Gerücht: Pinochet habe sich für den 1984 geplanten Rückzug aus der großen Politik einen ganz besonderen Clou ausgedacht, um seinen Landsleuten ewig in guter Erinnerung zu bleiben.

Er wolle zufrieden zurücktreten, so das Gerücht, wenn es ihm gelungen sei, beim Vatikan durchzudrücken, daß der Padre Hurtado, ein in Chile hoch angesehener Priester, der Gründer des "Hogar de Cristo", einer landesweiten karitativen Organisation, die sich um Waisen und Wittwen kümmert, heiliggesprochen werde.

An dieser Stelle müssen wir unsere nicht-katholischen Leser um Nachsicht bitten.

Aber vielleicht gelingt es wenigstens dem einen oder anderen, sich in die Gemüts- und Seelenverfassung des chilenischen Durchschnittskatholiken hineinzusetzen! Dann wird er nämlich - sicher mehr intuitiv als intellektuell - erkennen, welcher generöser Zug sich Landesvater Augusto da ausgedacht hat für seine Kinder. Und vielleicht ahnt er (der nicht-katholische Leser der LN) sogar, welches tiefes Gefühl der Dankbarkeit die Chilenen ihrem Landesvater nachtrauern werden. Sicher, er war zuweilen ein etwas strenger Vater. Aber was ist das schon gegen eine richtige Heiligsprechung?! Besonders in der historischen Rückschau. Doch von Heilsgeschichte soll hier nicht die Rede sein - zumal wir uns nicht dem Verdacht aussetzen wollen, zu einer Art theologischen Fachzeitschrift zu werden.

Oder ist das mit der Heiligsprechung des Padre Hurtado am Ende doch kein Gerücht?

Kein Gerücht ist jedenfalls, daß Pinochet sich seit Beginn der 70er Jahre dem Opus Dei heftig angenähert hat. Kein Gerücht ist ferner, daß diese erzkonservative, um nicht zu sagen rechtsradikale Mafia innerhalb der Katholischen Kirche unter dem jetzigen Papst eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Man fragt sich, wenn man Lo-

gik hat, ob da nicht doch ein gewisser Zusammenhang mit Pinochets Wunschvorstellung in Sachen Padre Hurtado besteht.

Kein Gerücht ist ferner, daß die andere Alternative, wie die Chilenen Pinochet loswerden könnten, ein gut vorbereiteter Generalstreik ist. Dieser könnte frühestens

im Mai oder Juni durchgeführt werden. Sein Erfolg hängt jedoch nicht so sehr von einer perfekten Organisation und Vorbereitung, sondern von der politischen Einigkeit der gesamten Opposition ab.

Und da, so scheint es uns, hapert es noch.

Wenn auch - wie es im Interview mit Ricardo Lagos zum Ausdruck kommt - die Opposition schon einige Fortschritte erzielt hat; wenn auch der Wunsch nach politischer Einigkeit im Inneren viel größer ist als im Exil; wenn auch die Opposition faktisch keine andere Wahl hat, es sind noch all zu viele Fragen ungeklärt.

Einigkeit besteht aber immerhin in folgenden Punkten:

- Pinochet muß zurücktreten
- eine Übergangsregierung muß gebildet werden
- diese Übergangsregierung muß die Weichen unverrückbar in Richtung "Redemokratisierung" stellen, d.h. vor allem eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen.

Soweit so gut. Aber: wer wird die Übergangsregierung bilden (Mit Militärs oder ohne, mit Kommunisten oder ohne; wenn ja: ohne Christdemokraten)? Wer wird sie - je nach ihrer Zusammensetzung - aktiv unterstützen? Wie verhält sich der MIR?

Das alles wird in die Überlegungen zur Vorbereitung des Generalstreiks mit einfließen müssen.

Bei Redaktionschluß dieser Nummer erscheint jedenfalls der "freiwillige" Rückzug Pinochets im Orwell-Jahr 1984 etwas wahrscheinlicher als sein Sturz durch einen Generalstreik.

Es wäre schön, wenn wir uns irrten.



Leb wohl, Deutschland, leb wohl!

An irgendeinem Tag dieser letzten Zeit hatte ich beim Aufwachen Deinen Namen auf den Lippen, um Dir "leb wohl" zu sagen, Deutschland.

Es kommt vor, daß dunkle Gerüchte und offenkundige Schreie, die mit dem Wind oder mit dem Regen kommen oder die plötzlich in der Dunkelheit der Nacht oder in meinen Gedanken auftauchen, mir die Rückkehr ankündigen, die mich holen kommt.

Gewiß ist das nicht eine Sache von Stunden oder Tagen!
Zahlreiche und lange Monate können es sein oder sogar viel mehr... Aber es ist auch gewiß, daß der Wirbelsturm losbrechen wird, der sich mit immer größerer Kraft im Innern meines fernen Landes regt.

Der Wirbelsturm ... und mit ihm die Unmöglichkeit, innezuhalten und nachzudenken, so viele Sachen zu sagen, die dazu verdammt schienen, zwischen den Formularen verloren zu gehen, zwischen den Pässen, Flughäfen und Bahnhöfen, als wir nicht wußten, was wir sagen sollten, und die anderen nicht, was sie uns sagen sollten.

Aber es gibt einige Dinge, die ich Dir heute sagen will, ja, heute, in aller Ruhe, Dinge, die man Dir nur sagen kann, solange die Ruhe anhält, die gespannte Ruhe aller, die hoffen.

Ich möchte Dir sagen, daß ich voller Fragen bin, die aufeinander prallen - und ebenso voller Erinnerungen an diese schnellen Jahre.

Zum Beispiel möchte ich Dich fragen, wie ich die angstvollen ersten Jahre mit ihrer dramatischen emotionalen Last und der Größe und dem Elend derjenigen vergessen soll, von denen wir damals glaubten, sie seien uns Gleiche, Gleichgesinnte.

Oder uns fragen, ob wir eines Tages die flüchtigen Geistesblitze einiger der Verwalter unseres Dramas vergessen können, die immer beschäftigt waren, immer in Eile.

Oder, wie den Aufsteiger mit ungewissem Schicksal aus dem Gedächtnis löschen, der, immer zwischen Clowmerei und Selbstmord schwankend, dazu neigt, unstillbare Ambitionen zu hegen, verbunden mit Vorstellungen vom alten Europa und seiner Kultur, die fast intellektuelle Obszönitäten darstellen.

Wie sich nicht des Genossen erinnern, der ins Exil aus der Fabrik kam, fast immer auf geradezu exemplarische Weise Folter und Haß durchgestanden hatte: lebendes Zeugnis der Verbundenheit mit seiner Klasse, ebenso wie seines würdevollen Respekts ausgehend von seiner nationalen Identität gegenüber dem kultivierten, gebildeten Europa!

Wie die großzügige Seele aus dem Gedächtnis löschen, die nicht kam, um uns eine Lektion über uns selbst zu erteilen, sondern unsere Botschaft aufzunehmen wußte und zu uns kam, um das zu lernen und zu lehren, was wir uns einander geben konnten.

Aber es sind nicht nur diese Erinnerungen, die die persönliche Geographie unseres Exils ausmachen...

Jeden Tag - Deutschland - der über Deine von Schmerz geprägte Oberfläche zieht, blieb etwas in uns haften vom faden Bild der schicken Mädchen in Deinen Boutiquen bis zu den düsteren Gesichtern Deiner Alten in den U-Bahnen und Bussen oder dem schmerzenden Bild der Penner in den Bahnhöfen und ärmeren Stadtteilen.

Da ist auch das Gesicht Deiner ausländischen Arbeiter, feierlich und hart das der Männer, leidend das der Frauen, unvergleichbar zärtlicher das der Kinder; Menschen, die im üppigen Europa das Brot suchen, das sie sich in ihrer Heimat nicht verdienen können, und die dafür mit dem Preis des Hasses, der Diskriminierung und der Demütigung zahlen.

Wir werden auch nicht Deine griechischen, türkischen und italienischen Restaurants vergessen, wo wir zusammen mit denjenigen Deiner Töchter und Söhne, die unsere Freunde geworden sind, näher an den unvergesslichen Süden heran gekommen sind und die Flucht vor Konsumbeherrschung und Unmenschlichkeit angetreten haben.

Eines Tages wird die tägliche Zeitung wieder in unsere Hände geraten, die den allmorgentlichen schlimmen "Mercurio" unseres Landes ersetzte, und ihre Typographie wird uns mit Erinnerungen füllen, indem sie uns vielleicht ein Bild, eine Anzeige ins Gedächtnis bringt, die uns in die unbeugsame Welt der widerspenstigen Kunst führt, der wir in diesen Jahren in fremdartigen Stadtvierteln und kleinen Lokalen nachgespürt haben, um ihr prophetisches Zeugnis zu sehen, zu hören und zu bewundern.

Deine Tochter, die durch uns den Schatten Deiner dunkelsten Tage mit Schuldgefühlen sah, obwohl wir uns bemühten, sie davon abzubringen, die es zum Teil wieder erlernte, einerseits Dich zu lieben und andererseits unser Land und seine Geschichte zu entmythifizieren, indem sie es mit unseren kritischen Augen zu sehen versuchte, wird sich sicher eines Tages mit Wehmut dieser vergehenden Jahre erinnern.

Eines Tages werden wir uns mit unendlicher Traurigkeit des Kindes erinnern, das in uns existierte, das die Folter und die verminten Wüste überlebte und das nach Europa kam, um zu sterben, obwohl es von Zeit zu Zeit versucht, wieder aufzuerstehen und Raum für die Gefühle zu fordern, auf die wir ein Recht hatten und die wir uns verweigern mußten.

Deutschland, Deutschland! Wie Dich vergessen in allen und jedem einzelnen dieser Dinge! Wie Deinen beleidigenden Stolz oder Deine Liebe vergessen, die versucht, unsere Wunden zu heilen, die sich weder schliessen wollen noch können!

Wie Deine harten alltäglichen Augen oder die vergänglichen Zipfel der Liebe vergessen, die niemals alle Deine Töchter und Söhne zu fassen bekommen werden.

Wie Deine auf die Sekunde pünktlichen Autobusse vergessen, Deine unbarmherzigen Kontrollen, Deine bis zur Überflüssigkeit effiziente Bürokratie, Deine unzähligen VERBOTE oder jene weinenden Augen, die von einer Zivilisation aus leb wohl sagen, die parallel verlaufend, sich ab und zu mit meiner berührt, obwohl es scheint, als trennten sie sich unerbittlich in einem fortwährenden Abschied.

Wie die gedankenverlorenen Jahre vor der feindlichen Mauer Deiner Vorurteile vergessen! Wir haben so lange gebraucht, sie zu durchbrechen, um die besten Deiner Söhne und Töchter kennenzulernen: nicht jene Schiffbrüchigen der 68er Generation, die nicht mehr Antworten, sondern nur noch ihre Karriere suchten - sondern diejenigen, die mit uns zweifeln und suchen, ohne Dogmen, aber mit Wurzeln, vielleicht ohne Partei, aber nicht ohne Klasse!

Könnte ich aus meinem Gedächtnis die Jugendlichen löschen, Träumer oder Verlorene, Zeugnis einer zerstörten Zukunft, die in dieser Finsternis am hellichten Tage innerlich erstickt und noch nicht fähig ist, sich aus ihren Fesseln zu befreien?

Wie könnte ich Dich vergessen, wenn heute unsere Kinder mehr von Dir haben, als ihnen unsere ferne Heimat geben konnte, und wo sie uns doch Deine Gegenwart in unserem täglichen Leben weit über unsere Rückkehr hinaus spüren lassen werden.

Deutschland, Deutschland! Ein Tag wird für uns mit Sicherheit der letzte sein und uns in anderen Breiten überraschen: selbst in diesem Augenblick werde ich eine zärtliche Erinnerung an Dich haben und das Grau, das ich in Deinem Gesicht sah, zu vergessen wissen, denn am Ende gewinnt die Sanftheit in Deinem gepeinigten Wesen die Oberhand.

Ich richte nur die Bitte an Dich, daß Du dann meiner gedenkst, auch wenn es nur in dem Schmerz einer Deiner Söhne ist.

So werde ich die Gewißheit haben können, daß die Botschaft, die ich in dieses Land mitbrachte, nicht umsonst mit mir gekommen ist!

SOLIDARITÄT

Kirchengemeinden contra US-Politik

Auch in der Höhle des Löwen, im 'Herzen des Imperialismus', den USA, tut sich was. Widerstand regt sich, nicht nur gegen die nukleare Aufrüstung und Reagans Sozialpolitik, sondern auch gegen die US-Politik in Zentralamerika.

Ein wichtiger Teil dieser Bewegung ist die Gruppe, von der hier die Rede sein soll: die 'Central American Task Force'. 45 religiöse Gruppen in Chicago haben sich hier zusammengeschlossen, mit dem Ziel, Flüchtlingen aus Zentralamerika zu helfen und gleichzeitig gegen die US-Politik in dieser Region zu arbeiten.

Abschiebepolitik der US-Regierung

Als Unterstützerin der Militärregime in Guatemala, Honduras und El Salvador haben die USA einen wesentlichen Anteil an der sich ständig verschlimmernden Lage in Zentralamerika. Die brutale Repression in Guatemala und besonders in El Salvador seit März 1980 (der Ermordung des Erzbischofs Romero in San Salvador und der Ausrufung des Kriegsrechts in El Salvador) hat bisher mehr als 1 Million Zentralamerikaner zur Flucht gezwungen. Ungefähr 300.000 bis 500.000 Guatemalteken und Salvadorianer flohen nach Mexiko und in die USA, wo sie hofften, in Sicherheit zu sein.

Da die USA zu den Ländern gehören, die das UN-Flüchtlingsprotokoll unterzeichnet haben, haben sie sich theoretisch verpflichtet, Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern verfolgt werden, nicht dorthin zurückzuschicken. Doch weit gefehlt, die Praxis gegenüber den zentralamerikanischen Flüchtlingen sieht anders aus. Dan von der Task Force erklärt: "Niemand, der aus Polen kommt wird hier zurückgeschickt. Jede russische Ballerina gehört automatisch zu einer verfolgten Klasse und wird in den USA aufgenommen. Dagegen können die Zentralamerikaner noch mit Kugeln im Leib und allen Spuren der Folter hier ankommen, und werden trotzdem nicht als Verfolgte anerkannt. Mit allen Mitteln wird die sofortige Ausweisung der Flüchtlinge betrieben, was für viele den sicheren Tod bedeutet."

Zu diesem Zweck sind die Kontrollen an der Grenze zu Mexiko verschärft worden. Möglichst viele Flüchtlinge sollen bereits beim Grenzübertritt ergriffen werden. Die Beamten der Einwanderungsbehörde haben bereits ein vorbereitetes Schriftstück in der Tasche, welches den Verzicht auf das legale Recht zur Anerkennung als Asylant und die Möglichkeit der sofortigen Ausweisung beinhaltet. Wenn sie einen Flüchtling ergreifen, bemühen sie sich sofort, ihn mit allen Mitteln dazu zu zwingen, dieses Dokument zu unterschreiben. Schläge und Drohungen sind hierbei an der Tagesordnung. Daß die Beamten der Grenzpolizei grüne Uniformen tragen, die denen der salvadorianischen Nationalgarde ähnlich sehen, erleichtert diese Aufgabe zudem. So gelingt es denn auch nur wenigen Flüchtlingen, dem Druck der Behörden zu widerstehen und die Unterschrift zu verweigern.

Ein Flüchtling, der die Unterschrift verweigert, kann nicht gleich ausgewiesen werden, sondern wird in eine Art 'Konzentrationslager' eingeliefert, in dem die Lebensbedingungen so unmenschlich sind, daß sie kaum jemand länger als 2 Wochen aushält. Jim erzählt dazu: "Diese Lager sind von einem Zaun umgeben und werden streng bewacht. Die Hauptaufgabe der Wachen ist es, den Willen der Flüchtlinge zu brechen. Hierzu gibt es viele Methoden, eine davon ist, die Flüchtlinge zu zwingen, bei Temperaturen von 45° im Schatten den ganzen Tag in der Sonne auszuharren."

Neuere Bemühungen der US-Regierung zielen mittlerweile darauf ab, das Flüchtlingsproblem in den Griff zu bekommen, bevor es überhaupt an den eigenen Grenzen auftaucht. Hierzu wird Druck auf Mexiko ausgeübt, denn der Weg der Flüchtlinge geht nahezu immer über Mexiko. Die mexikanische Regierung arbeitet auch bereitwillig mit den USA zusammen, und hat inzwischen im Norden des Landes ebenfalls 'Konzentrationslager' für Flüchtlinge eingerichtet, aus denen jährlich 23.000 Zentralamerikaner abgeschoben werden sollen.



Die El-Salvador-Show

Arbeit der "Task-Force" Im Untergrund

Angesichts dieser Situation bat die zentralamerikanische Kirche die US-Kirchen um Hilfe für ihre verfolgten Landsleute. Zunächst nahmen 45 Gruppen in Chicago die Herausforderung an, gründeten die 'Task Force', und machten sich an die Aufgabe, den Flüchtlingen eine Möglichkeit zum Verbleib in den USA zu verschaffen. "Damit kam die Radikalisierung der Kirche in Zentralamerika durch die Flüchtlinge auch in der US-amerikanischen Kirche an", freut sich ein Mitarbeiter der 'Task Force'.

Ihre Arbeit begann im Untergrund, denn für ihre Beihilfe zur illegalen Einwanderung drohen den Mitarbeitern Höchststrafen bis zu 5 Jahren Gefängnis. Sie versuchen, bereits in Mexiko Kontakt zu den Flüchtlingen aufzunehmen; geben ihnen Hinweise, wie sie am besten über die Grenze kommen, wo es sichere Häuser gibt, und wie sie sich verhalten sollen, wenn sie gefaßt werden (d.h. vor allen Dingen, daß sie auf keinen Fall das bereits erwähnte Schriftstück unterschreiben sollen). Wenn möglich wird bereits vor dem Grenzübertritt eine Patengemeinde für den jeweiligen Flüchtling gefunden, die sich dann um sein weiteres Schicksal kümmert.

Wird der Flüchtling gefaßt, wissen die Mitarbeiter der 'Task Force' nun schon seinen Namen und können Nachforschungen anstellen. Gleichzeitig hat der Flüchtling die Garantie, daß sich jemand um ihn kümmert, wenn er im Gefängnis landet. In diesem Fall schaltet die Gruppe einen Anwalt ein, und versucht ihn auf Kautionsfreizubekommen (das kostet ca. 7.000,- DM pro Person). Ein Verfahren zur Anerkennung als Asylant wird eingeleitet. Dieses Verfahren bietet zwar kaum Aussicht auf Erfolg, hat jedoch den Vorteil, daß in einem schwebenden Verfahren, welches in der Regel 2-3 Jahre dauert, nicht ausgewiesen werden kann. Die gewonnene Zeit wird genutzt, um nach anderen Möglichkeiten Ausschau zu halten. Hierbei spielt in letzter Zeit Kanada eine Rolle, denn von der Ausweisung bedrohte Flüchtlinge werden zunehmend über die Grenze nach Kanada gebracht. Aber auch auf die europäischen Länder richten die Leute von der 'Task Force' hier Hoffnungen, denn wenn sich Länder bereiterklären würden, eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen, könnten diese ausreisen und damit vor der Zwangsauslieferung und deren Folgen bewahrt werden.

Gelingt es den Flüchtlingen jedoch, sicher über die mexikanische Grenze in die USA zu kommen, so werden sie dort von Hand zu Hand weitergereicht. Hierbei greift die 'Task Force' auf das alte System der 'Untergrund-Eisenbahn' zurück; mit dem im 19. Jhd. bereits entflohenen Sklaven aus dem Süden weitergeholfen wurde. Ein Netz von Kirchengemeinden und -mitgliedern versteckt die Flüchtlinge und reicht sie an ihren Zielort weiter.

Die "Task-Force" tritt an die Öffentlichkeit

Nach einjähriger Arbeit wandelte sich das Konzept der 'Central American Task Force'. Sie überlegten, daß sie, wenn sie weiterhin nur illegal arbeiteten, zur Verschleierung der Ereignisse in Zentralamerika und des Schicksals der Flüchtlinge beitragen würden. Sie beschlossen, aus dem Untergrund heraus und an die Öffentlichkeit zu gehen. So wurde im März 1982 in Tucson, Arizona, entschieden, einzelne Kirchen zu 'Sanctuaries' d.h. zu Zufluchtsorten für Verfolgte, zu erklären.

Das Vorhaben fand Resonanz. Im August, als das Gespräch mit den Mitarbeitern der Task Force stattfand, hatten 65 Kirchen offiziell Flüchtlinge aufgenommen und 700 Kirchengemeinden beteiligten sich an den Aktionen. Im September 1983 waren es laut 'New York Times' bereits 200 Kirchengemeinden, die Flüchtlinge beherbergten. Bis heute hat die US-Regierung es nicht gewagt, in die Kirchen einzudringen und die Versteckten herauszuholen.

Die 'Task Force' will allerdings nicht bei der rein humanitären Hilfe stehenbleiben, sondern auch informieren. Der Desinformationspolitik der Regierung setzen sie den hautnahen Kontakt mit den Flüchtlingen und deren persönliche Geschichte entgegen. So sollen die Flüchtlinge ganz konkret zu einer Bewußtseinsveränderung der US-amerikanischen Öffentlichkeit in der Frage der US-Politik gegenüber Zentralamerika beitragen.

Weltweite Wissenschaftler-Kampagne für J. L. Massera

Seit 1975 sitzt der uruguayische Mathematiker in Haft; aufgrund katastrophaler Haftbedingungen (Folter) ist er schwer krank. Weltweit fordern Wissenschaftler seine Freilassung.

José Luis M A S S E R A wurde am 8.6.1915 in Genua, Italien, geboren. 1937 - 1974 Dozent, später Professor für Mathematik an der Universität Montevideo, Uruguay. 1938 - 1941 Vorsitzender der "Nationalen Front gegen den Krieg" und Generalsekretär der "Anti-Nazi Hilfsaktion für die kämpfenden Länder". 1947 - 1948 Aufenthalt in den Vereinigten Staaten (u.a. Stanford University, California); 1949 Gründungsmitglied des "Weltfriedensrates"; 1963 - 1971 Abgeordneter der "Frente Izquierda de Liberación" im Parlament Uruguays, einem Parteienzusammenschluß, der das ganze Oppositionsspektrum von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten vereinigte.

M A S S E R A gilt als einer der herausragenden Mathematiker Südamerikas. Sein Forschungsschwerpunkt war die Stabilitätstheorie; er leitete das Institut für Mathematik und Statistik der Universität von Montevideo.

Die internationale Anerkennung seiner wissenschaftlichen und humanitären Leistungen wird belegt durch Ehrendoktorwürden der Universitäten Uruguay (1953), Nizza (1981), Ecuador (1982), Puebla, Mexiko (1982) und Budapest (1983). In Frankreich und Italien sind ihm Lehrstühle angeboten worden.

1975 wurde er nach dem Putsch durch die Militärjunta aus der Universität entlassen, danach verhaftet.

1976 wurde Professor M A S S E R A in einem summarischen Prozeß zu 20 Jahren Haft verurteilt - wegen 'subversivem Umgang' und 'versuchter Konspiration' aufgrund seiner Tätigkeit als Parlamentarier. Dieses Urteil ist nicht vom Obersten Militärgericht Uruguays bestätigt worden und ist somit nicht einmal nach jetzigem uruguayischen Recht gültig. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat dieses Urteil für unrechtmäßig erklärt.

Professor M A S S E R A ist heute 68 Jahre alt. Er ist schwer herzkrank und erhält keine medizinische Betreuung. Er wurde schwerer Folter unterworfen, wobei er einen Schädelbruch und Brüche beider Hüftknochen erlitt. Das ist festgestellt worden bei einem Besuch eines Vertreters der Vereinten Nationen, Dr. Rafael Riva POSADA, am 2. Februar 1982. M A S S E R A trägt die Häftlingsnummer 2117.

Für Professor M A S S E R A haben sich viele hundert Wissenschaftler, Politiker, und wissenschaftliche Vereinigungen eingesetzt. 1982 hat der kanadische Mathematiker Prof. I. HALPERIN eine internationale Kampagne für M A S S E R A gegründet, die von ihm und Prof. H. CARTAN (Französische Akademie der Wissenschaften) getragen wird. Auch 51 Nobelpreisträger - darunter H. BÜLL, M. EIGEN, A. SACHAROV - haben die Freilassung und Ausreise für M A S S E R A und seine Frau gefordert.

ai betreut M A S S E R A seit Jahren (c/o O. CAMPORA, Postfach 860255, 5 Köln 80); ein MASSERA-Komitee an den Universitäten der BRD arbeitet seit 1983 (TU-Berlin, MA 1-1, Straße des 17. Juni 136, 1 Berlin 12) in Kooperation mit der internationalen Kampagne (39 Elm Ridge Drive, TORONTO, Ontario M6B - 1A2, Kanada)

Schreiben Sie höflich formulierte Briefe (mit Hinweis auf Alter und Krankheit) an:

EXMO. Señor Presidente de la Republica
Teniente General (R) Gregorio C. Alvarez
Casa de Gobierno
Montevideo, URUGUAY

Schicken Sie bitte eine Kopie an die uruguayische Botschaft und an eine der drei Unterstützer-Adressen (ai; Massera-Komitee; Halperin, Toronto)
Botschaft der Republik Uruguay, Gotenstr. 1-3, 5300 Bonn 2.

Arbeitsbrigaden in Nicaragua

Seit dem 22.12.1983 sind Internationale Arbeitsbrigaden in Nicaragua, um bei der Kaffeeernte zu helfen. Im folgenden drucken wir Auszüge aus persönlichen Briefen und Berichten der Brigadisten ab, die sowohl einen Eindruck über ihre Erfahrungen, als auch über die Situation und Atmosphäre in Nicaragua vermitteln.

Wenige Tage vor Weihnachten sind 160 Leute nach Nicaragua geflogen, um bei der Kaffeeernte zu helfen. Der Aufruf zur Bildung von Arbeitsbrigaden war ein neuer Schritt der Solidarität mit dem revolutionären Prozeß in Nicaragua. Mit der faktischen Anwesenheit soll ein Zeichen gesetzt werden gegen die drohende Eskalation des schon lange geführten Krieges gegen Nicaragua, gegen eine direkte Intervention der USA in den Ländern Zentralamerikas und für einen selbstbestimmten Weg Nicaraguas und der anderen Völker der Region.

Mit der Brigade "Todos juntos venceremos" sind auch 5 Leute aus Münster gefahren. Sie arbeiten zusammen mit 27 Leuten aus anderen Städten auf einer Kaffeefinca in der Nähe von Matagalpa. Hier einige persönliche Eindrücke: "Puh, ich glaube, daß unsere Vorstellungen und die Realität ganz schön weit auseinanderklaffen, obwohl wir hier alle bereit sind, uns auf die Bedingungen einzustellen und keine Privilegien zu beanspruchen. Aber es ist schon hart: 33 Leute auf engstem Raum, harte körperliche Arbeit und dann das Wetter! Wir haben noch Regenzeit und damit hat keiner gerechnet. Zwei Tage haben wir von morgens bis abends im Regen geschuftet. Kälte und Nässe haben dann einige dahingerafft: Grippe, Schüttelfrost und Fieber...Die erste große Krankheitswelle ebbt langsam ab."

"...Die Arbeit hat uns David erklärt. David ist 16 Jahre alt und Vertreter der Sandinistischen Jugendorganisation und damit verantwortlich für die ca. 150 Jugendlichen, die hier arbeiten und dafür ihre Ferien opfern. Auf der Produktionseinheit hier arbeiten normalerweise ca. 400 Campesinos, davon sind nur noch 15 hier. Der Rest ist nun mit den Milizen bei der Verteidigung. Das heißt, daß wir jetzt zusammen mit den Jugendlichen die Ernte machen. Sie organisieren hier jetzt alles und es klappt recht gut. Dagegen sind wir schon eher ein Chaoshaufen. David ist sehr optimistisch, daß wir die Ernte schaffen. Was wohl alles noch schwieriger macht, ist der viele Regen, weil der Kaffee so schneller reif wird und wir da mithalten müssen. Was weiter auffällt, ist daß die Nicas das Wort "Waffe" ganz anders begreifen als wir. Die Produktion ist für sie auch eine Waffe in dem Sinne, daß sie die Revolution verteidigt und David bedankt sich für unsere Solidarität und meint, in dem Sinne wären wir auch bewaffnet..."

Gestern war ein Begrüßungs"Acto" (=Festlichkeit) für uns und da - aber nicht weitersagen - mußten wir uns in Reih und Glied aufstellen und zum Festakt marschieren. Hat natürlich nicht so perfekt geklappt. Aber die Nicas stehen auf sowas. Wir wurden mit lauten Parolen empfangen, welche immer von einem ungeheuren Selbstbewußtsein zeugen. David hält 'ne kurze Eröffnungsrede, dann sagt ein Vater eines Brigadisten aus Managua zwei Gedichte auf. Eines davon ist ein Spottgedicht auf Reagan, der an einem Herzinfarkt stirbt, weil sich Nicaragua befreit hat. Dann hält einer von uns eine Rede, die übersetzt wird. Sie handelt von der BRD, wie sie wirklich ist, und warum wir hier sind. Wir brüllen alle aus vollem Hals "Hoch die Internationale Solidarität". Unheimlich laut, und die Nicas antworten mit eigenen Parolen. Dann singen sie ein Lied. Wir haben auch ein oder zwei eingeübt. Aus dem Ruhrgebiet ist nämlich einer dabei, der war im Kirchenchor mal Leiter. Gestern haben wir gesungen: Nicaragua, wir wollen nicht miterleben, daß du das nächste Opfer bist, doch nötig wäre ein Erdbeben aus Menschen, die die Wut zerfrißt. - Selbstgemacht.

Um 4 Uhr morgens müssen wir aufstehen, dann waschen, kochen, frühstücken: Reis und Bohnen, wie mittags und abends. Mittags um 12 Uhr gibts 'ne Stunde

Pause, dann weiter bis 16 Uhr. Dann die Säcke von der Plantage zur Wiegestelle schleppen, teilweise eine halbe Stunde bergauf, der LKW ist nämlich kaputt...

Zur Sicherheit werden nachts Wachen organisiert, da laufen dann 15jährige mit Knarren rum und bewachen uns alle. Weiträumig wird die Ernte auch von der Armee gesichert. Und hier, wo wir sind, gabs seit 8 Monaten keine Zwischenfälle. Die Contras sind mit 2000 Leuten eingedrungen und bis auf 80 km Entfernung zu uns ins Landesinnere vorgedrungen. Aber die Frente hat alles unter Kontrolle. Die Brigade Maurice Bishop mußte allerdings evakuiert werden, was wohl auch ziemlich gut ging. Also keine Gefahr für uns. David ist sehr optimistisch. Er meint, selbst mit den besten Waffen könnten die Yankees die Revolution nie vollständig zerstören. In Nicaragua wird oft vom "Neuen Menschen" geredet. In der Person Davids ist er mir greifbarer geworden. Ein "neuer Mensch" ist ein Mensch, der sich in die anstehenden Aufgaben der Revolution integriert. David ist erst 16, seit vier Jahren dabei und vom Bewußtsein her viel älter als die meisten von uns. Daher darf es nicht verwundern, wenn hier 15-25jährige mit Knarren rumlaufen. Sie verteidigen IHRE Revolution, und damit ihr neues Menschsein. Man kann sich deren "Power" kaum vorstellen. Aber wenn man die Lebensbedingungen hier sieht und den Lebenswillen der Nicas erlebt, dann kann man echt nur staunen..."

Im folgenden nun Auszüge aus einem Rundbrief des Informationsbüros Nicaragua, Wuppertal:

Perspektiven

Für uns war es wichtig, in Managua mit den beteiligten Organisationen und Personen möglichst konkret und verbindlich die Zukunftsperspektiven des Brigadenprojektes abzuklären. Zu diesem Zweck führten wir zunächst mit dem Verantwortlichen Vertreter der FSLN, später auch gemeinsam mit der Juventud Sandinista und dem Centro Ecomenico Antonio Valdivieso Gespräche. Alle Beteiligten begrüßten den Gedanken, weitere Brigaden für Nicaragua zu organisieren. Ebenso den als Plattform formulierten Aufruf "Frieden für Nicaragua - Gegen die US-Intervention in Mittelamerika", der diesem Rundbrief beiliegt. Folgende Punkte sind den Nicaraguanern bei der Planung und Organisation der zukünftigen Brigaden wichtig:

- Die Kontinuität des Projektes bis in den Sommer hinein, mit der evtl. Entsendung eines "Schiffes für Nicaragua" als Abschluß.
- die Sicherung einer Infrastruktur für das Projekt, was für die Nicaraguaner vor allem finanzielle Probleme aufwirft, die ohne massive Beteiligung der Solidaritätsbewegung und aller Unterstützer nicht leistbar ist.
- Möglichst breite politische Unterstützung der Kampagne, vor allem die verstärkte Einbeziehung von Gruppen der Friedensbewegung. Die FSLN erhofft hiervon einerseits eine Stärkung der Solidarität, andererseits politische Lernprozesse für die Friedensbewegung.
- Die Koordinierung innerhalb der westeuropäischen Länder
- Die weitere Einbeziehung von Prominenten, um den Öffentlichkeitseffekt der Kampagne zu verstärken. ...

Und wie weiter?

Die Entsendung von Arbeitsbrigaden nach Nicaragua hat hier in der Bundesrepublik einiges in Bewegung gesetzt. In den verschiedensten Gruppen wurde darüber diskutiert; in den Medien in größerem Rahmen darüber berichtet. Die ständigen Überfälle der "Contras" rückten wieder mehr ins Bewußtsein; nach dem Überfall auf Grenada wurde erneut die Kriegspolitik der USA in die Diskussion gebracht und die Rolle der Bundesregierung benannt. Unter den deutschen Brigadisten sind viele Leute, die in unterschiedlichsten politischen Bereichen aktiv sind: In Solidaritäts- und 3.Weltgruppen, in autonomen Gruppen und Projekten, in der Frauenbewegung, in Friedensgruppen, im gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich; einige sind Mitglieder alternativer Listen, der Grünen, der SPD oder der DKP. Diese Zusammensetzung der Brigade und ihre breite Unterstützung durch die verschiedensten Gruppen sind ihre politische Stärke. Die Tatsache, daß der Aufruf so breite Resonanz fand und es möglich wurde, in so kurzer Zeit

eine relativ große Gruppe nach Nicaragua zu schicken ist ein wichtiger Anfangserfolg.

Dennoch ist es u.E. notwendig, hier in der Bundesrepublik mit der Entsendung der Brigaden eine politische Kampagne zu machen, die zeigt:

- wir lehnen die Kriegspolitik der USA in Mittelamerika ab
- wir lehnen die Politik der Bundesregierung ab, die den Krieg gegen Nicaragua und die Völker Mittelamerikas duldet und sich aktiv an der politischen und wirtschaftlichen Destabilisierungspolitik beteiligt und auf der anderen Seite die rechten Militärs in Honduras, Guatemala und El Salvador stützt.
- wir sehen in der Entsendung einer Brigade aus einem der wichtigsten Länder der NATO eine wichtige politische Schutzfunktion für Mittelamerika
- wir unterstützen mit der praktischen Arbeit in Nicaragua politisch und so weit wie möglich wirtschaftlich den revolutionären Prozeß in Nicaragua

Hierauf muß der Schwerpunkt unserer Arbeit liegen, vor allem, wenn die erste Brigade zurückkommt und wir gemeinsam mit ihnen weitere Aktionen machen können.

Auch wenn die Gefahr einer direkten Intervention nicht mehr so groß ist, wie im Dezember (wozu mit Sicherheit die verschiedenen Kampagnen und Initiativen in den USA und Westeuropa beigetragen haben), so ändert sich nichts an den aggressiven Plänen der US-Regierung. Deshalb ist eine ständige Präsenz notwendig, deshalb soll die Kampagne nach dem Rotationsprinzip fortgeführt werden.

Wenn also um den 25. Februar herum die erste Brigade zurückkommt, soll sofort eine zweite Brigade aus der Bundesrepublik starten. Ähnliche Überlegungen gibt es in anderen Ländern. Inzwischen sind Brigaden aus den USA, aus Frankreich, Österreich, der Schweiz und aus den skandinavischen Ländern in Nicaragua.

Die zweite Brigade:

Diese zweite Brigade, die in Gruppen von ca. 20 Leuten unterteilt sein soll, wird auf Vorschlag der Nicaraguaner Wiederaufbauarbeiten leisten, was konkret bedeuten könnte:

- Wiederaufbau von zerstörten Lagern, Wohnhäusern und Produktionsstätten
- Aufbau von Schulen und Kindergärten
- Legen von Wasserleitung und Elektrizität
- Hilfe bei den notwendigen Aufbaumaßnahmen nach der Evakuierung von Corinto
- Reparatur von zerstörten Transport- und Produktionsmitteln

Neben der konkreten Arbeit sollen die Gruppen Raum für Aktionen und politische Manifestationen haben.

Für diese zweite Brigade werden Gruppen gebraucht, in denen zum einen sogenannte Techniker sind, die die schwierigeren handwerklichen Arbeiten übernehmen können, bzw. die ungelerten Brigadistas dabei anleiten können und zum anderen Leute, die die einfacheren handwerklichen Arbeiten übernehmen können.

Das bedeutet harte körperliche Arbeit in heißem z.T. feuchtem Klima. Die Arbeits- und Lebensbedingungen sind in keiner Weise mit den hiesigen zu vergleichen. Die hygienischen Bedingungen sind schlecht, das Essen besteht aus Reis, Bohnen und Mais und das jeden Tag. Hinzukommt, daß die Brigaden zwar nicht direkt an der Grenze arbeiten sollen, aber auf jeden Fall in Gebieten arbeiten, wo auch die Contra operiert. Die Nicaraguaner übernehmen den militärischen Schutz, können aber keine hundertprozentige Garantie übernehmen. Jeder muß sich des Risikos bewußt sein, verletzt oder getötet zu werden.

Die nächste Brigade wird um den 25.2. nach Nicaragua fliegen und dort für ca. 2 Monate arbeiten. Ende April wird dann wahrscheinlich eine weitere Brigade rübergehen können. Da sich viele Berufstätige bei uns gemeldet haben, möchten wir zusätzlich anbieten, daß zwischen dem 27.3. und 27.4. eine kleinere Gruppe nach Nicaragua fährt, die nur vier Wochen bleiben kann. Beide Gruppen würden dann am Ende ihres Einsatzes ein gemeinsames politisches Programm machen und zusammen ungefähr am 27.4. in die BRD zurückkommen. Eine solche Gruppe für 4 Wochen kommt nur zustande, wenn sich mind. 25 Leute für diesen Zeitraum bei uns bzw. auf den Vorbereitungstreffen melden.

Seit dem 14. September 1983 unterstützen die zwei Gesundheitsbrigaden Zomopera I und II das Gesundheitswesen in Nicaragua. Es folgen hier die ersten Eindrücke aus dem Regionalkrankenhaus von Somoto im Norden Nicaraguas etwa 15 km von der hondurensischen Grenze entfernt.

22. XII. 1983

Liebe Freunde daheim,

noch keine Woche sind wir jetzt in Somoto, es kommt mir aber schon sehr lange vor. Es fällt mir schwer, Euch über die Realität hier zu berichten, alles erscheint mir so doppelbödig, trügerisch, so daß ich oft meiner eigenen Wahrnehmung nicht traue.

*Somoto liegt in einer ganz bizarren Berglandschaft, in einem kleinen Kessel, der nach Nordosten, zum Landesinneren hin offen ist. Nach dort kann man weit gucken, bis auf langgezogene, merkwürdig abgeflachte Tafelberge, und es würde mich nicht wundern, wenn dort plötzlich, wie an einer Perlenkette aufgereiht, die Silhouette von einer Rotte Indianer zu Pferd sich abzeichnen würde. Auch Somoto selbst könnt Ihr Euch wie ein verschlafenes mexikanisches Nest in einem John Wayne Film vorstellen. Eine einzige gepflasterte Straße führt durch den Ort, vom Dorfplatz mit einer kleinen, barocken, einst wohl mal weißen Kirche vorbei an Läden und einfachen Schänken den Berg hinauf. Dort, wo das Pflaster und die festgemauerten Häuser langsam aufhören, wohnen wir, im 'La casa de los Cubanos'. Das Haus, in der Mitte ein kleines Schwimmbassin und Garten, und drumherum eine überdeckte Veranda, von der die einzelnen Zimmer abgehen, hat in früheren Zeiten wohl schon was hergemacht. Es gehörte der Bürgermeisterin, die sich nach dem Sturz Somozas mit ihrem ganzen Anhang nach Honduras abgesetzt hat. Zwei Jahre lang haben die kubanischen Brigadisten hier gelebt, danach Ärzte und Medizinstudenten aus Managua, die, in kurzen Vierteljahreszyklen, die Versorgung der Stadt und der umliegenden Dörfer eher notdürftig sichergestellt haben dürften. Ein bisschen schwer ist es in diesem Gemäuer, sich zurückzuziehen, und das nerft manchmal schon, wenn hier manches Mal das Radio bis weit nach Mitternacht plärrt und ausgiebige Zechereien stattfinden. Es ist aber auch zu verstehen, das Leben ist halt einfach ungewiß hier. Von den Studenten, die zu den kleinen Gesundheitszentren hinaus auf die Dörfer fahren, ist vor wenigen Tagen einer erschossen worden. *)*

So ist das hier immer wieder: die Ruhe, der Frieden ist so trügerisch, immer wieder, ganz unerwartet, bricht die Realität des Krieges durch. Ich mache seit Anfang der Woche im Centro de Salud in Somoto selbst Kindersprechstunde. Zuerst zusammen mit Maria, der Anästhesistin, die besser spanisch spricht, jetzt, die letzten Male, habe ich auch schon alleine das Notwendigste geradebrecht. Vorgestern, nach einer Kette von fieberhaften Infekten, Durchfällen wie bei uns, kommt ein 14jähriges mageres Mädchen. Sie zieht sich aus; während die Mutter uns einen schwer entzifferbaren Arztbrief gibt, sehen wir plötzlich das Kind mit einem völlig zerfetztem und wieder zusammengeflickten Leib vor uns stehen. Ein Dorf-mädchen, das nach einem Überfall der Contras auf ihr Dorf in den Bauch geschossen wurde, Dickdarm, Milz und zwei Wirbelkörper zerstört, bei der Operation die Milz völlig entfernt, ein künstlicher Darmausgang gelegt. Das Kind lebt, ist wieder in seinem Dorf und schwebt erneut in Gefahr.

Ein Stück vom Krieg ist schon Alltag. Die Straße. Natürlich reiten die Campesinos mit ihren Strohhütten und riesigen Sporen wie eh und je auf ihren mageren Kleppern in die Stadt, ziehen Bauersfrauen Esel beladen mit Maisstroh hinter sich her, barfüßige Kinder mit dicken Bäuchen und Knopfaugen quirlen umher, und was halt sonst so in unsere Vorstellungen von einem mittelamerikanischen Marktplatz gehört, alles ist da. Aber genauso, unüberschaubar, die jungen Typen

**) Beim Durchlesen fällt mir auf, daß dieser Punkt noch etwas klarzustellen ist: Dieser Student kam bei einem Überfall der Contras auf eine Kooperative bei Chilali um, ca. 40 km von hier. Insgesamt wurden dort 17 Kooperativmitglieder ermordet, zwei davon aus Somoto. In der Stadt selbst und der unmittelbaren Umgebung hat es keine Kämpfe gegeben.*

in grünem Drillich und verwegen umgehängter Kalaschnik (es passieren immer wieder Unfälle mit Schußwaffen). Bauernburschen wohl meist, nein, weiß ich nicht, viele kommen wohl auch aus Managua. Ältere, in braunen Khakihemden, die Miliz, die die Hauptlast der Verteidigung am Ort trägt. Tägliches Exerzieren auf der Rollbahn neben der Straße, zwischen dem Krankenhaus und dem eigentlichen Ortskern von Somoto. Ich hab ja nie ein spontan freundschaftliches Empfinden für Militär gehabt, in keinem Land, wo ich bisher war. Hier ist es anders. 'Las armas al pueblo' steht an vielen Hauswänden auf Plakaten, und ich hab hier wirklich den Eindruck, daß die Volksbewaffnung ein Stückweit verwirklicht ist, so wie das die beiden Alten gefordert haben. Gleichschritt klappt nicht so recht, aber 'Viva Sandino' und 'Patria libre o morir' ist eine klare Sache. Es gibt hier ein etwas kitschiges Plakat, mit einer wichtigen Aussage aber: Sandino, stilisiert mit weitem Umhang, darin die Friedenstaube abgebildet, und in der Friedenstaube die Silhouetten von zwei Campesinos mit Gewehren. Für die Menschen gibt es wirklich was zu verteidigen, und die Bedrohung ist ganz alltäglich. Gestern, nach unserer Sprechstunde, war der Platz vor der Kirche voll mit Menschen, die Kirche selbst auch: Beerdigung von zwei Leuten aus Somoto, die zusammen mit 15 anderen Kooperativmitgliedern auf dem Land ermordet worden sind. Die Leute hatten sich bei einem Überfall von Contras auf ihr Anwesen in die Luftschützgräben geflüchtet, und die Contras, die bis an das Anwesen herangekommen waren, hatten in die Gräben eine Granate geworfen. Solche Nachrichten gibt es hier Tag für Tag. Der Krieg rückt ganz nah. Ich kann eigentlich nicht sagen, daß ich richtig Angst habe, manchmal so ein dumpfes Druckgefühl im Bauch, wenn irgendwo Gewehrfeuer oder Flugzeugmotorenlärm zu hören ist. Sonst fühle ich mich eher so unnatürlich wach, so auf der Lauer. Ich kann nur wenig und unruhig schlafen.

25. XII. 1983

Erster Weihnachtsfeiertag in Somoto. In unserem Speisesaal in der Klinik hängen Plakate mit einem disneyartigen Nikolaus (wie auch in vielen der ebenerdigen Wohnungen in der Stadt), Papieryrlanden, selbstfabriziert, neben Bildern von einem ermordeten Vorkämpfer der FSLN und Plakaten, die zur Steigerung der Produktion auffordern. Die Gewerkschaftsgruppe im Krankenhaus hat vor drei Tagen ihre Weihnachtsfeier abgehalten. Nachmittags für die Kinder der Krankenhausesangestellten. Die Krankenhausangestellten haben zusammen etwa 300 Kinder, von denen knapp die Hälfte gekommen war! Im Saal erwartungsvolles Gemurmel, auf den Bänken und auf dem Boden sitzen die Kinder mit ihren Eltern in einem großen Kreis, in der Mitte hängt von der Decke herab an einem Haken der Kopf eines Weihnachtsmannes: hergestellt aus einer großen runden Tonvase, so groß wie eine überdimensionale Wassermelone, bemahlt und mit einer Mütze aus Papierhaaren und einer Halskrause aus Krepppapier. Das Gebilde konnte über den Haken an der Decke herauf- und heruntergelassen werden. Ein Kind nach dem anderen durfte in die Mitte treten, bekam dort die Augen verbunden und erhielt einen Holzprügel, damit durfte es auf das Gebilde einschlagen. Damit das ganze nicht zu einfach war, wurde der Weihnachtsmannkopf von einem Compañero herauf- und heruntergelassen. Nach und nach lösten sich Halskrause, Haare und Mütze auf, schließlich, so etwa 200 Kinder waren dran gewesen, landete eines einen Volltreffer, mit dumpfem Knall zerbarst die Vase, ein Regen aus Papierschnitzeln und Bonbons ergoß sich auf den Boden, und mit Riesengeschrei stürzten sich die Kinder auf den Segen. Mit derartigen Spielen verging der Nachmittag, natürlich gab's Kuchen und den hier üblichen fürchterlich süßen Sirup, dann zogen sie nach Hause, noch beschenkt mit Gebäck aus der Krankenhausküche und Plastikspielzeug (reichlich Plastikpistolen und -lastautos mit so Raketenwerfern dabei). Abends war dann die Feier für die Erwachsenen, bei der die Gewerkschaftsgruppe wieder ein ungeheuer reiches Programm zusammengestellt hatte. Anfangs wurde die Nationalhymne gesungen, vor den anwesenden Vertretern der FSLN und dem Ejército marschierte die neugegründete Krankenhausesmiliz auf, ca. 16 - 18 Mitglieder, vorwiegend Frauen, die ihr Krankenhaus rund um die Uhr bewachen, rings um das Gebäude Schützengräben ausgehoben haben und zusammen mit den anderen Milizgruppen von Somoto die lokale Verteidigung gewährleisten. Dann kamen in bunter Folge Musikgruppen, Tänze,

kleine Sketche, alles nicht sehr perfekt, aber es kam von den Leuten selbst. Zum Schluß wurden einzelne Angestellte ausgezeichnet, darunter auch die gesamte Belegschaft der Inneren Station für besonders vorbildliches und diszipliniertes Arbeiten. Klingt für Euch wahrscheinlich komisch, so a la Held der Arbeit. Ich will dazu sagen, wie's auf mich gewirkt hat: das Krankenhaus hat eine kollektive Leitung. Darin spielen die Ärzte eine eher untergeordnete Rolle, schon weil sie oft wechseln. Die Gewerkschaft trägt einen großen Teil der Mitverantwortung für den Arbeitsablauf, für Fragen der Arbeitsdisziplin, sie übernimmt die Organisation der Vigilancia. Mit dem Auszeichnen von einzelnen nehmen sie einfach ihre disziplinarischen Aufgaben wahr, im Sinne einer positiven Verstärkung. Und das ist auch ganz wichtig, weil bei vielen Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit eher Tertiärtugenden sind, was mir zwar gut gefällt im Kontrast zur BRD, wo oft nichts anderes mehr zählt, aber hier wird es nervig, wenn der Wehrmachtsdienst der Maternidad einfach nicht auftaucht.

Es ist jemand gekommen, und ich muß den Brief zu Ende bringen. Wie wir gehört haben, seid Ihr doch recht besorgt um uns. Ich glaub, es ist wichtig, daß Ihr zwei Dinge auseinanderhaltet: zum Einen ist es für uns schon ein merkwürdiges Gefühl, ungewohnt einfach, in einem Kriegsgebiet zu leben, diese Stimmung kommt vielleicht auch am Anfang des Briefes rüber. Schnell wechselnde Gerüchte, Meldungen von Massakern draußen in den Dörfern und dann wieder tagelang ein Leben wie im tiefsten Frieden. Damit müssen wir, und irgendwie auch Ihr, klarkommen in einer Kampfsituation, wo es keine festen Fronten, sondern einfach größere Gebiete gibt, in die der Gegner infiltriert und hier und dort mal zuschlägt. Das ist die eine Seite. Die andere ist, daß wir in Somoto sozusagen in der Etappe leben. Kleinere Anschläge sind in der Stadt in den letzten Jahren nicht vorgekommen. Wir bleiben in der Stadt, sind dort auch arbeitsmäßig gut ausgelastet. Und im Falle eines größeren Angriffs (derzeit gibt es keinerlei Anzeichen dafür) hat uns der örtliche Frontchef zugesichert, daß wir sofort evakuiert werden, wenn er unsere Sicherheit nicht mehr garantieren kann. Außerdem sind wir für ihn ständig erreichbar. Und ein gutes Stück Vertrauen haben wir auch in das bewaffnete Volk von Nicaragua, daß es nicht soweit kommen wird.

Ich muß abschließen, da der Brief mitgenommen werden kann, vieles fehlt noch, z.B. Konkretes über unsere Arbeit. Kommt alles noch. Wir wissen, daß Ihr an uns denkt und fühlen uns nicht verlassen.

Seid alle ganz herzlich begrüßt.

No pasarán

Theo

(Für die Gesundheitsbrigade Zompopera I)

Am 24. Januar 84 ist die dritte Gesundheitsbrigade nach Nicaragua geflogen. Sie hat sich den Namen 'La Esperanza' gegeben. Vorgesehener Einsatzort ist Waslawa. Für dieses Hilfsteam und die kommenden, die im März fliegen sollen, brauchen wir für die Ausstattung mit je einem medizinischen Notdepot, daß ca. 20 000 DM kostet und von Medico International zum Großhandelspreis eingekauft wird, immer noch Spenden.

Spendenkonto: Medizinisches Informations- und Kommunikationszentrum
Gesundheitsladen Berlin e.V.
Sonderkonto 'Nicaragua'
1000 Berlin 61
Postscheckkonto Nr. 385 13- 105
Postscheckamt Berlin-West
(Spendenbescheinigung möglich)

REZENSIONEN

LATEINAMERIKA - ANALYSEN UND BERICHTE, BAND 7

Fortschritt der Destruktivkräfte - Ökologische Krise und
Gegenwehr.

Hrsgg. von T. Evers, M. Ehrke, K. Meschkat, C.u.U. Müller-
Plantenberg, V. Wunderlich, JUNIUS-Verlag, Hamburg, 1983
283 Seiten.

Bücher nach ihrer äußeren Aufmachung zu beurteilen, gilt wohl eher als un-
schicklich. Aber jeder, der im linken/alternativen Spektrum mit der Herstellung
von Publikationen beschäftigt ist, wird oft genug - und sei es auch nur klamm-
heimlich - das gekonnte layout anderer Buch- und Presse-Erzeugnisse bewundert
haben.

Unter diesem Aspekt betrachtet, ist dem Lateinamerika-Jahrbuch der Verlags-
wechsel gut bekommen: das layout ist ansprechend, ohne daß sich der Preis ver-
teuert hätte.

Was die Herausgeber betrifft, so muß man ihnen einmal mehr bestätigen, daß die
Wahl des jeweiligen Schwerpunkt-Themas bisher immer eine brisante kontinentale
Aktualität wiedergegeben hat. Und obgleich dieser 7. Band mit einiger Verzögerung
erschienen ist (bedingt durch den Wechsel des Verlages), kommt sein Thema
"Fortschritt der Destruktivkräfte - Ökologische Krise und Gegenwehr" keineswegs
zum falschen Zeitpunkt.

Nicolo Gligo und Jorge Morello bieten in ihrem Aufsatz "Zur ökologischen Ge-
schichte Lateinamerikas" so etwas wie die historische Grundlage des Bandes. Der
Konservierung und Rationalisierung des Gebrauchs der Ressourcen in den vorko-
lumbianischen Agrarkulturen stellen sie die Zerstörung und Ausplünderung durch
die spanischen Eroberer in der Kolonialzeit gegenüber. Das Inka-Reich, das sie
als Beispiel für die vorkoloniale Epoche heranziehen, konnte jahrhundertlang
eine Stabilität des gesamten Ökosystems aufrechterhalten, während die Spanier
dieses System in wenigen Jahren zerstörten. Die europäischen Eroberer waren näm-
lich von zwei verhängnisvollen Fehlannahmen ausgegangen. Die erste bestand in
der festen Überzeugung der unbedingten Überlegenheit eigener Kultur und Tech-
nologie über die der unterworfenen Völker. Und die zweite Fehlannahme bestand in
dem Glauben, die Ressourcen des neuen Kontinents seien praktisch unbegrenzt.
Beide Fehlanschätzungen, verstärkt durch die im jahrhundertlangen Krieg gegen
die Mauren geprägte Auffassung von der Christianisierung als militärischer Un-
terwerfung, führten geradezu zwangsläufig zur "demographischen Katastrophe" des
16. und 17. Jahrhunderts. "Die Zerstörung und Zerschlagung der besiegten Kul-
turen trug Anzeichen von Völkermord."

So hatte z.B. die Insel Santo Domingo zur Zeit der Ankunft der Spanier rund
8 Millionen Einwohner. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts ging diese Zahl auf
unter 2 Millionen zurück. Erst im Jahre 1977 wurde die 8-Millionen-Grenze wieder
erreicht. Dabei berücksichtigen die Autoren nicht einmal die Tatsache, daß - vor
allem im 18. Jahrhundert - mehrere hunderttausend Afrikaner als Sklaven in die
Karibik gebracht worden sind, die zur natürlichen Regeneration der Ureinwohner
und Mestizen in dieser Region hinzuzurechnen sind.

Die Zerstörung des Öko-Systems und die Vernichtung der Indios waren zwei sich
bedingende Prozesse. Denn das Öko-System ist nicht unmittelbar durch eine Verän-
derung der landwirtschaftlichen Produktionsweise und der gesamten Agrarstruktur

zerstört worden. Eine Ausweitung und Umorganisation des landwirtschaftlichen Anbaus
fand erst nach dem Ende der Kolonialzeit im 19. Jahrhundert statt. Vielmehr war es
der von den Spaniern mit brutaler Gier betriebene Bergbau, der das natürliche
Gleichgewicht zum Einsturz brachte und gleichzeitig die Indios millionenfach in den
frühen Tod trieb.

"Der Bergbau forderte ungeheure Mengen an Energie, für deren Erzeugung man die Wäl-
der benutzte. Alle Waldressourcen in der Nähe der Gießereien wurden verbraucht. Die
Minen wurden aufgegeben nicht weil sie erschöpft waren, sondern wegen der Probleme,
die mit den für die Konzentrierung der Erze nötigen Wassermengen oder mit dem Ver-
siegen des Nachschubs von Brennholz für die Gießerei zu tun hatten..." (S.39/40)

Alle Bäume, Sträucher, Stauden und sogar einige immergrüne Gräser, die in erreich-
barer Nähe der Minen lagen, wurden nach und nach geopfert. "Es gibt keine 'alte
Mine' in Lateinamerika, die nicht von einem Werkshof mit völlig nacktem Boden um-
geben wäre, ohne jeden pflanzlichen Brennstoff oder nur mit Brennstoffen von sehr
geringem Kalorienwert." (S. 40)

Daß sich im 20. Jahrhundert ein ähnlicher Prozeß - nur in noch größerem Ausmaß -
wiederholt hat, weist Nikolaus Werz am Beispiel des Erdölbooms in Venezuela nach.
Hier hat der Rausch des schwarzen Goldes ein Umweltchaos hervorgebracht, das die
Menschen unmittelbar bedroht. Die venezolanische Hauptstadt Caracas gilt als eine
der smogreichsten Städte der Welt. Die Hafenstadt Maracaibo hält seit Jahren den
traurigen Rekord, die Stadt mit den meisten Verkehrstoten auf der Erde zu sein.

"Die Konzentration der Mehrheit der Bevölkerung und der Industrien in wenigen
städtischen Ballungszentren und die Ölförderung bedingen starke Belastungen für
die Umwelt. Die größte Bevölkerungsdichte herrscht in der Küstenregion und in ge-
ringem Maße im Andengebiet. Dagegen sind weite Landesteile und vor allem die
Grenzregionen nicht systematisch besiedelt. In dieser Bevölkerungsverteilung und
den umfangreichen Bodenschätzen wurzelt der Mythos von einem unterbevölkerten und
noch kaum erschlossenen Venezuela, der allen Industrialisierungs- und Modernisie-
rungsprojekten zugrundeliegt. Entsprechend sorglos ist daher der Umgang mit der
natürlichen Umwelt gewesen..." (s. 54/55)

Was seit dem Kooperationsvertrag zwischen sieben Amazonas-Ländern vom Juli 1978
im gesamten Amazonasbecken auf einer Fläche von 7,5 Millionen km² passiert, ist
alles andere als nur "ein sorgloser Umgang mit der natürlichen Umwelt".

Der aus Deutschland stammende Leiter des Indianermissionsrates der Katholischen
Kirche Brasiliens, Paolo Süß, hat seinen Aufsatz dann auch unter das eindeutige
Thema gestellt: "Integrationsmord in Amazonien". Nach dessen Lektüre wird wohl
jeder Leser das Fragezeichen zu streichen bereit sein, das Süß hinter seinen Un-
tertitel gesetzt hat: "Die Indianerfrage vor einer Endlösung?"

Es ist wohl nur dem christlichen Optimismus von Paolo Süß zuzuschreiben, daß er
noch hofft, wo eigentlich keine Hoffnung mehr besteht. Denn die "Beschleunigung
der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Region", wie sie Art. 9 des Amazonas-
Vertrages vorsieht, stellt - so Süß - nichts anderes dar als die "Besetzung Ama-
zoniens durch staats- oder privatkapitalistische Großunternehmen als Devisenbrin-
ger, die ihrerseits billiges Land, preiswerte Energie und ein sich ständig perfek-
tionierendes Kommunikationssystem verlangen." (S. 69)

In Amazonien aber leben jene 200.000 Köpfe zählenden Indianer, die als Restbevölke-
rung der Ureinwohner Brasiliens anzusehen sind. Unter den Bedingungen des totalen
technologischen Fortschritts hat sich für sie die Entwicklung von Jahrhunderten auf
wenige Jahre verkürzt.

"Unter den Bedingungen heutiger Kommunikation und sozio-ökonomischer Verflechtung
ist die Ausrottung eines Volkes jedoch lediglich das Vorspiel für die Ausrottung
anderer Völker, eine Kettenreaktion der Vernichtung des jeweils Gutgläubigeren oder
Schwächeren. Die Bedrohung der indianischen Völker hat beispielhaften Charakter. Sie
steht für den Anbruch einer Barbarei, welche die Menschheit als solche bedroht..."
(S. 70)

Doch gegen diese Bedrohung richtet sich in zunehmendem Maße der Widerstand breiter,

Bevölkerungsschichten - auch in Lateinamerika. Klaus Meschkat schildert ihn anhand von Fallstudien aus dem Süden Kolumbiens. An drei Beispielen zeigt er, wie das Expertenwissen einiger weniger ökologischer Aktivisten, das sie der betroffenen Bevölkerung für ihren Kampf gegen die Umweltzerstörung zur Verfügung stellen, ausreicht, um ganze Regionen zu mobilisieren.

Meschkat zeigt jedoch gleichzeitig die Begrenztheit dieses regionalen Widerstandes auf - insbesondere, wenn es sich nicht um Interessen einzelner Unternehmer, sondern um Großprojekte handelt, die die Durchsetzung kapitalistischer Industrialisierung oder von kapitalistischem 'agro-business' zum Ziel haben.

Meschkat schlägt daher vor, "alle Hemmnisse und Schwierigkeiten ins Auge zu fassen, die es bisher verhindert haben, daß aus lokalen und regionalen Ansätzen eine politische Kraft entsteht, die durch gesellschaftliche Veränderungen der Umweltzerstörung Einhalt gebieten kann." (S. 110)

Der Länderberichtsteil ist in Band 7 besonders umfangreich ausgefallen. Nicht weniger als 15 Staaten des Subkontinents sind vertreten - darunter die großen und wichtigen Länder wie Argentinien, Brasilien und Mexiko, aber auch so kleine wie Guyana, Panama und Costa Rica.

Die Enkel des Jaguar

Manfred Heckhorn: Die Enkel des Jaguar. El Salvador. Einblicke in ein kleines Land
Berlin 1983 (Rotbuch Verlag, 167 Seiten)

Seit vier Jahren ist Bürgerkrieg im kleinen El Salvador. Längst geht es nicht mehr nur um ein Ende der Diktatur, um eine gerechte Landverteilung und damit gegen die alles beherrschende Kaffeeoligarchie. Schon unter Carter hat die US-Regierung klargemacht, daß sie keinen zweiten Volksaufstand in Mittelamerika dulden werde: Ein Putsch wurde inszeniert, danach Scheinwahlen durchgesetzt, und dennoch, selbst mit dem massiven Versuch, der Guerilla ihr Wasser mit offenem Terror, mit Barbarei abzugraben, ist es seit zwei Jahren nur zu einem militärischen Patt gekommen: Bisher kann weder die in sich zerstrittene Guerilla noch das von den USA ausgehaltene Militär gewinnen.

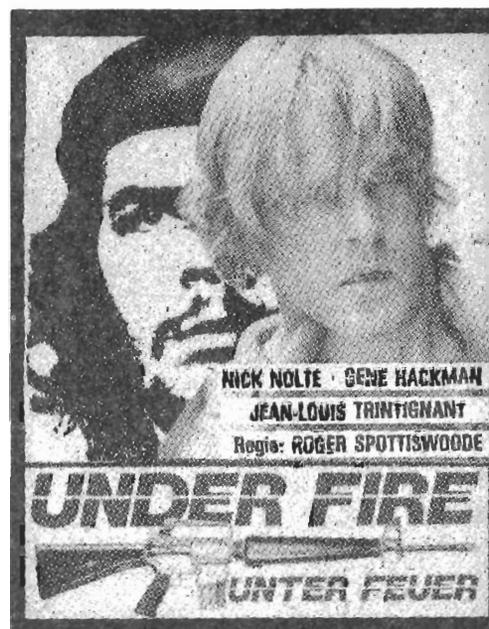
Die Hoffnungslosigkeit, das "Trotzen gegen den übermächtigen Feind", mit diesen Worten versucht Manfred Heckhorn die Geschichte des Widerstands in El Salvador nachzuzeichnen. Er ist ein intimer Kenner, kann uns vor Augen führen, weshalb die besonderen Bedingungen im überbevölkerten El Salvador zu einer solchen Eskalation des Terrors geführt haben. Sie sind vor allem in der traumatischen Erfahrung eines unglaublichen Massakers zu suchen, bei dem 1932 nicht nur 30.000 Indianer ermordet wurden, sondern mit ihnen die indianische Kultur des Landes niedergemetzelt wurde. Seitdem nämlich schützen sich die Bauern, indem sie ihre alten Traditionen, ihre indianischen Sprachen, ihre Trachten verbergen.

Heckhorn gelingt es, Einblicke zu geben in die Arbeit des heutigen Widerstands, der linken Volksorganisationen und der aus ihnen hervorgegangenen Guerilla. Er kritisiert ebenso schonungslos bornierte Sektiererei, scheinbare Ohnmacht des gewaltfreien Widerstands vor allem der katholischen Kirche, nennt aber auch den Fetisch der Waffen und der Gewalt bei der Guerilla beim Namen.

Leicht lesbar macht dieses Buch die Technik der Montage. Mit Auszügen aus authentischen Zeugnissen, Gedichte, Lieder und Prosa gehören dazu, gelingt es die Beteiligten, die angeblich Sprachlosen, sprechen zu lassen. (Schade nur, daß diese Quellen nicht belegt sind.)

"Under Fire"

"Ein bemerkenswert mutiger Schlag ins Gesicht der USA-Lateinamerika-Politik" sagt das Berliner Programm Magazin TIP - und es stimmt! Dieser amerikanische Spielfilm aus der Hollywood-Produktion, der seit zwei Monaten in deutschen Kinos läuft, geht unter die Haut. Die Geschichte ist schnell erzählt: Der US-amerikanische Fotoreporter Russel Price reist durch die Kontinente von



Krisenherd zu Krisenherd, um gute Reportagefotos zu machen. 1979 kommt er nach Nicaragua, um über den Bürgerkrieg zu berichten. Die Brutalität und der Zynismus, mit dem das Volk unterdrückt wird, lassen ihn und seine Kollegin Claire Stryder allmählich an ihrer Rolle als "neutrale" Beobachter zwischen den Fronten zweifeln, bis sie sich schließlich auf die Seite der Guerilleros stellen. Der Film ist kein platter Agitationsstreifen (was man von einem Hollywood-Film auch nicht erwarten kann), aber auch kein Polit-Abenteuerfilm, der lediglich auf einem interessanten Ereignis basiert. Seine Stärken liegen da, wo die Verstrickung der USA mit der Somoza-Diktatur durch die Darstellung von US-Beratern und einem berufsmäßigem Killer miterlebt werden kann.

Der Film mag den an Nicaragua näher Interessierten zu wenig Informationen über die sozialen Verhältnisse geben, zu wenig darüber aussagen, warum es zum Aufstand kam, einige Szenen mögen als zu unwahrscheinlich wirken, die Fixierung auf einen "Helden" zu stark sein, der Film kann jedoch den nur oberflächlich über Nicaragua Informierten viele Anstöße zum Nachdenken geben.

Der Film steht in der Tradition guter Spielfilme mit politischem Engagement wie "Z", "Der unsichtbare Aufstand" oder "Vermißt".

Jedes Nicaragua-Komitee sollte sich überlegen, wie es die Betroffenheit der Zuschauer umsetzen kann in eine aktive Hilfe für das von der Intervention bedrohte Nicaragua.

Ein leicht gekürztes Interview mit dem Regisseur Roger Spottiswoode zu seinem Film "Under fire - Unter Feuer", das wir der Presseinformationsmappe zu dem Film entnommen haben:

Frage: Ihr neuer Film "Unter Fire - Unter Feuer" handelt von Revolution und Bürgerkrieg. Ein Thema, das in jüngerer Zeit von auffallend vielen Regisseuren aufgegriffen wurde. Ich denke da an Volker Schöndorffs "Fälschung", Costa-Gavras "Vermißt" oder Peter Weirs "Ein Jahr in der Hölle". Besteht da irgendein Zusammenhang?

Spottiswoode: Ich sah "Vermiss" nach Beendigung unserer Dreharbeiten und soviel ich weiß, drehte Peter Weir seinen Film gleichzeitig mit meinem. Den Schlöndorff-Film betrachtete ich mir kurz vor Beginn der Dreharbeiten, zu einem Zeitpunkt allerdings, als die endgültige Fassung des Drehbuchs schon auf dem Tisch lag. Ich würde also nicht davon sprechen, daß diese Filme durch einen momentanen Trend ausgelöst wurden, vielmehr liegt hier ein Phänomen vor. Unabhängig voneinander drehen Regisseure verschiedener Nationen über mehr oder weniger das gleiche Thema. Warum? Weil sie spüren, daß da etwas in der Luft liegt. Weit weg, in den Krisenherden der Erde, spielen sich Dinge ab, die langfristig für alle Menschen eine gewisse Bedrohung darstellen. Wenn überhaupt, hat Costa-Gavras die filmische Fixierung auf ein Thema eingeleitet, die ohnehin gekommen wäre. Das große Plus des Films war es schließlich auch, daß viele Menschen erst durch den Film erfuhren, was sich in Chile ereignete...

Frage: ...genauso wie Ihr Film Auskunft über Nicaragua gibt.

Spottiswoode: Eben. Deshalb lasse ich das Mädchen Isela an einer Stelle zu Nick Nolte sagen: "Mr. Price, die Welt ist nicht mehr in Ost und West aufgeteilt. Sie ist in Nord und Süd aufgeteilt. Doch bis Leute Ihres Schlages das begreifen - wird es zu spät sein." Es existiert ein Zusammenprall der Kulturen und der ökonomischen Werte zwischen Nord und Süd, anders ausgedrückt zwischen der Ersten und der Dritten Welt. Dieser Konflikt ist von wachsender Bedeutung und wird uns mit Sicherheit die nächsten 50 Jahre zu schaffen machen. In Europa und den USA verfolgt man nur die Ost-West-Konfrontation, aber es zieht eine weitere herauf, die nicht unbedingt militärischer, aber auf alle Fälle wirtschaftlicher Natur ist.

Frage: Die Dreharbeiten zu "Under Fire - Unter Feuer" fanden in Mexiko statt. Als Peter Weir auf den Philippinen drehte, bekam er eine Menge Ärger, mit den Einheimischen. Wie erging es Ihnen?

Spottiswoode: In Mexiko ist man es gewohnt, wenn Filmcrews ins Land kommen. In Oaxaca, wo wir drehten, waren wir allerdings die ersten. Wir wurden von der Regierung ganz hervorragend unterstützt. Sie war sehr dankbar, daß ein kritischer Film über die Situation in Zentralamerika entsteht und stellte uns zu einem Sondertarif Soldaten, Hubschrauber, Panzer und Flugzeuge zur Verfügung. Zum ersten Mal seit vier Jahren wirkte die mexikanische Armee wieder in einem US-Film mit. Auch die Bevölkerung von Oaxaca stand auf unserer Seite. Für die Schlußszene, die die sandinistische Siegesfeier zeigt, brauchten wir 10 000 Statisten. Das waren die Leute von Oaxaca. Wir hätten nie und nimmer 10 000 Statisten bezahlen können, sie taten es umsonst.

Frage: In Nicaragua kämpft heute die revolutionäre FSLN (Sandinistische Nationale Befreiungsbewegung) gegen die konservativen Contras, außerdem muß ständig mit einer militärischen Intervention der USA gerechnet werden. Vor diesem Hintergrund könnte "Under Fire - Unter Feuer" über Nacht ganz neue Aktualität bekommen. Wie denken Sie darüber?

Spottiswoode: Angesichts der US-amerikanischen Manöver in Honduras hat der Film diese Aktualität bereits.

Frage: Daß Ihre Sympathien im Film eindeutig bei den Sandinisten liegen, ist unverkennbar.

Spottiswoode: Man darf die Wirkung eines Films nicht überschätzen. Sehen Sie, mit einem solchen Produkt kann man, realistisch betrachtet,

höchstens einigen Leuten gewisse Inhalte ein kleines Stück näherbringen, und kann sie für gewisse Probleme sensibilisieren.

Frage: Sie lassen andererseits Trintignant gegen Ende sicherlich nicht umsonst den Rebellen ins Gesicht rufen: "Ihr verliert euch in die Poeten. Die Poeten verlieben sich in die Marxisten und die Marxisten verlieben sich in sich selbst." Was soll das?

Spottiswoode: Das soll zeigen, wie verwickelt die Lage ist. Ich wollte beide Seiten darstellen und keinen poetischen Film machen. Die Ansicht, die Trintignants Charakter äußert, ist zumindest legitim und wert, erwähnt zu werden. Ich bin mit dem, was er sagt, deshalb nicht einverstanden. Aber wenn die Welt so eindeutig in "Richtig" und "Falsch" eingeteilt wäre, würde mein Film ein logisches und problemloses Ende finden können. Es ist aber im Gegenteil ein Film, der zeigt, wie kompliziert unsere Welt geworden ist. Es gibt keine klaren Antworten mehr.

Frage: Ihr Film gibt tatsächlich keine Rezepte, ist keine Gebrauchsanweisung für Sozialkonflikte.

Spottiswoode: Das ist richtig und doch erklärt er einiges. Zum Beispiel, daß das universelle Söldnertum immer weiter gehen wird. Mein Film sagt auch, daß Fremde sich nicht anmaßen sollten, die Schicksale anderer Länder bestimmen zu wollen. Das ist Sache allein der betreffenden Länder und von niemand anderem.

Frage: Warum zeigen Sie den Diktator Somoza in solch einer beinahe verniedlichenden, familiären Weise?

Spottiswoode: Ich glaube, daß wir Somoza als private Persönlichkeit sehr exakt getroffen haben, denn wir hatten einen Schauspieler in der Crew, der ihn persönlich kannte: Rene Enriquez, meinen Somoza-Darsteller. Außerdem kannten wir einen Journalisten, der noch einen Monat vor Somozas Flucht ein Interview mit ihm machte, in dem er nur so davon schwärmte, wie ihn sein Land verehren würde. Sein krankhaftes Sendungsbewußtsein, daß er im Film ausdrückt, entspricht durchaus der Realität. Auf der anderen Seite muß ich gestehen, daß wir ganz schlimme, üble Zitate, die uns von ihm vorlagen, bewußt ausgespart haben. Es lag nicht in unserer Absicht, ihn als eindimensionales Universal-Monster zu portraituren. Wären wir zu sehr in Schwarzweiß-Malerei verfallen, hätten die Leute gesagt: Das gibts doch gar nicht. Das ist übertrieben. Wer sich nach dem Film motiviert fühlt, mehr über Somoza erfahren zu wollen, soll in den Geschichtsbüchern nachschlagen.

Zeitschriftenschau

EPK - Entwicklungspolitische Korrespondenz 4/83

Postfach 2846
2000 Hamburg 19

Thema: Grenada - oder gehört die Welt den USA?

Vorgeschichte der US-Intervention / Augenzeugenbericht aus der Zeit, nachdem Bishop unter Hausarrest gestellt worden war / New Jewel Movement / Weltbank zu Grenada / Briefwechsel Bishop - Reagan / Politik Kubas gegenüber Grenada / US-Politik / Deutsche Politiker zur Grenada-Invasion / US-Wirtschaftsinteressen in der Karibik / Pressepolitik der USA / Wie unsere Presse die Invasion feierte

Blätter des iz3w Nr. 114, Dez. 1983

Postfach 5328
7800 Freiburg

Wachrichten und Berichte zu Uganda, Zimbabwe, Türkei, Argentinien / Völkermord an den Armeniern / Asyl: Zuhause verfolgt - bei uns zurückgewiesen / Indonesien: Folgen der grünen Revolution / Solidaritätsprojekt: Pflanzenschutz in Nicaragua / Misereor-Materialien: Wie offen darf die Informationspolitik eines kirchlichen Hilfswers sein? / Bundestagsdebatte der Grünen / Währungsdebatte in Bundestag

epd-Entwicklungspolitik 1/84

Friedrichstr. 2 - 6
6000 Frankfurt

Information: UNESCO, Bonns Südafrika-Politik, BMZ-Medienstudie, Afrika-Berichterstattung von 1976-1980, BMZ-Filmangebot, Mitverantwortung der Kirchen, UNESCO-Neue Kommunikationsordnung, Analyse/Bericht/Kommentar: Deutsch-Ugandische Beziehungen, 'Wunderland' Brasilien, Dokumentation: Gegen unsere Kolonialpolitik, Der Völkerbundvertrag, Charta der Vereinten Nationen, OAU-Charta, Deklaration der Staats- und Regierungschefs blockfreier Länder,

Brasilien Nachrichten Nr. 80/1983

Lichtenbergstr. 1
4500 Osnabrück

Agrarstruktur und Dürre in Nordbrasilien: Zur Agrarstruktur des brasilianischen Nordostens / "Manche halten mich für reich, aber meine Kinder müssen arbeiten" / Agrarreformprogramme in Brasilien / Bildungsreform und Agrarstruktur in Nordbrasilien / Dürre-Opfer - Opfer struktureller Gewalt / Notizen aus der Dürre / Die Wahrheit über die Arbeitsfronten / Strafen gegen Priester bestätigt / Bardeler Hungernarsch / Karte: Dürre in Nordosten

FORUM Nr. 74, Dez. 1983

FEA-Verlag, Ruhrstr. 14
4040 Neuss 21

Weg von der Resignation / Material & Medienbörse / Wende beim BMZ / Bericht über eine gelungene Aktion Bundestagsprotokoll vom 21. 11. (Ausschnitt) / Pharma-Brief / Veredelungs- und Veredelungswirtschaft ai-Mitteilungen / Buchbesprechung: Sozialarbeit in Lateinamerika / Freire-Brief



Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen!

IM HERZEN DER BESTIE

Ein Aktionshandbuch gegen Rüstungs- und Atomgeschäfte
(Schwerpunkt konventionelle und atomare Rüstungsexporte, Uranabbau)

- mit Adressen von Archiven, Bibliotheken und anderen Informationsquellen (Zeitschriften, Nachschlagewerke) zur bundesdeutschen Atom- und Rüstungsindustrie und zu ihren Auslandsgeschäften;
 - mit einem umfangreichen, kommentierten Literatur-Verzeichnis zu konventionellen und atomaren Rüstungsexporten und Uranabbau;
 - mit Adressen und Beschreibungen von Aktionsgruppen, die zu diesen Themen arbeiten und
 - mit einem kommentierten Medienverzeichnis: Dias, Filme, Ausstellungen und Video.
- 160 S., mit vielen Ill., DM 7,50 (für Aktionsgruppen und ab 10 Ex. DM 5,-) plus Porto

URANABBAU IN NAMIBIA

Gestohlenes Uran für die strahlende Zukunft der Bundesrepublik

In Namibia, das von Südafrika besetzt gehalten wird, liegt Rössing, die größte Uranmine der Welt. Dieses Buch geht auf die deutsche Beteiligung an dem skrupellosen Urangeschäft ein und setzt sich besonders mit den Gesundheitsgefahren durch Uran auseinander.

Im Anhang finden sich Medien, Literatur und Aktionsgruppenadressen zum Thema.
Beilage: Eine Übersichtskarte über die Verwicklung Westeuropas in das Namibia-Urangeschäft (Atomkraftwerke, Firmen, Behörden etc.). Eine Weltkarte über Uranvorkommen und Uranminen.

114 S., DM 7,50 (für Aktionsgruppen und ab 10 Ex. 5,50 DM) und Porto

MEDIEN ZUM AUSLEIHEN:

STRASSE DES GELBEN KUCHENS

Video, VHS-System, ca. 30 Min., Leihgebühr: 20,- DM plus Porto

Deutsche Fassung eines englischen bzw. niederländischen Fernsehfilms über den Raubbau von Namibia-Uran, die südafrikanische Besetzung Namibias, den Widerstand der SWAPO, die Details über beteiligte Firmen (natürlich auch deutsche), Verwicklung der betreffenden Regierungen und insbesondere die genaue Transportroute des an sich geheim gehaltenen Transportweges.

URAN AUS NAMIBIA

Ton-Dia-Serie, 20 Min., Leihgebühr: 15,- DM plus Porto

Aufzeigen der deutschen Verwicklung und der eigenen Betroffenheit mit dem Raubbau von Namibia-Uran aus der Rössing-Mine (größte Uran-Mine der Welt), Geschichte und südafrikanische Besetzung Namibias, Brennstoffkreislauf (vom Uranabbau bis zur Bombe), Apartheid, Details der deutschen Beteiligung an Rössing, Widerstand in Namibia und anderswo. Als Einführung für Veranstaltungen gedacht, mit umfangreichen Begleitmaterial.

DER GRELLE BLITZ

Video-Film auf VHS-System, ca. 55 Min., Leihgebühr: 20,- DM plus Porto

Deutsche Fassung eines englischen Fernsehfilms, der die illegale Lagerung von atomaren Geschossen und der dazugehörigen Artillerie beschreibt. Insbesondere die Verflechtungen der westlichen Staaten werden detailliert beschrieben - ähnlich einem Kriminalspiel, das allerdings dokumentarischen Charakter besitzt.

Herausgeber und v.i.S.d.P.: AG gegen eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika der Anti-Apartheid Bewegung, Gruppe Bremen

Bestelladresse: Thorsten Maass, Schildstr. 1, 2800 Bremen 1, oder:

Hanns-Ulrich Barde, Weberstr. 13, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/76255

Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen!

Zehn Jahre Militärdiktatur haben neue Bedingungen geschaffen, haben neue Verhältnisse in der Gesellschaft produziert.

Zehn Jahre nach dem Putsch in Chile ist auch die Opposition wieder erstarkt. Clarita Müller-Plantenberg, Dozentin für angewandte Sozialwissenschaften an der GHK Kassel und Mitherausgeberin der Lateinamerika-Jahrbücher, geht in ihrem Artikel auf die Situation in Chile ein.

Jorge Rojas, Chilene, z.Zt. Soziologe in Hannover, fällt noch einmal die Geschichte der Opposition in Chile vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis heute zusammen.

Fernando Mires, Dozent für internationale Politik an der Universität Oldenburg, bekannt durch sein Buch "Kuba - die Revolution ist keine Insel", untersucht das Verhältnis der politischen Avantgarden zur Basis im Volk an den Beispielen Chiles, Brasiliens und Nicaraguas.



Zehn Jahre danach ...
ca. 60 Seiten, DM 5,50 plus Porto,
bei einer Abnahme von 10 Exemplaren 20% Rabatt.
Forum für internationale Friedensarbeit e.V., Stoppenberger
Str 13-15, 4300 Essen 1.

"Von denen keiner spricht"



Minderheiten werden in vielen Teilen der Welt verfolgt. Die 'Gesellschaft für bedrohte Völker', Menschenrechtsorganisation für bedrohte religiöse, rassische, ethnische Minderheiten protestiert gegen Menschenrechtsverletzungen und tritt ein für Minderheitenschutz und Menschenrechte.

Fordern Sie Informationen an z.B. über
Aboorigines, Armenier, Aramaer/Assyrer, Bahai, Buddhisten/Vietnam, Eritreer/Oromos/Tigre, Jesidi, Krimtataren, Kosovo-Albaner, Kurden, Indianer/Nord- und Südamerika, Tamilen/Sri Lanka, Tibeter, Sinti/Roma, Westpapuas und Osttimoresen.

Gesellschaft für bedrohte Völker

Gemeinnütziger Verein e.V.
Postfach 2024 3400 Göttingen
Tel.: 0551/55822
Postscheck Hamburg 297793-207

Junius Verlag



LATEINAMERIKA.
Analysen und Berichte 7:
Fortschritt der Destruktivkräfte und Gegenwehr
288 Seiten, DM 24,80

Nicolo Gligo/Jorge Morello:
Zur ökologischen Geschichte Lateinamerikas - Conquista und Kolonialzeit

Nikolaus Werz:
Nach dem Öl die Sintflut? Umweltprobleme und die Diskussion um ein alternatives Entwicklungsmodell in Venezuela

Günter Paulo Süss:
Integrationsmord in Amazonien. Die Indianerfrage vor der Endlösung?

Klaus Meschkat:
Umweltzerstörung und Widerstand in Kolumbien

Guillermo O'Donnell:
Argentinien nach dem Malwinen-Krieg

Aktuelle Länderberichte über die politische, soziale und ökonomische Entwicklung in 15 Staaten Lateinamerikas.

Ein Handbuch mit hohem Gebrauchswert für alle an Lateinamerika Interessierten und in der Solidaritätsarbeit Aktiven.

Junius Verlag · Von-Hutten-Straße 18 · 2000 Hamburg 50

Neue Diaserien des Arbeitskreises Pädagogik Paulo Freire

Der Kampf ums Wasser

Gemacht von Bewohnern eines Elendsviertels aus Lima/Peru
37 Dias, Kassette, Textheft.

Die Situation der Frauen in Lateinamerika

Diese Diaschau zeigt die vielen Unterdrückungssituationen und den Kampf der Frauen dagegen.
45 Dias, Kassette mit Textheft, 20 Minuten.

Casimiro

Die Geschichte eines behinderten Jungen im Hochland von Peru.
Kinderarbeit, Unfall - Krankheit - soziale Unsicherheit.
Casimiro hat die Geschichte als Betroffener erzählt und die Bilder dazu gemalt.
34 Dias, Kassette mit Textheft, 13 Minuten.

AG SPAK

Geringe Ausleihgebühr.

Fordern Sie bei Interesse auch gleich unsere
- Tagungsvorschau 1984
- Publikationsverzeichnis
- Selbstdarstellung der AG SPAK an.

AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise),
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Tel. 089 / 6 91 78 22